

Blätter des Bundes der  
Religiösen Sozialistinnen  
und Sozialisten  
Deutschlands e.V.

1/13

März 2013 · 66. Jahrgang  
Einzelverkauf 8,- €

## „Soviel Du brauchst“

Jochen Bohl

**Fröhlich in Hoffnung**

Madeleine Eisfeld

**Erlebnis Konziliare Versammlung 2012**

Wieland Zademach

**Erinnerung an Robert Raphael Geis (1906–1972)**

Ulrike Jaeger

**16 Jahre Internationale Workcamps**

Renate Schroeder

**Frankreich vor dem Weltgebetstag 2013**

Konrad Braun, Udo Fleige, Annette Maassen

**Was verbindet uns mit Nicaragua?**

Reinhard Gaede

**Erwin Eckert – ein Leben im Widerstand**

Frank-Matthias Hofmann

**Demonstrieren gegen die NPD**

Sven Giegold

**Erfolge bei der Finanztransaktionssteuer**

Christoph Butterwegge

**Armut im Alter**

Paul Schobel

**Zehn Jahre Hartz IV**

Reinhard Gaede/Gudrun Müller/Anneke Ihlenfeldt

**Hamburg vor dem Kirchentag**

Bundesnachrichten

# KREUZ UND ROSE

CHRISTIN  
CHRIST UND  
SOZIALISTIN  
SOZIALIST

CUS



## IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/  
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**  
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

### Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

### Vorstand:

Michael Distelrath, Reinhard Gaede,  
Dieter Hönerhoff, Anneke und Florian Ihlenfeldt, Thorsten de Jong,  
Alois Schwarz

### Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)  
Wiesestr. 65, D-32052 Herford  
Tel. 0 52 21/34 25 56  
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de  
Dieter Hönerhoff  
Gänsemarkt 4, D-32052 Herford  
DieterHoe@t-online.de

### Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg  
Doris Gerlach, Herford  
Jürgen Gorenflo, Norderstedt  
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen  
Fritz Hufendiek, Berlin  
Elmar Klink, Bremen  
Helmut Pfaff, Frankfurt  
Wieland Zademach, Unkel

### CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

### Webmaster:

Darius Dunker, Aachen  
Thorsten de Jong, Aachen

### Abonnements:

Michael Distelrath  
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln  
m.distelrath@netcologne.de

### Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

### Preise:

Einzelheft: € 8,-, Doppelnummer  
€ 9,-, Jahresabonnement, Inland:  
€ 25,-, Ausland: € 33,-, Förderabon-  
nement € 30,- oder mehr.

Kündigungen werden zum Jahresende  
wirksam. Bitte überweisen Sie den  
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an  
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350  
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010  
Internationale Überweisungen:  
IBAN DE 15350601902119457010  
BIC GENODED1DKD

### Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann,  
Kreativ-Schmie.de, Hamburg  
www.kreativ-schmie.de

### Druck:

Ordensgemeinschaft der Armen-  
Brüder des heiligen Franziskus  
Sozialwerke e.V., Beschäftigungshilfe,  
Düsseldorf

ISSN 0945-828-X

## INHALT

<b>Editorial</b> .....	1
Jochen Bohl	
<b>Fröhlich in Hoffnung miteinander leben</b> .....	3
Madeleine Eisfeld	
<b>Dein Reich komme</b> .....	5
Wieland Zademach	
<b>Ein Rabbiner für die Christen</b> .....	11
Ulrike Jaeger	
<b>16 Jahre internationale Begegnungen bei Jugendworkcamps in Belarus</b> .....	18
Renate Schroeder	
<b>Ein Reisebericht</b> .....	22
Konrad Braun, Udo Fleige, Annette Maassen	
<b>Was verbindet uns mit Nicaragua?</b> .....	34
Reinhard Gaede	
<b>Erwin Eckert – ein Leben im Widerstand gegen den Faschismus</b> .....	36
Frank-Matthias Hofmann	
<b>Ein NEIN auf dem Hintergrund vieler JAS</b> .....	47
Sven Giegold	
<b>Erfolge bei Finanztransaktionssteuer und Anti-Steuerflucht-Plan</b> .....	50
Christoph Butterwegge	
<b>Armut im Alter</b> .....	52
Paul Schobel	
<b>Zehn Jahre „Hartz IV“</b> .....	54
<b>Pressemitteilung attac Deutschland</b> .....	56
Reinhard Gaede	
<b>„Jeder hatte gesammelt,soviel er zum Essen brauchte“ ..57</b>	
Gudrun Müller	
<b>Betreuung für Seeleute an Bord</b> .....	61
Anneke Ihlenfeldt	
<b>Die Veddel und die Immanuelkirchengemeinde</b> .....	62
<b>Brüderlich und schwesterlich teilen</b> .....	65
<hr/>	
<b>Bundesnachrichten</b>	
<b>Widerstand gegen Nazis</b> .....	68
<b>Zum Rücktritt von Papst Benedict XVI.</b> .....	71
<b>Zur Wahl von Papst Franziskus</b> .....	73
<b>Seelsorge an Soldatinnen und Soldaten</b> .....	74
<b>Termine 2013</b> .....	76
<b>Bilder und Fotos</b> .....	77
<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	77

# Editorial

**S**oviel Du brauchst“ heißt das Thema dieses Heftes. Es übernimmt damit die Losung des 34. Deutschen Evangelischen Kirchentags in Hamburg 1.–5. Mai 2013. Dort wird der BRSD, *conditio Jacobaea*, wieder auf dem Markt der Möglichkeiten (Halle 4, A 48) vertreten sein. Das Heft enthält deshalb meine Besinnung auf die *Kirchentagslosung*. Bei der Anmeldung hatten wir dazu geschrieben: „Befreiung aus Sklaverei und Nahrung zum Leben sind Gaben Gottes für sein Volk. Gottes Schöpfung zu bewahren, Güter der Erde gerecht zu verteilen, sind Bedingungen für das Überleben aller Menschen. Was Menschen brauchen: ausreichend Nahrung, Wohnung, Arbeit, Bildung fehlt vielen Menschen im Kapitalismus, ebenso Freiheit der Religion in vielen Ländern. Die Hoffnung auf Gottes Reich zeigt auf das nahe Ziel, eine Wirtschaft für das Leben anzustreben. Wege dahin sind Mitbestimmung in Betrieben und Genossenschaften.“ Auch auf die Hafenstadt Hamburg selbst geht das Heft ein. Über die Betreuung für Seeleute an Bord und die Gastlichkeit bei Duckdalben hat *Gudrun Müller* berichtet. *Anneke Ihlenfeldt* schreibt über die Lage der kleinen Elbinsel Veddel und der Immanuel Kirchengemeinde. Ihre Predigt dort geben wir wieder.



**Redaktions-Beirat l.v.u. Doris Gerlach, Dietlinde Haug, Fritz Hufendiek, Reinhard Gaede, Elmar Klink, Friedrich-Wilhelm Bargheer, Helmut Pfaff, Wieland Zademach**

Zu Anfang steht die Predigt von Landesbischof *Jochen Bohl* über die Jahreslosung in der Frauenkirche Dresden. Die Katholische Kirche hat einen Reformprozess besonders nötig. Zum Rücktritt von Papst Benedikt XVI. und zur Wahl von Papst Franziskus haben wir eine *Presseerklärung* herausgegeben. Einen Erlebnisbericht von der konziliaren Versammlung in Frankfurt /M. 18.-21. Oktober 2012 hat uns *Madeleine Eisfeld* übersandt. Aus theologischer Sicht wäre eine Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche bei der Seelsorge an Soldatinnen und Soldaten nötig. Seelsorge ist Aufgabe der christlichen Gemeinde. Eine Verflechtung in militärische Strukturen muss vermieden werden. Dazu hat der BRSD eine *Presseerklärung* versandt.

*Wieland Zademachs* Beitrag über *Robert Raphael Geis (1906–1972)* ist der zweite Teil seiner Trilogie über Wegbereiter des jüdisch-christlichen Dialogs im 20. Jahrhundert.

2006 hatten wir zum ersten Mal über die Friedens- und Versöhnungsarbeit in Weißrussland berichtet. Inzwischen hat das 16. Internationale Workcamp mit Jugendlichen aus Ostwestfalen und Weißrussland statt gefunden. *Ulrike Jaeger* berichtet.

Die Gottesdienstordnung zum Weltgebetstag der Frauen kommt in diesem Jahr aus

Frankreich. *Renate Schroeder* hat an der Reise der westfälischen Delegation teilgenommen und schildert die Lage der Gemeinden und diakonischer Initiativen.

„Seit über 25 Jahren schreibt uns *Olivia Alvarez*. Jeden Monat. Ihre Briefe aus Matagalpa belegen das große Bedürfnis der Menschen nach Bildung und welche Not entsteht, wenn dieses missachtet wird.“ *Konrad Braun*, *Udo Fleige* und *Annette Maassen* berichten über die Aus- und Fortbildung von Lehrer(inne)n im Norden Nicaraguas. Der Verein für Internationale Pädagogische Zusammenarbeit unterstützt seit 1986 die Initiativen, die auch Mitgliedern des BRSD am Herzen lagen, seitdem die „Contras“, unterstützt vom amerikanischen Geheimdienst und der Regierung von Ronald Reagan, 1981–1990 mit Mord und Brand das Land verheert hatten.

Am 30. Januar gedachten die Menschen der Machtübernahme der Nazis vor 80 Jahren. Denkt man an die Ermordung von 6 Millionen jüdischen Menschen und den Tod von 55–60 Millionen Menschen im Krieg, stellt sich die Frage, gab es denn keine rechtzeitigen Warnungen und wirksamen Widerstand gegen das drohende Unheil? Unsere hier wieder gegebene *Presseerklärung* erinnert an die warnenden Aufrufe der religiösen Sozialisten in der Weimarer Zeit. „Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert“ heißt ein Quellenband von *Friedrich-Martin Balzer*. „Erwin Eckert. Ein Leben im Widerstand gegen den Faschismus für Gerechtigkeit und Frieden“ ist der Titel meines Berichtes über die historischen Dokumente. „Sagt NEIN zu allen Versuche, die Shoa, das, was in der nationalsozialistischen Zeit in Deutschland passiert ist, zu relativieren oder gar die längst nachgewiesenen Opferzahlen herunterzurechnen, gar Auschwitz zu leugnen!“ Kirchenrat *Frank-Matthias Hofmann* hat für die Kirche des Saarlandes auf einer Demonstration gegen die NPD so gesprochen.

„Für ein menschenwürdiges Existenzminimum“ tritt eine Erklärung von der mit uns verbündeten Organisation Attac ein. Am 16. August 2002 legte ein Expertengremium unter Leitung des VW-Personalvorstands Peter Hartz der rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder (SPD) Vorschläge für eine Arbeitsmarktreform vor. Zehn Jahre später hat sich das Gesicht der deutschen Gesellschaft gründlich verändert – vor allem auf Grund der Hartz-Reformen. Über die Lage der Arbeitslosen, die spätestens nach einem Jahr alle sozialen Ansprüche verlieren und zu Bittstellern degradiert werden, hat unser Bundesfreund *Paul Schobel* einen Artikel geschrieben. *Christoph Butterwegge* fordert in seinem Artikel über Altersarmut die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde. Und „durch die Einbeziehung von Selbständigen, Freiberuflern, Beamten, Abgeordneten und Ministern sowie die Einführung der Beitragspflicht für Kapitaleinkünfte, Mieteinnahmen und Pächterlöse könnte die Renten- zu einer solidarischen Bürgerversicherung erweitert und auf ein solides finanzielles Fundament gestellt werden.“ Voraussetzung für soziale Leistungen des Staates ist eine gerechte Steuerpolitik. Über seine Erfolge im Kampf gegen Steuerflucht und Steuerdumping für eine Finanztransaktionssteuer kann *Sven Giegold* aus dem Europaparlament berichten.

Mit Wünschen für schöne Sommertage

*Reinhard Gaede*

Euer/Ihr Reinhard Gaede

## CuS, BRSD, Beiträge 2013

In CuS 2–3/2012 war eine Erhöhung der Beiträge für das Abonnement CuS und für Mitgliedschaft im BRSD um 15,- € angekündigt worden. Wegen eingegangener Spenden und Beiträge sieht es mit dem Haushalt inzwischen wieder besser aus: Wir können in diesem Jahr mit einer Erhöhung der Beiträge für Mitglieder des BRSD, Leserinnen und Leser von CuS in Höhe von 5,- € auskommen. Der Mitgliedsbeitrag (incl. Bezug CuS) beträgt also 51,- € pro Jahr, für Mitglieder ohne Einkommen ermäßigt 30,- € pro Jahr, das Abonnement CuS 25,- € pro Jahr, im Ausland € 33,00. Wir hoffen auf die Treue unserer Mitglieder, Leserinnen und Leser wie bisher.

## Predigt zur Jahreslosung am Neujahrstag 2013, Frauenkirche Dresden

# Fröhlich in Hoffnung miteinander leben

Von Jochen Bohl

*„Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“ (Hebr. 13, 14)*

Liebe Gemeinde,  
die Zeit anhalten, den Augenblick zum Verweilen auffordern, weil er so schön ist – das ist nur ein unvernünftiger Wunsch; aber in einer schnelllebigen Zeit wie dieser vielleicht doch ein verständlicher. Es scheint ja so, als würde nichts bleiben, wie es ist, unentwegt stehen wir vor neuen Herausforderungen.

Sitten, Gebräuche, Verhaltensweisen, alle Formen des Zusammenlebens verändern sich, ständig sind wir damit beschäftigt, Neues zu entdecken, auf Unerwartetes zu reagieren. Wir sind frei in allem, können uns das Leben so einrichten, wie wir es für richtig halten, nichts ist unabänderlich, alles ist möglich. Was lange gegolten hat, ist heute nichts mehr wert und morgen vergessen; das Kursbuch der Bahn, die Telefonzelle, das Konversationslexikon – vergangen. Wohl kaum je haben die Menschen so sehr im Hier und Jetzt gelebt, wie wir es

tun. Der Augenblick ist das Maß, nicht die Vergangenheit, nicht die Zukunft. Sondern der Moment, in dem sich verdichtet, was wir zu erleben hoffen, wonach wir uns sehnen. Den es zu bestehen gilt, der genossen sein will.

Aber das ist nicht ohne Gefahren. Die Geringschätzung des Vergangenen, das Absehen von der Zukunft schafft Krisen, denen wir nicht werden ausweichen können. Da ist die maßlose Verschuldung der Staaten. Nachdem über Jahrzehnte hinweg die Gegenwart im Vorgriff auf die Zukunft finanziert wurde, ist nun offenkundig, wie unverantwortlich dieses Verhalten gewesen ist. Aus heißer Luft kann man keine Profite schaffen, ohne große Gefahren für das Gemeinwesen heraufzubeschwören, Wohlstand auf Pump bleibt eine Illusion, Wachstum ohne Grenzen kann es nicht geben. Diese Krise weist über sich selbst hinaus auf den Geist der Zeit. Sie zeigt, wie wenig nachhaltig unser Lebensstil ist, ausschließlich auf das Hier und Jetzt fixiert, auf das Erleben des Augenblicks. Aber seine Nachtseite ist eine verantwortungslose Zukunfts-

vergessenheit, ob und wie die Nachfahren mit den aufgehäuften Verbindlichkeiten leben können, interessiert nicht.

Gleiches gilt für die Ursachen der demografischen Entwicklung. Jedes Kind zeugt ja von dem Willen der Eltern, die Zukunft zu gestalten, vertrauensvoll die Gabe des empfangenen Lebens weiterzureichen – nichts ist ein so ausdrucksstarkes Hoffnungszeichen wie ein neugeborenes Kind. Die nichtgeborenen Kinder aber sprechen eine eigene Sprache, sie reden von Selbstbezüglichkeit und der Leugnung der Zukunftsdimension des Lebens. Sie spiegeln die Befindlichkeit einer Gesellschaft, die sich von den Erfahrungen der Vergangenheit löst, ganz der Gegenwart lebt und darüber Gefahr läuft, die Zukunft hoffnungslos zu verfehlen.

Liebe Gemeinde, die Jahreslosung spricht von dem besonderen Verhältnis des christlichen Glaubens zur Zeit. Sie erinnert an ihr Vergehen und warnt davor, sich in der Gegenwart einzurichten. Denn wir können ja den Augenblick nicht festhalten, und wenn wir es noch so sehr wünschten. Die Zeit verstreicht, unablässig, unaufhaltsam. Wir haben hier keine bleibende Stadt, sagt die Bibel; wenn wir auch Häuser bauen und Städte, weil wir ja nicht unbehaust sein können und mögen. Aber wir können nicht irgendetwas schaffen, was zuverlässig dauerhaften Bestand hätte; jedem Streben nach Sicherheit haftet etwas Illusorisches an. Was auch immer wir tun – wir gehen einer Zukunft entgegen, die offen ist und Unerwartetes bringt. Es kann gar nicht anders sein, so ist das Leben; und doch verhalten sich viele in diesen Tagen so, als gäbe es kein Morgen. Schon jetzt ist das Lebensgefühl vieler von dauernder Überforderung bestimmt. Welcher Zukunft wir entgegengehen, ob es ein Ziel gibt, das anzustreben sich lohnt, und was es sein könnte,

das wissen sie nicht zu sagen und denken gar nicht daran. Es zählt allein der Augenblick; und darüber wird der Weg zum Ziel – eine andere Formulierung für die Meinung, das Leben werde im Hier und Jetzt gelebt. Es sei genug damit, wenn wir uns mit dem Gegenwärtigen begnügen, es brauche keine Hoffnung, die über den Tag hinausweist.

Aber das ist nicht die christliche Sicht. Sondern der Glaube sieht mit einem eigenen Blick auf die Zukunft, er sucht sein Ziel, eröffnet die Dimension des Zukünftigen, dem wir entgegengehen und vertraut sie Gott an. Seine Zeit ist nicht begrenzt, Er war vor aller Zeit; in Christus hat er sich den Menschen zugewandt, und seine Güte hat kein Ende. Wir vertrauen darauf, dass uns die Ewigkeit offen steht, in der wir ganz und gar umfasst sein werden von göttlicher Liebe. Wer glaubt, wird hoffen auf das Ende des Vorläufigen, auf die Erlösung von dem Bösen. Darum beten wir: „Dein Reich komme“.

In dieser Sicht liegt eine Kraftquelle, die gebraucht wird in dieser Zeit, die sich so sehr dem Moment überlässt und darüber ihre Zukunft vergisst. Denn es ist gut, wenn wir ein Ziel vor Augen haben, und uns auf unseren Wegen getragen wissen von einer Hoffnung, die wir uns nicht selbst geben, sondern empfangen. Gut, dass unsere Zeit in Gottes Händen liegt, und auch die Zukunft, die kommen wird. Darum kann der Apostel Paulus sagen: „Seid fröhlich in Hoffnung!“ (Epheser 1,18) Was für ein Vertrauen spricht daraus, und wie beruhigend ist es, sich nicht ängstigen zu müssen vor dem Morgen, „fröhlich in Hoffnung“ zu leben.

Wozu wir unsere Gaben gebrauchen, welche Ziele wir anstreben, was unsere Herzen stärkt, mit welchen Erwartungen wir unsere Mitmenschen ansehen, ob wir der Liebe leben, wie fest wir glauben – all das wird durch Hoffnung zum Guten entschieden.

Wer aber nicht hofft, wird sich und seine Zukunft verlieren.

Täuschen wir uns nicht: Eine Gesellschaft kann sich entfernen von dem, was sie für ein gutes Leben in Frieden und Gerechtigkeit braucht. Der Abstand kann sich schleichend vergrößern, er wird genährt von Hochmut gegenüber dem Vergangenen und Desinteresse an der Gestaltung der Zukunft. Doch wir können ein gutes Leben nicht finden ohne ein Bewusstsein von dem, was im Innersten trägt; nicht ohne eine Hoffnung, die der Gegenwart erst eine Perspektive und unserem Handeln eine Richtung gibt. Im Glauben finden wir die Orientierung, die wir angesichts der Gefährdungen unserer Zeit nötig haben, um den weiten Raum der Freiheit verantwortlich zu gestalten. Wir vertrauen auf Gott und werden mutig, der Ökonomisierung des Lebens zu widerstehen und der Gerechtigkeit zu leben. Wir sehen auf Christus, den Gottessohn, und entdecken ein Bild vom Menschen, das uns Orientierung in dieser verwirrenden Welt schenkt. Die Hoffnung, die uns trägt, wird gestiftet von Gott, der uns nahe gekommen ist am Kreuz.

Sie schenkt die innere Kraft, die nötig ist, um den Aufbruch in Unbekanntes wagen zu können. Wer mit Hoffnung auf das Kommende sieht, wird spüren, wie die Lasten leichter werden, die getragen sein wollen. Dann verlieren vordergründige Sicherheiten

ihre Anziehungskraft, und wir brauchen keinen überflüssigen Ballast mit uns herumzutragen. Hoffnungsvoll stehen wir einander bei – wie gut, dass es Menschen gibt, auf die wir uns verlassen können.

Ja, wir Christenmenschen sind gerufen, fröhlich in Hoffnung zu leben; und das ist ein Segen, für uns selbst und für die Gesellschaft, in der wir Christus bezeugen. Es ist dies eine hoffnungsarme Zeit – aber wir begnügen uns nicht mit dem Hier und Jetzt, sondern schauen auf Christus, der uns entgegenkommt. Wir leben ihm zugewandt. Es ist seine Zukunft, und darum auch unsere.

Amen.

*Jochen Bohl, geboren 19. April 1950 in Lüdenscheid/Westfalen, verheiratet, 3 Kinder, Wohnort Raedebeul, Studium der Theologie in Wuppertal, Marburg/Lahn und Bochum, 1974–1976 Vikariat in Lüdenscheid, 1976–1986 Gemeindepfarramt in Dortmund, 1986–1995 Jugendpfarrer im Saarland, 1995–2004 Direktor Diakonie Sachsen, seit 2004 Landesbischof in Sachsen*



**Jochen Bohl**

## ***Erlebnisbericht der konziliaren Versammlung, Frankfurt/M., Oktober 2012***

# **Dein Reich komme**

*Von Madeleine Eisfeld*

**J**esus verkündete das Reich Gottes, doch gekommen ist die Kirche!“ Der französische Theologe Alfred Loisy, bekann-

tester Verfechter der historisch-kritischen Methode, wurde 1908 exkommuniziert. Dabei ist bis heute nicht eindeutig erkundet, wie diese Worte nun tatsächlich auszulegen sind.

Über 50 Jahre später, vom 11. Oktober 1962-8. Dezember 1965, versammelten sich in Rom Kirchenführer und Theologen aus der ganzen römisch-katholischen Welt. Der visionäre Papst Johannes XXIII. hatte zu pastoraler und ökumenischer Erneuerung eingeladen. Doch schon in den ersten Sitzungen des Zweiten Vatikanischen Konzils zeigte sich der Gegensatz zwischen Bewahrern und Erneuerern. Der Papst mit dem Mut zu historischer Veränderung erlebte das Ende des Konzils nicht mehr. Er starb am 3. Juni 1963.

Vom 18. bis 21. Oktober 2012 trafen sich mehr als 500 Teilnehmende zur Konziliaren Versammlung „Zeichen der Zeit, - Hoffnung und Widerstand“ in Frankfurt am Main und griffen das Wort „aggiornamento“ des Konzilspapstes Johannes XXIII. wieder auf. Organisiert wurde die Versammlung von einem breiten Netzwerk kirchen- und gesellschaftskritischer Vereine und Initiativen, wie etwa der Initiative Kirche von unten (IKVu), dem Verein „Wir sind Kirche“, dem Institut für Theologie und Politik, dem Befreiungstheologischen Netzwerk, etc. In einer besonderen Art und Weise wollten diese an das historische Ereignis erinnern, wollten Rückschau halten, was sich seither in der römisch-katholischen Kirche bewegt hatte.

Absolutes Highlight war zweifellos die Eröffnungsveranstaltung am Donnerstag, dem 18.10. in der Paulskirche. Prof. Hans Küng hielt hier seinen viel beachteten Vortrag. Viele waren nur um seinetwillen gekommen. Auch ich bin tief bewegt, diesen Universalgelehrten noch einmal erlebt zu haben. Viele Menschen seiner Prägung gibt es nicht mehr; unsere nur noch auf Profitgier getrimmte, von Sinn und Geist entleerte Welt verkräftet keine solchen Geister mehr.

Hans Küng ging auch sogleich hart ins Gericht mit den derzeitigen Verhältnissen

im Vatikan wie in der gesamten Weltkirche. Einen wirklichen Durchbruch hat es sogar bei diesem Konzil nie gegeben. So sei die Diktatur des päpstlichen Absolutismus niemals angesprochen worden, somit blieben die Säulen des mittelalterlichen Herrschaftsystems bis heute in Takt.

Der Apparat der Kurie bestimmte von Anfang an weitgehend den Kurs und verteidigte erfolgreich die Privilegien des Klerus. Die Restauration der Kirche begann nicht erst mit dem Amtsantritt Papst Johannes Pauls II. Aus diesem Grund ist die des Öfteren anzutreffende einseitige Glorifizierung der Konzilszeit nach Küngs Meinung fehl am Platze. Die Kirche sei nur zu retten, wenn die damals angestoßenen Reformen konsequent weitergeführt würden.

Ansonsten schrumpfe die römisch-katholische Kirche immer mehr zu einer Großsekte. Dass sich unter diesem Aspekt Resignation auf allen Ebenen breit mache, sei nur all zu verständlich. Trotzdem aber brauchen wir die Hoffnung nicht aufzugeben. Wichtig sei vor allem, niemals zu schweigen. Die so genannten Laien seien immer gefordert, die Kirchenleitungen zu kritisieren, Missstände anzuprangern und selbst zu handeln. So sei die Pfarrerinitiative in Österreich, die den Bischöfen zum Teil offen die Gefolgschaft verweigert, ein hoffnungsvoller Aufbruch, der geradewegs zur



„... aber doch nicht gleich brutalstmöglich!“

Nachahmung auffordert. Gerade heute muss man „Gott wieder mehr gehorchen als den Menschen“, mehr als den Bischöfen. Niemals dürfe man sich von Rückschlägen entmutigen lassen, sondern immer die Hoffnung behalten.

Bemerkenswert auch der Auftritt von Bischof Luigi Bettazzi. Der 89jährige ist der letzte Überlebende des legendären „Katakomben-Paktes“. Damals hatten sich in den historischen Katakomben in Rom einige Dutzend Bischöfe versammelt und gelobt, künftig ein Leben in Einfachheit und Solidarität mit den Armen zu führen. Die Kirche gehöre allen, vor allem aber den Armen, rief dieser den Menschen zu. Wer heute von einer Neuevangelisierung der Kirche spreche, solle vor allem eine arme Kirche ins Auge fassen, eine Kirche die bedingungslos an der Seite der Armen, Ausgestoßenen und Randexistenzen stehe.

Leicht war es nicht, sich an den beiden folgenden Tagen für einen der insgesamt 52 Workshop-Angebote zu entscheiden und auf 4 zu reduzieren. Mit meiner Auswahl war ich aber dann doch sehr zufrieden.

Ich besuchte zunächst am Freitagmorgen von der IKVU veranstalteten Vortrag „Mythos Konzil – oder wie der verträumte Blick zurück Reformen verhindert“. IKVU-Bundesgeschäftsführer Bernd Göhrig und der Theologe Hermann Häring versuchten, den Blick auf das Konzil aus einem kritischen Blickwinkel zu begutachten. Stachel im Fleisch sei die IKVU, also keineswegs dazu gegründet, um brav zu sein, so Bernd Göhrig in seiner Einleitung. Die derzeitige Reformbewegung trete schon wieder elitär auf, drohe abzuheben. Aus religiös sozialistischer Perspektive betrachtet, absolut wahr gesprochen. Ein wirklich konziliarer Prozess sei ökumenisch ausgerichtet, die Reformgruppen seien dagegen zu sehr auf sie römische Kirche fixiert. Die Frauenor-

dination würde nichts am sakramentalen Amtsverständnis ändern. Neben dem männlichen würde es dann eben auch noch einen weiblichen Klerus geben, weiter nichts. Ziel müsse es jedoch sein, den Klerikalismus als ganzes zu überwinden.

Der Theologe Hermann Häring räumte mit den Mythen und Legenden um das Konzil auf. So wurde die weltfremde Sexualmoral durch das Konzil nicht angetastet. Beispiel sei der 1992 erschienene Welt-Katechismus, auch hier ist der Mensch als Ganzes dem Zugriff der Kirche ausgeliefert, bis in die intimsten Bereiche.

Das Konzil wurde von alten weißen Männern aus Europa dominiert, die Kirche der Armen hat keine große Rolle gespielt. Wenn man mal von den wenigen Bischöfen absieht, die durch den „Katakombenpakt“ wirklich Rückgrat bewiesen. Auch was das Verhältnis der Katholischen Kirche zur Demokratie einerseits, zu faschistischen-reaktionären Regimes andererseits betrifft, drückten sich die Konzilsväter um eine klare Position. Man erinnere sich nur an das Verhältnis der Kirche zum Franco-Regime in Spanien. Auch was die freie wissenschaftliche Forschung betrifft, kann von Entspannung keine Rede sein, das Lehramt dominiert alles. Im universitären Bereich habe sich die Situation nicht verbessert, im Gegenteil: Schikanöse Behandlung von Freigeistern sei an der Tagesordnung. Überhaupt stehe in den Konzilstexten sehr wenig darüber, was eigentlich zu tun sei.

Der paternalistische Stil zieht sich wie ein roter Faden durch die Texte.

Heute hätten Theologen wie Eugen Drewermann oder Hubertus Halbfas es gar nicht mehr nötig, sich auf die Konziltexte zu berufen, gingen sie doch längst weit über diese hinaus.

Natürlich gebe es auch Positives. Der wichtigste Erfolg des Konzils sei es, dass

sich die Menschen nicht mehr den Mund verbieten lassen, ohne das Konzil wäre das kaum möglich gewesen.

Eher meditativ gestaltete sich der Nachmittags-Workshop, den der suspendierte Priester Christoph Schmidt aus Köln hielt, der inzwischen als „freier katholischer Seelsorger“ arbeitet.

Freischaffende Seelsorger betreuen vor allem Menschen, denen die offizielle Kirche die Sakramentsgemeinschaft aus oft fadenscheinigen Gründen verweigert und diese auch sonst aus den Gemeinden ausschließt

Wie werden Konzils-Aussagen heute von den Menschen gedeutet? Schmidt verwies darauf, dass jedes Dogma eine Wurzel in der jeweiligen Zeit hat, in der es verkündet wurde, also nie und nimmer dauerhaften Bestand haben muss. Man dürfe sich außerdem nicht so sehr an Ritualen ausrichten, vielmehr könne jeder eine unmittelbare Begrenzung mit Gott haben.

Auch die Workshops am Samstag waren wertvoll. Ich besuchte am Vormittag zunächst den Vortrag des Schweizer Theologen Urs Eigenmann.

Er sprach über das Reich Gottes und dessen Verwirklichung vor allem in der Theologie der Befreiung. Was wollte Jesus, wofür stand er? Reich Gottes-Theologie und Klerikerkirche stellen diametrale Gegensätze dar, nicht zusammen passen. Seit Augustinus spielt das Thema ‚Reich Gottes‘ in der Theologie kaum noch eine Rolle. Die Kirche wird bei ihm an die Stelle des Reiches Gottes gesetzt. Es entstand das imperiale konstantinische Christentum. Erst die Befreiungstheologie hat die verschüttete Urbotschaft Jesu wieder freigelegt und der klerikalen Vereinnahmung entzogen.

Eigenmann erwähnte auch ausdrücklich die Religiösen Sozialisten, wie Leonard Razag, als bedeutende Vorläufer der modernen Befreiungstheologie.

Zugang zum Reich Gottes habe man vor allem durch Umkehr, einer Umkehr von den bestehenden Verhältnissen. Diese Umkehr ist auch der Weg zu neuen Erkenntnissen. Schließlich ging er auf die offene Tischgemeinschaft ein. Das gemeinsame (Abend-)Mahl, bei dem alle Trennung aufgehoben ist, sei Sinnbild einer egalitären Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Diskriminierung.

Davon ist die römisch-katholische Kirche natürlich Lichtjahre entfernt.

Fazit: Das Reich Gottes lässt sich nicht aufhalten, wenn es denn wirklich angestrebt wird. Auch die Kirche kann es nicht verhindern, so sehr sie auch oft Reich-Gottes-Bewegungen als Ketzerei verurteilt hat.

Ein konkretes Beispiel für das Streben nach Verwirklichung des Reiches Gottes konnte ich dann am Samstag nachmittag erkunden. Die Basisgemeinde „Schwul und Katholisch“ in der Gemeinde „Maria Hilf“ steht dafür. Nicht warten, bis von „Oben“ endlich mal etwas Positives kommt, nein einfach die Oberhirten vor vollendete Tatsachen stellen, so lautete das Argument der Aktivistin dieser Basisgemeinde. Den Hass- und Hetzpredigten entgegentreten und den Menschen in der Kirche verdeutlichen, dass hier weder Monster am Werk sind, noch arme bemitleidenswerte Sünder, sondern Menschen, die es mit der Liebesbotschaft Jesu ernst meinen. Natürlich gab es Widerstände in der katholischen Pfarrgemeinde „Maria Hilf“ in Frankfurt, aber die verflohen rasch, nachdem sich abzeichnete, welche segensreiche Wirkung die neue Basisgemeinde entfaltet. Denn es waren nicht nur Schwule, Lesben und Transgender, die den Weg in diese Basisgemeinde nahmen. Familien mit Kindern sind ebenso willkommen wie ältere allein stehende Menschen. Die Gottesdienste der Basisgemeinde sind beliebt und werden gut besucht,

aufgrund ihrer Offenheit und des Fehlens der üblichen Sünden-und-Schuld-Litanei, mit der vielen Menschen sich heute nicht mehr identifizieren können.

Hier haben wir den Beweis vor uns, dass sich eine traditionelle Pfarrgemeinde und eine Basisgemeinde nicht gegenseitig ausschließen, sondern im Gegenteil wunderbar ergänzen können, wenn sie denn wollen. Die Basisgemeinde ist von Seiten des Bistums Limburg offiziell anerkannt, man höre und staune. Sicher, die Anerkennung erfolgte noch von Bischof Franz Kamphaus, dem allseits geachteten auf Ausgleich bedachten Hirten, der sich ganz in der Linie des II. Vaticanums befand. Ob sein reaktionärer Nachfolger Tebartz van Elst dazu in der Lage wäre, glauben sicher die wenigsten.

Aber ein solches Beispiel kann Schule machen, wenn die Menschen den Mut und die nötige Kraft dafür aufzubringen im Stande sind.

### **Religiös-Sozialistische Kritik**

Wie könnte ein Fazit der gesamten Versammlung aussehen?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht leicht. Denn, einerseits handelt es sich um eine interessante Veranstaltung, die viel zu bieten hatte und längst Verschüttetes wieder ans Tageslicht beförderte.

Doch dürfen kritische Anmerkungen nicht fehlen, die ja auch von Seiten der IKvu deutlich zu hören waren.

Die Alterstruktur lässt wenig hoffen. Ja, es waren auch Jüngere da, doch die verloren sich fast.

Die Gruppe der unter 30jährigen war faktisch nicht vorhanden. Ja man könnte sogar sagen, dass selbst die unter 40jährigen unterrepräsentiert waren. Ich persönlich kam mir manchmal vor wie auf einer Senioren - Tagung. Das soll nicht abwertend

verstanden werden. Aber wenn es nicht gelingt, die Jüngeren zu begeistern, bleibt jeder Aufbruch stecken.

Wichtig erscheint mir die Bewertung der sozialen und intellektuellen Zugehörigkeit der Teilnehmenden. Wohl kaum einer oder eine, der oder die hier keinen akademischen Abschluss nachweisen konnte. Das Bildungsbürgertum war schlichtweg unter sich.

Da wurde viel geredet von Option für die Armen, wo aber, bitteschön, waren denn die Armen, die HartzIV-Empfänger, Leiharbeiter, prekär Beschäftigte? Ich habe keine gesehen.

Elitäre Reformgruppen, die gegen eine elitäre Kirchenhierarchie zu Felde ziehen? Ist es das, was wir brauchen? Das kann ja wohl nicht alles sein! Und das in einer Zeit, in der sich die Schere zwischen Arm und Reich immer deutlicher öffnet.

Hat die neue, immer größer werdende Unterschicht, haben die so genannten Bildungsfernen denn eine Stimme in der Gemeinde? Sind die Reformgruppen bereit, mit all jenen auf Augenhöhe zu sprechen, die nicht auf Daunen gebettet sind? Ich hege da große Zweifel.

Es ist doch kaum verwunderlich, dass ALG II-Bezieher, deren Existenz ruiniert ist, wenig Gedanken an Frauenordination oder Abschaffung des Zölibates verschwenden. Aber sind sie deshalb gleich generell desinteressiert?

Auch hier bietet sich die Basisgemeinde wieder an, Menschen auf Augenhöhe begegnen. Jesus konnte das, warum tun sich so viele damit schwer, es ihm gleich zu tun, jene die sich doch bei jeder Gelegenheit auf ihn berufen?

Die Kirche gehört allen, vor allem aber den Armen, so Bischof Bettazzi. Also holen wir sie herein, die Armen, die Ausgestoßenen, die Randexistenzen! So könnte aus

der Kirche für die Armen möglicherweise eine Kirche mit den Armen werden. Oder noch besser eine Gemeinde, die maßgeblich von den Armen geprägt wird.

Wie können wir diesen Zustand benennen? Reich Gottes? Sozialismus? Vielleicht. Aber auf die Bezeichnung kommt es nicht an. Ich denke, Jesus würde sich darüber freuen.

Nun müssen den theoretischen Beschlüssen endlich praktische Beispiele folgen.

### ***Botschaft der Konziliaren Versammlung, 18.–21.10.12 in Frankfurt***

Das II. Vatikanische Konzil war der Anfang eines Anfangs: die katholische Kirche bricht auf in die moderne, plurale Welt – eine Welt, in der sich die Kluft zwischen Reichen und Armen immer mehr vergrößert. Sie entdeckt das Antlitz Jesu neu – in den Ängsten und Hoffnungen der Menschen, besonders der Armen und Bedrängten. Das Konzil war auch die Zeit des Aufbruchs einer Kirche, die den Klerikalismus überwinden wollte. Die überkommenen kirchlichen Strukturen stehen jedoch nach wie vor einer glaubhaften Verkündigung im Wege.

50 Jahre danach setzen wir, Christinnen und Christen in Kirchengemeinden und Verbänden, kirchlichen Werken, Basis- und Reformgruppen diesen Weg fort: die Glut des konziliaren Aufbruchsfeuers neu freizulegen und zu entfachen. Als pilgerndes Volk Gottes in den Wirren und Konflikten unserer Tage eint uns der Wille, das Vermächtnis des Konzils und des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung heute zu leben, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und Alternativen zur neoliberalen Herrschaft von Kapital- und Gewinnsucht zu praktizieren.

Die Konziliare Versammlung zeigte, dass

es viele christliche Gruppen und Initiativen gibt, die konkrete Schritte tun, um in unserer Welt ein menschenwürdiges und naturverträgliches Leben für alle zu ermöglichen. Sie widersetzen sich einem Denken und Handeln in Politik und Wirtschaft, das uns weismachen will, es gebe keine Alternative zur kapitalistischen Weltordnung. Die Gewissheit, dass eine andere Welt möglich ist, steht unserer Überzeugung nach in engster Verbindung mit der Reich-Gottes-Botschaft Jesu, die vom Konzil neu zu Bewusstsein gebracht wurde. Diese andere Welt Gottes scheint dort zeichenhaft auf, wo Menschen das, was zu einem würdigen Leben notwendig ist, miteinander teilen.

Uns trägt die Verheißung Jesu eines „Lebens in Fülle“ (Joh 10,10) für alle. Eine andere, eine prophetische und diakonische Kirche ist nötig und möglich; eine andere Kirche, die Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen, Partizipation und Dialog, radikale Demokratie und tiefe Schöpfungsverbundenheit verwirklicht!

Wir sind Volk Gottes im Geist des Konzils, wenn wir für ein Leben aller Menschen in Würde kämpfen und die Einheit des Lebens im gerechten Tun und im Beten proklamieren.

Wir sind Volk Gottes, wenn wir mit vielen suchenden Menschen weltweit, mit feministischen sozialen und politischen Menschenrechts- und Demokratiebewegungen verbunden sind. Darin sind die Lesben-, Schwulen-, Transgender- und Intergender-Bewegungen eingeschlossen.

Wir sind Volk Gottes, wenn wir die Heiligkeit der Erde als Gottes Schöpfung achten, sie bebauen und bewahren.

Wir sind ein Volk Gottes, wenn wir die konfessionelle, religiöse und kulturelle Vielfalt respektieren.

Die biblische Botschaft vom Gott des Lebens ist für uns Zu- und Anspruch: Anders

Mensch sein in einer anderen Kirche für eine andere Welt.

Von diesen Überlegungen her bestimmen wir unser zukünftiges Handeln, insbesondere während der Jahre des Konzilsgedenkens 2012–2015 und im Blick auf das 500-Jahr-Gedenken der Reformation 2017.

*Madeleine Eisfeld*

*Geboren 1965 in Thüringen als Maik Eisfeld, Studium der Theologie von 1986–1989, Ausbildung zum Staatlich geprüften Sozialsekretär 1993–1994, Mitglied im BRSD seit 1996, Bundessprecher des BRSD von 2000–2002, 2005 Coming out als Transgender, seither in weiblicher Identität lebend.*

*In zahlreichen linken, libertären und queeren Initiativen tätig.*

*Mitglied in der Partei Die Linke und der Basisgewerkschaft FAU.*

*Zur Zeit: Mitarbeit am Aufbau einer links-alternativen Kommune mit den Schwerpunkten Transgender und Queer-Feminismus, die auch offen für spirituelle Ausrichtungen ist.*



**Madeleine Eisfeld**

## **Erinnerung an Robert Raphael Geis (1906–1972)**

# **Ein Rabbiner für die Christen**

*Von Wieland Zademach*

Bereits Anfang der 50er Jahre kehrte Rabbiner Geis zurück nach Deutschland, um bis zu seinem Lebensende das Gespräch zu führen mit nichtjüdischen Deutschen. Der jungen Generation brachte er die Geschichte und das religiöse Selbstverständnis des Judentums nahe, um so deren Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft zu schärfen. Den Angehörigen der Kriegsgeneration hörte er zu, wenn sie das seelsorgerliche Gespräch mit dem Rabbiner suchten. Vor allem aber engagierte er sich mit großem Einsatz für den Neubeginn des jüdisch-christlichen Dialogs in der Bundesrepublik.

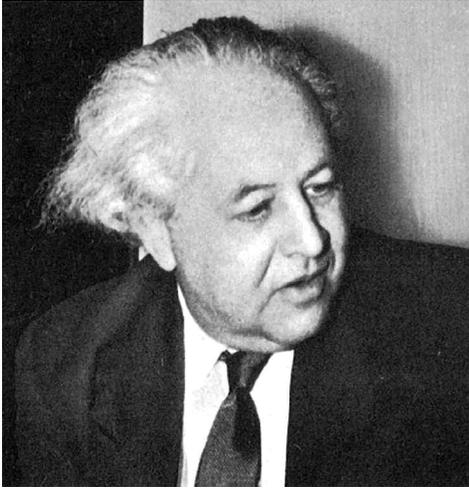
### ***Kleine biographische Skizze*<sup>(1)</sup>**

Am 4. Juli 1906 in Frankfurt/Main geboren, wuchs Geis in einem wohlhabenden assimilierten jüdischen Elternhaus auf.

Durch den frommen Großvater in Kassel werden ihm die Hinwendung zum Judentum und die Nähe zum Geschehen in der Synagoge vermittelt, so dass früh der Berufswunsch entsteht, Rabbiner der jüdischen Reformbewegung zu werden. Sein Studium beginnt er 1925 an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, und parallel dazu studiert er an der Berliner Universität Neuere Geschichte – Zeichen dafür, dass er sein deutsches Erbe genau so ernst nimmt wie sein jüdisches. Zu seinen Lehrern zählen Leo Baeck, Martin Buber und Franz Rosenzweig. 1930 promoviert er zum Dr. phil. an der Universität Köln, und 1932 legt er die wissenschaftliche Rabbinateprüfung in Berlin ab.

Es folgen 20 „Wanderjahre“ eines unruhigen Lebens mit vielen Stationen zunächst in Deutschland, dann in Palästina und bald nach Kriegsende wieder in Europa mit seiner Frau Susanne, die er 1945 in Je-

rusalem geheiratet hatte. Als liberaler Rabbiner konnte Geis in Palästina nicht Fuß fassen und auch keine akademische Laufbahn einschlagen, sondern arbeitet als Privatgelehrter und verschiedentlich als freier



**Robert Raphael Geis**

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hebrew University. Zudem wird sein zionistisches Ideal von der harten Wirklichkeit Palästinas erschüttert. Zumal im Nationalismus – auch im jüdischen – erkennt er eine „Zeitkrankheit von unvorstellbarem Ausmaß“. Als nach dem Ende des Krieges die Berichte über das unvorstellbare Ausmaß der Verbrechen in den Konzentrationslagern nach Palästina dringen ebenso wie über die schwierige Lage der Überlebenden in den DP-Camps (Displaced Persons), da fasst Geis den Entschluss, so schnell wie möglich nach Deutschland zurückzukehren, um den Überlebenden in den Lagern beizustehen. Über die „World Union for Progressive Judaism“ in London kehrt das Ehepaar Geis zurück nach Europa. Nach London sind Zürich und Amsterdam weitere Stationen, ehe schließlich im Früh-

jahr 1952 die Rückkehr nach Deutschland erfolgt: Geis wird zum Landesrabbiner von Baden mit Sitz in Karlsruhe berufen.

### **Neue Enttäuschungen**

Parallel zu seiner Tätigkeit als Rabbiner strebt Geis einen Lehrauftrag an einer deutschen Universität an. In einem Schreiben an Bundespräsident Theodor Heuss versucht er, den Bundespräsidenten von der Notwendigkeit zu überzeugen, Lehrstühle für jüdische Geistesgeschichte an deutschen Universitäten einzurichten. Für die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wie auch für die künftige Gestaltung eines deutsch-jüdischen Miteinanders bildet die Erziehung der akademischen Jugend zu einem vorurteilsfreien Verständnis des Judentums eine grundlegende Voraussetzung. Leider bleiben alle seine Bemühungen in dieser Richtung erfolglos. Eine eigene Lehrtätigkeit kann er lediglich in Freiburg im Rahmen des „studium generale“ ausüben sowie in studentischen Kreisen in Heidelberg und Bonn. Weil ihm diese Lehrtätigkeit sehr am Herzen liegt, verlagert er sie notgedrungen auf den außeruniversitären Bereich und entwickelt eine intensive Vortragstätigkeit im Rahmen der christlich-jüdischen Begegnung.

Zudem bleibt Geis' Arbeit auf Gemeindeebene ziemlich frustrierend. Zahlenmäßig dominierten Juden osteuropäischer Herkunft das Gemeindeleben, meist ehemalige DP's, für die es keine Rückkehr in die Heimat gab und die zu alt oder zu krank waren, um sich eine neue Existenz in den USA oder in Israel aufbauen zu können. Sie standen der neuen deutschen Umwelt ablehnend gegenüber und erst recht dem Rabbiner Geis, der das deutsche Judentum in Person verkörperte. Die Wunschvorstellung von Geis, im unmittelbaren Nachkriegsdeutschland etwas bewirken zu kön-

nen, zerbrach schlicht an der Realität. Für die Gemeindeglieder steht die Sicherung der Existenz im Vordergrund, nicht die Beschäftigung mit religiösen Fragen. Deutsche Juden als Gegenüber gibt es so gut wie nicht – der Intellektuelle Robert Raphael Geis gibt 1956 sein Rabbiner-Amt auf und engagiert sich künftig nur noch privat für die jüdische Gemeinschaft. Seine Hoffnung, an die deutsch-jüdische Tradition vor der Shoa anknüpfen zu können, hatte sich als Illusion erwiesen.

### **Geis als deutscher Jude**

Die von Geis verinnerlichte Synthese von Deutschtum und Judentum lässt ihn auch noch nach den nationalsozialistischen Verbrechen an seiner deutsch-jüdischen Identität festhalten. Er bringt sein Selbstverständnis auf den Punkt mit einem Satz von Franz Rosenzweig: „Sollte man mich zwingen wollen, mein Deutschtum von meinem Judentum zu trennen, so würde ich diese Operation nicht lebend überstehen“<sup>(2)</sup>. Nach den Enttäuschungen sowohl im akademischen Lehrbetrieb wie auch im Rabbineramt findet Geis schließlich sein ihn erfüllendes wie wohl auch ihm auf „den Geist geschnittenes“ Wirkungsfeld im christlich-jüdischen Dialog. Dort findet er Menschen, insbesondere unter den Mitgliedern der früheren Bekennenden Kirche, die, das Entsetzen über die Shoa reflektierend, bereit sind, eigene Glaubensstraditionen kritisch zu hinterfragen und die ein besseres Verhältnis zum Judentum gewinnen wollen. Seine vielfältigen Kontakte zu christlichen Deutschen lassen ein dreifaches Motiv seines Engagements erkennen: ein seelsorgerliches, ein pädagogisches und besonders ein theologisches.

### **Geis als Seelsorger**

Dieses seelsorgerliche Anliegen wird be-

sonders deutlich an Geis' nahezu freundschaftlicher Beziehung zu Albert Speer, Hitlers ehemaligem Rüstungsminister. Speer hatte sich im Gegensatz zu den meisten Mitangeklagten im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess zu seiner Schuld bekannt und Mitverantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen übernommen. 1969 nimmt Geis, durch ein Fernsehinterview des aus der Haft entlassenen Speer angeregt, Kontakt zu ihm auf, worauf sich ein reger Briefwechsel entwickelt. Als gläubiger Jude versichert er Speer, dass auch er „unter dem Verzeihen steht, denn Sie sind heute ein sehr aufrechter Mensch“<sup>(3)</sup>. Speer antwortet, dass Geis „das Zentrum aller meiner Zweifel und Bedrückungen in einer wohltuenden, auf die Dauer vielleicht sogar erlösenden Weise“ berührt habe<sup>(4)</sup>.

An Geis' Verhalten wird deutlich, dass er sich nicht zu pauschalen Verurteilungen hinreißen, aber auch nicht leichtfertig Vergebung walten lässt. Er hat den einzelnen Menschen vor Augen und öffnet sich dort, wo er ernst gemeinte Bußfertigkeit und Reue erkennt. Zudem geht sein Blick in Bezug auf Schuld und Verantwortung über das Leid des jüdischen Volkes hinaus, wenn er das Schweigen der Weltmächte Hitler gegenüber anspricht und in der Gegenwart die Verhältnisse in Vietnam, Südamerika, Südafrika oder den Rassismus in Amerika anspricht: „Das fürchterliche Sterben, das Foltern, das Verhungern ist nicht zu Ende. Wer da nicht verzweifeln will, wer kämpfend an vielen Fronten steht, der muß das ‚Ja‘ zu dem einzelnen Menschen wieder und immer wieder sich erkämpfen. Sie kann ich als Kameraden ansehen, weil Sie ehrlich sind. Herrn Globke ... würde ich die Hand nicht reichen.“<sup>(5)</sup>

### **Geis als Pädagoge**

Mittels intensiver Vortragstätigkeit und

vieler Publikationen, wie etwa sein 1961 erschienenes Buch „Vom unbekanntem Judentum“, versucht Geis, ein dem jüdischen Selbstverständnis gemäÙes Bild des Judentums zu vermitteln. Exemplarisch für sein pädagogisches Anliegen sei genannt die große Studententagung der Evangelischen Studentengemeinde Darmstadt vom November 1958 mit dem Titel „Antisemitismus-Judentum-Staat Israel“. Anlass zu dieser vom damaligen Studierendenpfarrer Herbert Mochalski initiierten Tagung gaben seinerzeit zahlreiche antisemitische Vorkommnisse sowie der Wunsch der Studierenden, etwas über das ihnen völlig unbekanntes Judentum zu erfahren.

Geis referierte über „Das religiöse und geistige Selbstverständnis des heutigen Judentums“. Neben Geis sprachen Eugen Kogon über die „Judenverfolgung im Dritten Reich“, Adolf Freudenberg über „geschichtliche Wurzeln des Antisemitismus“, Erika Küppers, die in ihrem Vortrag „Juden und Christen gehören zusammen“ theologische Gemeinsamkeiten betonte, und Moshe Tavor, der über „die geistigen Wurzeln des Zionismus bis zum Staate Israel“ informierte. Diese einige Jahre später sorgfältig dokumentierte Tagung<sup>(6)</sup> markiert geradezu einen Wendepunkt in der akademischen Geschichte des christlich-jüdischen Dialogs und gab Anstöße, die erst später reiche Früchte tragen sollten. Allen damals Beteiligten gemeinsam war die aktive Gegnerschaft zum Nationalsozialismus aus christlicher Überzeugung heraus, die sich nicht auf die „religiöse Privatsphäre“ beschränkt hatte. Deutlich wurde aber auch, dass die jeweiligen Institutionen nur sehr bedingt hinter diesen Exponenten eines Neuanfangs im Verhältnis von Christen und Juden standen. Auch in dieser Hinsicht zeichneten sich spätere Auseinandersetzungen ab, begründet in der Problematik, wie sich reli-

giöse Überzeugungen im gesellschaftspolitischen Handeln ausdrücken.

### **Geis als Theologe des Dialogs**

In der Tradition Martin Bubers war R.R. Geis der Überzeugung, gemeinsam mit den christlichen Partnern auf die Verwirklichung des „Königtums Gottes“ hinwirken zu können. Die Erinnerung daran, dass Israel einst JHWH zu seinem unmittelbaren und ausschließlichen Volkskönig ausgerufen habe, führt notwendigerweise zu einer Zusammenschau der politischen und der religiösen Sphäre. Durch den Bund am Sinai seien Gott und Israel „theopolitisch“ zu einer Einheit zusammengeschlossen. Dass diese Verwendung des Begriffs „Theopolitik“ bei Geis weit hinausgeht über einen Religionsbegriff im eingeschränkten Sinne seelischer Frömmigkeit und kultischer Gottesdienste, das hat Hans Joachim Kraus treffend charakterisiert: „Hier handelt es sich vielmehr von Anfang an um das Ganze des Lebens, um Existenz und Weg des Volkes im politischen Entscheidungsfeld. Anders ausgedrückt: es geht um die Verwirklichung des Reiches Gottes im Diesseits der Schöpfung, um die messianische Heranführung eines neuen Zusammenlebens in Gerechtigkeit und Frieden.“<sup>(7)</sup>

Geis sucht die Gemeinschaft mit Christen, weil er durch die Katastrophe des Nationalsozialismus die Chance zu einem neuen Verstehen zwischen Christen und Juden gegeben sieht. Hitler bezeichne nicht nur das Ende der Epoche, die mit Konstantin dem GroÙen anhebte; vielmehr habe die nationalsozialistische Verfolgung die lange vergessene Wirklichkeit wieder zu Bewusstsein gebracht, dass Juden und Christen aus derselben Wurzel leben. Man erkannte die Märtyrerrolle an, welche die Juden für alle Freiheitsliebenden hatten übernehmen müssen. Nach zweitausend Jahren des

Missverstehens sei in den Kirchen bewusst geworden, dass der Christ mitgemeint ist, wenn man den Juden schlägt. Die Aufgabe der beiden gläubigen Minoritäten sei es nun, sich einander brüderlich beizustehen und geeint den Kampf für das Königtum Gottes auf Erden zu führen. Dieses neue Miteinander könne bewirken, „dass aus dem Furchtbaren der Vergangenheit in der Zukunft etwas wird, was die Vergangenheit dann wirklich überwindet“<sup>(8)</sup>. Allerdings ist Geis, auch nach seinen eigenen Erfahrungen, Realist genug, um zu wissen, dass innerhalb der Kirche gegenwärtig nur eine Minderheit zum Umdenken bereit ist. Seine Gesprächspartner findet er vornehmlich in den Reihen der Bekennenden Kirche, deren Mitglieder während der Zeit des Nationalsozialismus Widerstand geleistet und dafür Verfolgung oder gar den Tod auf sich genommen haben. Mit ihnen weiß er sich einig in der Überzeugung, dass der christlich-jüdische Dialog nicht nur auf der theologischen Ebene geführt werden darf, sondern dass die Ebene des politischen Handelns unabdingbar dazu gehört: „Von der jüdischen Bibel her ist über alle jüdischen Epochen deutlich geblieben, dass die Grundlage der gläubigen Erwartung in der Konkretion des Bundes, der Erfüllung in der Zeit, der Herbeiführung des Gottesreiches liegt. Auch das Politische kann davon nicht ausgeklammert werden.“<sup>(9)</sup>

### **Die Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Evang. Kirchentag**

Im Leitungskreis dieser Arbeitsgemeinschaft fand R.R. Geis schließlich das Betätigungsfeld, auf dem er mit Intensität und Beharrlichkeit das Gespräch mit Christen führen konnte. In der Vorbereitung auf den Kirchentag 1961 in Berlin beauftragte Reinold von Thadden-Trieglaff, der damalige Kirchentagspräsident, Persönlichkeiten

wie Adolf Freudenberg, Heinrich Giesen und Helmut Gollwitzer mit der Gründung einer Arbeitsgruppe zum Schwerpunktthema Juden und Christen. Den Vorsitz übernahm Hans-Joachim Kraus, Professor für Altes Testament in Hamburg. Es war beileibe damals nicht selbstverständlich, dass für den erhofften Dialog auch Juden selbst zu Wort kommen sollten und auch wollten. Neben Geis konnten der Religionswissenschaftler Schalom Ben-Chorin aus Jerusalem, Rabbiner Ernst Ludwig Ehrlich aus Zürich und die Soziologin Eva Reichmann aus London für die Teilnahme gewonnen werden, die alle bereits in die inhaltliche Planung einbezogen wurden.

Theologischer Ausgangspunkt der gemeinsamen Arbeit war das Verständnis des Bundes zwischen Gott und Israel. Dieser Bund sei durch Christus nicht aufgehoben, sondern auf die Heiden ausgeweitet worden. Es gebe nur den einen ungekündigten Bund, der Juden und Christen umschließe. In der Konsequenz war man sich einig in der Ablehnung der Mission von Juden. Außer Frage stand jedoch für die christlichen Teilnehmenden, dass Jesus der Messias Israels ist und als solcher grundsätzlich auch den Juden zu bezeugen sei; Dialog wird als adäquate Form betrachtet, Juden das Christuszeugnis nahe zu bringen.

Auf dem Kirchentag vom 20.–22. Juli 1961 in Berlin rückte das Randthema Juden und Christen in das Zentrum des Kirchentagsgeschehens, wo einst aus Deutschland vertriebene Jüdinnen und Juden vor einem Publikum sprachen, das sich überwiegend aus Angehörigen der mittleren oder jungen Generation zusammensetzte. Die thematischen Schwerpunkte hatte die Arbeitsgruppenleitung auf das Bekennen der christlichen Mitschuld an der nationalsozialistischen Judenverfolgung gelegt sowie auf die bleibende Erwählung Israels und die

Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Das Anliegen der Arbeitsgruppe, Christen zu Buße und Schuldbekennnis zu rufen, wurde besonders deutlich während der von Helmut Gollwitzer geleiteten Bibelarbeiten. Da gab es keinen Strich unter die Vergangenheit, sondern nur brennenden Schmerz und bittere Anklage. Den Beitrag von R.R. Geis über den Sinn der Erwählung aus jüdischer Perspektive kommentierte Gollwitzer so: „Etwas Unerhörtes ist hier geschehen. In der ganzen zweitausendjährigen Kirchengeschichte weiß ich keinen Fall, dass man – und noch dazu in brüderlicher Weise – einen Rabbiner hergerufen hat, um ihn zur christlichen Gemeinde über Israel sprechen zu lassen. Es ist etwas Neues, was hier angefangen hat.“<sup>(10)</sup> Geis bringt die historische Bedeutung dieses Ereignisses zum Ausdruck, wenn er feststellt: „Nach zwei Jahrtausenden des Missverstehens gibt eine grausige Gottesfinsternis jäh den Blick dafür frei, dass der Christ mitgemeint ist, wenn man den Juden schlägt“ und wenn er daraus die theologische Konsequenz zieht: „Wo immer Feindschaft gegen das Judentum im Christentum seine blutigen Siege feiert, begegnen wir dem Heidentum im Christentum, nicht der frohen Botschaft Jesu.“<sup>(11)</sup>

Ein konkretes Ergebnis der Kirchentagsarbeit ist die von den christlichen Mitgliedern der Arbeitsgruppe abgegebene Erklärung „Juden und Christen“. Als gemeinsame theologische Überzeugung wird dort festgehalten: „Juden und Christen sind unlösbar verbunden. Aus der Leugnung dieser Zusammengehörigkeit entstand die Judenfeindschaft in der Christenheit. Sie wurde zu einer Hauptursache der Judenverfolgung. Jesus von Nazareth wird verraten, wenn Glieder des jüdischen Volkes, in dem er zur Welt kam, als Juden missachtet werden.

Jede Form der Judenfeindschaft ist Gottlosigkeit und führt zur Selbstvernichtung.“<sup>(12)</sup>

### **Der Streit um die Judenmission als Bewährungsprobe**

Der Euphorie von Berlin folgte bald eine Phase der Ernüchterung, als sehr schnell deutlich wurde, dass die Theologen der Arbeitsgemeinschaft innerhalb der evangelischen Kirche eine Position der Minderheit vertraten. Die massive Kritik entzündete sich an der Frage nach der Mission von Juden und gipfelte in dem Vorwurf, die Theologen der Arbeitsgemeinschaft würden aus einem Schuldgefühl heraus den christlichen Absolutheitsanspruch zur Disposition stellen. Gegen diesen Vorwurf verteidigte Gollwitzer die Arbeitsgemeinschaft in einem Briefwechsel mit den konservativ-lutherischen Berliner Kirchenbriefen, indem er betonte, dass ein ernst zunehmender Christ natürlich niemanden, auch die Judenschaft nicht aus dem Adressierungsbereich seiner Botschaft ausklammern kann. In dieser und ähnlichen Äußerungen glaubt nun Geis seinerseits, bei Gollwitzer missionarische Absichten erkennen zu müssen. Es kommt zu einem heftigen Streit über die Begriffe Zeugnis und Mission, der in manchen Kreisen auch heute noch nicht ausgestanden ist. Damals kam es zu bitteren Auseinandersetzungen<sup>(13)</sup>, die schlussendlich aber doch zu einigen Klärungen geführt haben und die Freundschaft zwischen Geis und Gollwitzer nicht zerstörten. Als Fazit läßt sich daraus mitnehmen, dass Geis sich gegen ein christliches Zeugnis verwahrt, das auf eine endliche Bekehrung der Juden glaubt hinwirken zu müssen. Außerdem weist er mit Recht darauf hin, in welcher erbärmlicher Weise gerade die Christenheit im Dritten Reich – auch in der Bekennenden Kirche – in ihrem praktischen Zeugnis versagt hatte und for-

dert, dass deshalb dieses Zeugnis heutzutage mit der gebotenen Zurückhaltung gegeben werde und wenn, dann eher mit praktischer Tat anstatt mit Bekehrungspredigten.

Indem sich Geis unter Hinweis auf die jüngste Vergangenheit gegen das nichts kostende und zu nichts verpflichtende verbale Zeugnis Ablegen wendet, klagt er darüber hinaus die Zusammenschau von historischer, persönlicher und theologischer Ebene ein. Immerhin haben auch die damaligen Auseinandersetzungen befruchtend auf die weitere Debatte gewirkt, vor allem im Hinblick darauf, den Zeugnis-Begriff im jeweiligen Verwendungszusammenhang auf seine exakte Bedeutung hin zu überprüfen. Eine wegweisende Klärung brachte dann schließlich die Studie der EKD „Christen und Juden III. Schritte der Erneuerung im Verhältnis zum Judentum“<sup>(14)</sup>. In dieser Studie wird das Zeugnis beschrieben als „Haltung eines personenhaften Eintretens für Gott und seine Wahrheit“. Es wird ausdrücklich betont, dass das Zeugnis-Geben ein wechselseitiger Prozess ist, der sich zwischen gleichberechtigten Partnern vollzieht: „Christen und Juden begegnen einander als Zeugen in der Weise, dass sie jeweils ihre Glaubenserfahrung und Lebensform einbringen. Damit wäre ausgeschlossen, dass unterschiedliche Machtpositionen einseitig ausgespielt werden oder dass ein Partner als bloßer Sender, der andere als bloßer Empfänger einer Botschaft erscheint.“<sup>(15)</sup>

In der Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim DEKT hatte Geis das Forum, von dem aus er in die christliche Öffentlichkeit hineinwirken konnte. Allmählich setzte sich hier die Erkenntnis durch, dass kein christlicher Satz mehr ausgesprochen werden kann, ohne die Wirkung zu bedenken, die er bei einem mithörenden oder

mitlesenden Juden hat. Auch sein sehnlicher Wunsch nach einer akademischen Lehrtätigkeit erfüllte sich wenigstens noch ansatzweise. 1969 bekam er eine Honorarprofessur für Judaistik an der Pädagogischen Hochschule Duisburg. Und im Winter 1971/72 lehrt Geis als Honorarprofessor an der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen. Allerdings ist er da bereits durch Krankheit geschwächt. Als er am 18. Mai 1972 stirbt, hinterlässt er ein geistiges und geistliches Erbe, das den christlich-jüdischen Dialog mit vielen Impulsen bis in die Gegenwart bereichert.

#### Anmerkungen

- 1) *Ausführlicher zu Geis' Leben und Wirken siehe: Susanne Schütz, Robert Raphael Geis – ein Rabbiner für die Christen, in: Werner Licharz/Wieland Zademach (Hg.), Treue zur Tradition als Aufbruch in die Moderne. Visionäre und mahnende Stimmen aus Judentum und Christentum, Waltrop 2005, S. 325–360.*
- 2) *R.R. Geis, Gottes Minorität - Beiträge zur jüdischen Theologie und zur Geschichte der Juden in Deutschland, München 1971, S. 120.*
- 3) *Geis' Brief an Speer vom 23.11.1969. In: Dietrich Goldschmidt (Hg.), Leiden an der Unerlöstheit der Welt. Robert Raphael Geis 1906–1972. Briefe, Reden, Aufsätze, München 1984, S. 340.*
- 4) *A.a.O.*
- 5) *A.a.O. S. 341.*
- 6) *Adolf Freudenberg u.a., Antisemitismus – Judentum – Staat Israel. Frankfurt a.M., 1963.*
- 7) *Hans-Joachim Kraus, Robert Raphael Geis – Dialog in prophetischer Perspektive. In: Heinz Kremers/Julius H. Schoeps (Hg.), Das jüdisch-christliche Religionsgespräch, Stuttgart 1988, S. 153.*

- 8) Geis, Das religiöse und geistige Selbstverständnis des heutigen Judentums. In: Freudenberg (Hg.), Antisemitismus ... S.101.
- 9) Robert Rafael Geis/Hans Joachim Kraus (Hg.), Versuche des Verstehens. Dokumente jüdisch-christlicher Begegnung aus den Jahren 1918–1933. Eingeleitet von Robert Rafael Geis und Hans Joachim Kraus, München 1966, S.36.
- 10) Helmut Gollwitzer, Einleitung zur Erklärung der christlichen Teilnehmer der AG. Zitiert nach: Susanne Schütz, a.a.O. S.346.
- 11) A.a.O. S. 347.
- 12) A.a.O. S. 348.
- 13) Diese auch „Purim-Streit“ genannte Auseinandersetzung (weil Geis seine erste große Kritik in eine Betrachtung zum Purim-Fest gekleidet hatte) findet sich breit dokumentiert bei S. Schütz, a.a.O. S. 349-359.
- 14) Schriften der EKD, Gütersloh 2000.
- 15) A.a.O. S. 60.

Dr. Wieland Zademach, Jahrgang 1943, Pfarrer der Ev.-Luth. Kirche in Bayern. 1971 Promotion: „Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen“ (Düsseldorf 1973). Gemeindepfarrer in Oberfranken. Von 1989 bis 1997 Geschäftsführer der ACK in Bayern, danach Ökumenebeauftragter im Kirchenkreis Nürnberg. Im Ruhestand Dozent an der Seniorenuniversität in Frankfurt/Main. Buchveröffentlichungen: „Eurokommunismus – Weg oder Irrweg“, München 1979. „Glasnost und Perestroika – Hoffnung für diese Welt!“, Essen 1987. Hrsg. von „Reich Gottes für diese Welt – Theologie gegen den Strich“, Waltrop 2001; „Treue zur Tradition als Aufbruch in die Moderne“, Waltrop 2005; „Kirche der Zukunft – Kirche in der globalen Welt“, Frankfurt 2008. Mitglied im Redaktionsbeirat von CuS



**Wieland Zademach**

## 16 Jahre internationale Begegnungen bei Jugendworkcamps in Belarus

Von Ulrike Jaeger

**W**ie kommt man dazu, seine Ferien für drei Wochen in Belarus zu verbringen, um ohne Luxus, in einfachsten Verhältnissen zu leben? Die deutschen Jugendlichen haben größtenteils neben der Schule einen Nebenjob, um sich etwas Geld zu verdienen, um besser über die Runden zu kommen. Für den dreiwöchigen Aufenthalt in Belarus zahlen sie 325,- Euro, um dort gemeinsam mit belar-



**Auf dem Weg nach Isabellina**

russischen Jugendlichen an 12 Tagen bis zu 10 Stunden bei alten, allein lebenden Menschen, welche in schwierigsten sozialen Verhältnissen leben, zu arbeiten. Sie zahlen also Geld dafür, dass sie Menschen in Not und Armut mit ihrer Arbeit zu besseren Lebensbedingungen verhelfen. Wenn man sie fragt: „Warum sie das tun oder was sie davon haben, dass sie das tun?“ ... kommt meistens die einhellige Antwort: „Weil es Spaß macht, anderen zu helfen.“ Und es macht offenbar großen Spaß, sich mit anderen zu verbünden ... Ein gemeinsames Ziel zu haben, neue Erfahrungen machen zu können, nicht immer schon im Vorhinein zu wissen, was am Ende herauskommen muss, sich ausprobieren zu können, ein fremdes Land kennen zu lernen, Generationen übergreifende Begegnungen zu erleben, Grenzen überschreiten, sich auf andere Mentalitäten und Kulturen einzulassen – wer sich dazu anmeldet, wird nicht nur gefördert, sondern auch manches Mal ziemlich gefordert. Und dennoch hält es etliche Teilnehmende nicht davon ab, sich wieder und wieder anzumelden.

Fast alle Teilnehmenden berichten davon, dass ihre Freunde/innen, Mitschüler/innen für eine solche Art von Urlaub kein Verständnis haben und nicht im Geringsten verstehen können dass diese Arbeit in den Ferien viel Spaß machen kann. Trotz dieses Nichtverstehens, oder des belächelt Werdens, lassen sich die Jugendlichen nicht davon abhalten, ihren Urlaub zu „opfern“ und sich jedes Jahr erneut zu engagieren. „Menschliches Verhalten wird nicht von Bedingungen diktiert, die der Mensch antrifft, sondern von Entscheidungen, die er selber trifft.“

Viktor E. Frankl

In den 16 Jahren nahmen über 310 Jugendliche an dem Projekt teil, das sich auf die Fahnen geschrieben hat, „Völkerverständigung, Friedens- und Versöhnungs-



**Baugruppe (Ulrike Jaeger auf der Leiter)**

arbeit“ zu leisten. Denn die Menschen, die von den Jugendlichen einen Arbeitseinsatz bekommen, leben nicht „nur“ in armen Verhältnissen, sie sind auch alle Überlebende von Kriegen; alle haben den Zweiten Weltkrieg, den Holocaust miterlebt, die stalinistischen Säuberungen überlebt und leben heute unter der Regierung Lukaschenkos. Es sind gerade die alten Menschen, die die Jugendlichen faszinieren. Man fragt sich in der Tat: Wie kann man das alles aushalten, überleben und die Konsequenz von jedem Regime ertragen. Eine Diktatur löst die andere ab. Angesichts der bescheidenen Verhältnisse, die Jugendliche hier oftmals erstmalig in ihrem Leben antreffen, fragt niemand von uns nach Luxus, „All-Inklusiv“.

Vom Verstand her ist es nicht zu fassen oder zu begreifen, und man fragt sich: „Wo ist die Gerechtigkeit geblieben?“ Manche

Menschen haben es unglaublich gut, obgleich sie wenig dafür tun; andere engagieren sich für alles und jeden, und man hat den Eindruck, sie kommen nie zu ihrem Recht. Wenn man hier mit uns Urlaub macht, kommt man früher oder später in jedem Fall zum Nachdenken. Unsere deutschen Teilnehmenden sind nach dieser Reise mit dem Resümee zurückgekehrt, dass bei uns doch auf sehr hohem Niveau geklagt wird, wo es oft nichts zu klagen gibt. Die Jugendlichen helfen völlig unbürokratisch, fassen an, wo es nötig ist, setzen andere Prioritäten über den Sinn des Lebens. Die Erfahrungen geben Anstoß zum Umdenken, was die Jugendlichen zum Handeln veranlasst, und sie setzen sich mit ihrer ganzen Kraft dafür ein.

*„Die Aufgabe wechselt nicht nur von Mensch zu Mensch – entsprechend der Einzigartigkeit jeder Person –, sondern auch von Stunde zu Stunde, gemäß der Einmaligkeit jeder Situation.“*

Viktor E. Frankl

Alle Teilnehmenden sammeln eine Menge Erfahrungen durch das gemeinsame Tun, nicht zuletzt auch für ihr eigenes Leben. Sie tun viel für andere, nehmen aber ganz gewiss auch sehr viele Impulse für ihr eigenes Leben mit nach Hause. An dem, was einem „fremd“ ist, lernt man vielleicht erst über das Eigene, Gewohnte und Vertraute nachzudenken. Das eigene Verhalten und Leben wird reflektiert und oftmals auch das Ergebnis festgehalten, dass vieles ja überhaupt nicht selbstverständlich ist, was man für selbstverständlich hielt.

In den insgesamt 16 Jahren konnten wir über 116 alten, allein lebenden Menschen helfen, ihre Wohnsituationen zu verbessern. Diese Baustellen führten uns in 15 belarussische Dörfer. Davon wurden im Zweiten Weltkrieg etliche durch Deutsche verbrannt und dem Erdboden gleich gemacht. Viele der heute noch Lebenden, mit denen wir



**Besuch bei einer Babuschka**

zusammen arbeiten, haben dies damals erlitten. Nicht „nur“ die Verbrennung der Dörfer, des eigenen Besitzes, sondern damit verbunden oftmals ja auch die Verbrennung der eigenen Familienmitglieder, die nicht entkommen konnten. Unsere Friedensarbeit geht also weit über die praktische Hilfe und bauliche Tätigkeit hinaus. Da sich unsere Einsatzgebiete größtenteils auf dem Hauptkampfgebiet des Zweiten Weltkrieges befinden, suchen wir diese Plätze mit Zeitzeugen auf, um von ihnen zu erfahren, was sich dort vor 70 Jahren ereignet hat. Die Plätze, an denen sich einst Deutsche, Belarussen, Russen und Litauer Auge in Auge gegenüberstanden und bekämpften, sind heute zu Plätzen der Versöhnung geworden, an den Menschen sich die Hände reichen, den Dialog suchen, aufeinander zugehen und gemeinsame Schritte wagen.

Eine der eindrucklichsten Erfahrungen



*In memoriam Maria Sinkewitsch*

im letzten Sommer war das Abschiednehmen von Maria Sinkewitsch. Sie prägte über 11 Jahre das Jugendworkcamp mit. Sie freute sich immer über unseren Besuch und war oftmals der Mittelpunkt unserer Begegnungen. Sie lebte unter dem Existenzminimum, in für uns unvorstellbar einfachen, bescheidenen Verhältnissen. Materiell konnte sie niemandem etwas geben, weil es meist für sie alleine schon nicht reichte. Uns hat sie alles gegeben, durch ihre Freundlichkeit, ihrer Herzlichkeit, ihren Humor und ihre Gastfreundschaft, auch wenn sie nie was zu Essen anbieten konnte. Sie hat uns immer einen Platz angeboten. Ihre Türe stand immer für uns offen. Wer ihr begegnet ist, wird sie niemals vergessen, in unseren Herzen lebt sie weiter.

*„Ich kann mir nicht vorstellen, dass etwas einen Menschen mehr befähigt, subjektive Beschwerden und objektive Schwierigkeiten zu ertragen oder zu überwinden, als das Gefühl, eine Aufgabe zu haben – eine Mission.“*

*Viktor E. Frankl*

Im letzten Jahr haben wir mit 35 Jugendlichen aus Belarus und Deutschland intensive Begegnungen und Erfahrungen gemacht. Zum einen im Jugendworkcamp Belarus zum anderen in Krakau, Auschwitz-Birkenau wie auch im Begegnungsprogramm in Bünde, wo alle Beteiligten

die Erfahrungen gemeinsam ausgewertet haben.

Im Jahre 2012 haben sich wieder 35 Jugendliche an unseren Programmen beteiligt. Vom 6. bis 13. Oktober fand wieder ein Rückbegegnungsprogramm mit den belarussischen und Bänder Jugendlichen in Bünde statt. Die Vorfreude von allen Beteiligten war groß. Der deutsch-belarussische Kulturabend am 10. Oktober im Dietrich-Bonhoeffer Haus in Bünde war gut besucht.

*Ulrike Jaeger am 8.1.65 in Waldbröl, Kreis Oberberg geboren*

*Ausbildung seit 1989: Porta Westfalica-Malche, Bielefeld, Bethel-Kollegschule, Gemeindepraktikum (mit sozialen Brennpunkten) – Havixbeck/*

*Münster, 1993–1994 Anerkennungsjahr in der Region Dünne-Spradow-Südlengern, seitdem Jugendreferentin in der Evangelischen Jugend Bünde, 1994 Anerkennung als Diakonin in der EKvW, weitere Fortbildungen in Bad Salzuflen und an der Sekretärschule in Kassel zur Anerkennung als Gemeindepädagogin. 2003–2006 berufsbegleitendes Studium zur Projekt- und Sozialmanagerin für Non-Profit-Organisationen (NPO), an der EFH Bochum. Seit 1995 in Belarus aktiv, seit 1996 jährliche Jugend-Work-Camps, 2002 Buch „Die vergessenen Frauen vom Narotschsee“.*

*Vgl. ihren Artikel in NW – CuS 1/2006.*



**Ulrike Jaeger**

## Frankreich vor dem Weltgebetstag 2013

# Ein Reisebericht

Von Renate Schroeder

2013 kommt der Weltgebetstag (WGT) aus Europa, unserem Nachbarland Frankreich. Der Titel, den die WGT-Frauen für ihre Liturgie wählten, lautet: „Ich war ein Fremder, aber ihr habt mich aufgenommen.“ Es ist ein hochaktuelles Bibelzitat aus dem Matthäusevangelium (25,35 d).

Wie gehen wir mit Fremden um, wie heißen wir Menschen aus anderen Ländern willkommen? Wie sind wir durch berufliche Veränderungen und Mobilität darauf angewiesen, dass uns auch andere willkommen heißen?

Meine 11. Reise für den Kirchenkreis Herford führte mich im Juni 2012 für zwei Wochen unter der Leitung von Pfarrerin Katja Jochum vom Landesverband der Frauenhilfe in Soest und Pfarrerin Antje Lütke-meier aus Bad Lippspringe nach Frankreich. Wir waren eine große Gruppe von 30 Frauen, fast jede von uns war schon einmal in diesem Land und vermeinte, es zu kennen! Aber wir haben vieles neu und anders entdeckt und kennen gelernt. Wie immer waren die Begegnungen und Projekte das wichtigste. Die überwältigende Schönheit der Abteien, Klöster und Schlösser, die wir besichtigten, hat uns oft sprachlos gemacht.

Die erste Station der Reise war Paris, die nächsten fünf Tage – fast immer regnete es – verbrachten wir im Gästehaus der Rheinischen Kirche, dem Foyer Le Pont. Zuerst stand die obligatorische Stadtrundfahrt auf dem Programm. Herausragend war der Besuch des Musée d'Orsay, wo

wir die Originalgemälde von Renoir, Monet, Manet, Van Gogh, Sisley, Gogain usw. besichtigen und bewundern durften. Im Schloss Versailles drängten wir uns mit Hunderten von Besuchern durch die Räume und durch die wundervoll angelegten Gärten. Einen halben Tag gingen wir auf den Spuren von Simone de Beauvoir und Jean Paul Sartre in Saint Germain de Près, dort wurde der Existentialismus geprägt. Auf dem Friedhof Montparnasse fanden die beiden Schriftsteller, die im Leben nie zusammenwohnten, ein gemeinsames Grab.

### **Treffen mit dem Länder-Beauftragten der „Aktion Sühnezeichen“**

Das erste Treffen hatten wir im Foyer Le Pont mit Ludowig Freese, dem Länderbeauftragten für die Friedensdienste der „Aktion Sühnezeichen“ (ASF).

Am 30. April 1958 wurde bei der Synode der Ev. Kirche in Deutschland diese Organisation ins Leben gerufen. Der Bezug zu Deutschland lag auf der Hand. Die Idee war, junge Deutsche sollten in die Länder gehen, die besonders unter dem Nationalsozialismus gelitten hatten. Man spricht von den Kindern der Tätergeneration. Sie sollten durch gemeinnützige Projekte ein Zeichen setzen – als Bitte um Vergebung und Versuch, einen Prozess der Versöhnung in Gang zu setzen. Seither sind Tausende zumeist jüngerer Menschen diesem Aufruf gefolgt, damit wird die Erfahrung gemacht, dass der bewusste Umgang mit der Vergangenheit und ihren Auswirkungen auf die Gegenwart eine gemeinsame friedlichere Zukunft ermöglicht.

In Frankreich wurde ASF 1962 gegründet.

Jedes Jahr engagieren sich ca. 500 Menschen in elf Ländern Europas, in Israel und der USA. Anfänglich waren es mehr Mädchen, nachdem aber die Wahl zwischen Bundeswehr und Ersatzdienst möglich ist, kommen mehr junge Männer dazu. In Sommerlagern werden jüdische Friedhöfe instand gesetzt, 2012 traf man sich in Magdeburg. Es arbeiten außer in sozialen Projekten auch auf Bauernhöfen unter anderem deutsche, ukrainische und bulgarische Jugendliche Seite an Seite. In französischen Köpfen existieren noch große Vorurteile gegen Deutschland, obwohl 82 % der Franzosen sagen, sie hätten keine Aversionen mehr gegen uns. Das Deutsch-Polnische Verhältnis verbessert sich durch die Jugendarbeit. Für viele Franzosen ist Deutschland noch „Nazideutschland“. Unterstützung bekommt ASF durch Förderkreise und Spenden. In jedem Land gibt es eine Geschäftsstelle, für Deutschland ist es Berlin.

Besonders beeindruckend war für uns das Frauenprojekt für jüdische Shoa-Überlebende, Zeitzeugen, die aus Ländern Osteuropas nach dem Krieg nach Frankreich kamen. Aus Frankreich wurden 76.000 Menschen in die Vernichtungslager deportiert. Durch Gesprächskreise über Antisemitismus, Holocaust und Ausgrenzung werden den Frauen hier neue seelische Lebensräume ermöglicht. Ihre Einzelschicksale bekommen ein Gesicht, und sie erfahren Anerkennung.

In einer Pariser Vorstadt gibt es ein ebensolches Projekt mit Überlebenden der Sinti und Roma.

### **Evangelische Kirche in Frankreich**

Pfarrerin Agnes von Kirchbach in ihrer Gemeinde Saint-Cloud, einem Stadtteil von Paris, wurde in Rügen geboren, studierte in Berlin Biologie und Sprachen, arbeitete anschließend zwanzig Jahre in Taizé

und schloss danach ein Theologiestudium in Frankreich an. Sie lebt seit vierzig Jahren in Frankreich und ist seit drei Jahren Pfarrerin der reformierten Kirche Frankreichs. Sie ist dem Gustav-Adolf-Werk verbunden und auch in der „Evangelischen Vereinigung Frankreichs“. Das Gustav-Adolf-Werk ist eine der ältesten evangelischen Institutionen, die diakonisch in anderen Ländern arbeitet.

In ihrem sehr schlichten Kirchenraum empfängt sie uns, und in ihrer sehr einfühlsamen und überzeugenden Art berichtet sie, wie die Realität „Kirche“ in einem laizistischen Staat praktiziert werden kann.

Im Großraum Paris gibt es 0,2% Protestanten in 70 evangelischen Gemeinden, die alle solidarisch miteinander verbunden sind. Die Pariser Christuskirche ist deutschsprachig. Im Großraum Paris leben 40.000 Deutsche. Nicht jede Gemeinde hat einen eigenen Pfarrer, aber jede wird „versorgt“,



**In der Gemeinde Saint Cloud bei Pfarrerin Agnes von Kirchbach**

es wird gemeindeübergreifend gearbeitet. Es gibt keine Kirchensteuer, jede Gemeinde legt das „Gemeindegeld“ in eine gemeinsame Kasse, daraus wird alles Notwendige bezahlt, auch das Gehalt der Pfarrer/innen,

das ca. 800 Euro beträgt. Wir sehen, wie marode der Zustand der Kirche ist, der Putz bröckelt, die Heizung ist defekt, alles muss aus Spenden bezahlt werden. Für Zuschüsse werden Anträge gestellt, die aber wegen der Menge nicht alle bearbeitet werden können. Wenn meist alle sechs Jahre ein Pfarrerwechsel stattfindet, ist diese Gemeindestelle für ein Jahr vakant, es wird aber weiter das Gemeindegeld bezahlt. Zweimal im Jahr erscheinen Listen mit den freien Stellen.

Hier in der Gemeinde Saint-Cloud stehen 2.000 Personen in der Kirchenkartei, ca. 1.000 Personen sind zahlende Mitglieder. Viele der Christen kommen aus den ehemaligen „Missionsländern“. Kirchen sind „Privatvereine“, Diakonie darf nicht ausgeübt werden. Für soziale Aufgaben wird ein eigener Verein gegründet. Die Kommune kontrolliert von Zeit zu Zeit, ob wirklich keine Kollekte für diakonische Zwecke im Gottesdienst gesammelt wird. So wird man eben erfinderisch, und unterbricht den Gottesdienst im Bedarfsfall!

Es darf kein Hinweisschild zu den evangelischen Kirchen geben, aber nur zu den katholischen. Es dauert sehr lange, bis Suchende diese kleine Kirche finden. Glockentürme darf es ebenfalls nicht sichtbar geben. Zu den Ankündigungen im Radio über katholische Gottesdienste dürfen gleichzeitig keine Hinweise auf evangelische Gottesdienste gegeben werden, erst zu einem späteren Zeitpunkt. Auf den Friedhöfen, die sich weit außerhalb befinden, darf es keine Kapellen geben.

Katholische Kirchen werden bevorzugt behandelt, da sie als „Kulturerbe“ Staatseigentum sind. Die katholische Hierarchie hat die Macht. Das Gustav-Adolf-Werk stellte einmalig 100.000 Euro für evangelische Projekte zur Verfügung, es ist schwierig,

die notwendigen Prioritäten für die einzelnen Gemeinden zu ergründen.

Außer an privaten katholischen Schulen, deren Anteil sehr hoch ist, darf es keinen Religionsunterricht geben. Im Elsass bekommen die Kinder Religionsunterricht, jedoch fehlen die Lehrer. Anträge zur Freistellung können nicht gestellt werden, Teilnahme ist Pflicht.

Es bedarf großer Wachsamkeit, damit sich kein antiökumenisches Verhalten entwickelt. All das erzählt uns Frau von Kirchbach in einer fröhlichen und positiven Art, keinerlei Resignation ist zu spüren, sondern Zuversicht, Hoffen und Glauben.

In Straßburg gibt es private katholische und evangelische Fakultäten zur Ausbildung von Theologen. Eine ökumenische Initiative wurde kürzlich gegründet: „Group des Dombes“. Das erste Treffen fand im Trappistenkloster in Lyon mit je zwanzig Delegierten der beiden Religionen statt. Sie arbeiten an wichtigen Fragen bis ein gemeinsamer Konsens gefunden wird. Frau von Kirchbach empfindet es als Ehre, dazuzugehören.

177 n. Chr. gab es in Lyon die erste Christenverfolgung, 1938 bildeten reformierte Protestanten deswegen hier wieder die erste Gemeinde.

### ***Aus der Gemeindegemeinschaft vor Ort***

Taufe, Kleinkindergottesdienst, vier bis fünf Jahre lang alle vier Wochen oder am Wochenende Primarunterricht, der vor allem den Kindern gut tut und Freude bereiten soll. In diesem Jahr gab es 30 Konfirmanden, ein erfreulich hoher Prozentsatz. Zu Beginn des Konfirmandenunterrichtes wird jedem Konfirmanden im Gottesdienst feierlich eine Bibel überreicht. Bei 90% der Trauungen ist ein Partner katholisch, das Formular mit dem folgendem Wortlaut: „Ich bin getauft, ich bekenne, dass Christus

mein Herr ist“, kann von katholischen sowie evangelischen Christen unterschrieben werden. Das Abendmahl dürfen beide erhalten. Vor zwanzig Jahren wurde noch gemeinsame Eucharistie gefeiert, das ist jetzt nicht mehr möglich. Der Bischof von Paris lehnt die Ökumene ab. Homosexuelle Partner dürfen heiraten.

Saint-Cloud kümmert sich engagiert innerhalb der Gemeinde als gesonderter Verein um Hilfe suchende Migranten/innen und unterstützt mit Lebensmitteln bedürftige Familien. Von Frau von Kirchbach bekamen wir auch die bestürzende Information, dass 15 % der Kinder in den Pariser Außenbezirken nicht genug zu essen haben. Die Kinder sind dermaßen unterernährt, dass Langzeitschäden befürchtet werden müssen. Das Arm-Reich-Gefälle ist enorm, es gibt viele Menschen, die einen Großteil ihres Lohnes für die Miete ausgeben müssen, daher nicht selten die Wahl: Essen oder Miete.

Woraus besteht ihre Arbeit als Gemeindepfarrerin? Sehr wichtig sind die Gottesdienste, aber auch Besuche, Gespräche, Gruppenbegegnungen, es geht immer um ein „JA“ zum Leben und um ein „NEIN“ zu allem was niederdrückt.

Zum „Fremdsein“ der WGT – Gottesdienstordnung – sagt sie uns: „Fremdsein, das kenne ich selber. Auch wenn ich schon vierzig Jahre in Frankreich lebe, so bin ich immer noch fremd hier. Ich erinnere die Menschen an die schlimme Vergangenheit zwischen Deutschland und Frankreich. Die Geschichte und das mit den Weltkriegen verbundene Leid sind noch immer lebendig. Die alten Menschen in meiner Gemeinde haben den Zweiten Weltkrieg miterlebt. Das darf ich nie vergessen. „JA“ zum Leben! Kirche reicht über nationale und politische Fragen hinaus. Die Menschen in meiner Gemeinde verbindet ein Zusam-

mengehörigkeitsgefühl, das nicht aus Kultur oder Muttersprache besteht, sondern aus dem, was Gott uns darüber hinaus schenkt. Es ist ein Geschenk, dass wir alle so unterschiedlich sind“!

In dieser Gemeinde findet die Hälfte der von Ihnen gespendeten Gelder eine gute und wichtige Verwendung.

Alle unsere Fragen finden eine freundliche Antwort, zutiefst beeindruckt nehmen wir Abschied von dieser Frau und ihren vielfältigen Aufgaben.

### **Die katholische Kirche**

Die Mitglieder der katholischen Kirchen in Frankreich entrichten statt einer Kirchensteuer auf freiwilliger Basis den so genannten „Kultbeitrag“. Als Richtwert für dessen Höhe empfiehlt die Kirche etwa 1 % des Gehaltes des Kirchenmitgliedes. Dieser Beitrag wird jährlich, zumeist in der Fastenzeit erhoben. Obwohl ihn nur 40 % der Katholiken zahlen, stellt er 50 % der kirchlichen Einnahmen dar.

Daneben spielen die „Stol-Gebühren“ eine große Rolle: Vergütung für kirchliche Handlungen, Taufe, Trauung, Beerdigung sowie urkundliche Handlungen an die Geistlichen. Ausgenommen sind Eucharistie, Beichte, Krankensalbung. Der zuständige Bischof legt die Höhe der Stol-Gebühren fest.

In den großen Säkularisationen von 1789 und 1905 hat der französische Staat sämtliche katholische Kirchen zu Staatseigentum erklärt. Deshalb trägt er die Kosten für den Unterhalt für alle vor 1905 entstandenen Gebäude und stellt sie den Gemeinden kostenlos zu Verfügung.

Im Elsass gilt noch das napoleonische Konkordat, Geistliche werden vom Staat bezahlt, und es werden Zuwendungen für den Erhalt der kirchlichen Gebäude geleistet.

## **Communauté de Taizé**

Den Sonntag verbrachten wir bei der Communauté de Taizé.

Nach Taizé kommen, heißt, bei einer Gemeinschaft von Brüdern zu Gast sein, die seit ihren Anfängen zwei Ziele hat: „Im Gebet in Gemeinschaft mit Gott leben und Verantwortung übernehmen, um Sauerteig des Friedens und des Vertrauens in der Menschheitsfamilie zu sein.“

Die Communauté de Taizé ist ein internationaler ökumenischer Männerorden. Bekannt ist der Ort durch die Jugendtreffen, die jedes Jahr 2000.000 Besucher zu ihm führen. Ostern und in den Sommermonaten finden 10.000 den Weg nach Taizé. Es gibt Seminare auf Zeit für Familien, wöchentlich sind es 2.000 Besucher. Die Unterbringung findet in großen Zelten statt, es gibt strikte Geschlechtertrennung, in den Schlafzelten werden die Mädchen von Schwestern des Ursulinerordens betreut. 100 Freiwillige sind stets in Arbeitsgruppen mit festen Regeln vor Ort, sie sind für das Kochen und Putzen zuständig.

Eine Woche in Taizé wird von der Erfahrung in christlicher Gemeinschaft geprägt und gibt Gelegenheit, das eigene Leben im Licht des Evangeliums zu betrachten. Jeder ist zum Nachdenken über die Quellen des Glaubens eingeladen. Jeden Tag geben die Brüder Bibeinführungen, denen eine Zeit der Stille und Gespräche in altersgemäßen Kleingruppen folgen. Am Nachmittag stellen Thementreffen eine Verbindung zwischen Glauben und täglichem Leben her, behandeln soziale Fragen, Kunst und Kultur, die Frage nach Frieden auf der Erde usw. Für Jugendliche besteht außerdem die Möglichkeit, ein Wochenende in Stille zu verbringen um zu hören, wie Gott sich an sie wendet. In den abendlichen Gesprächsgruppen wird auf unkomplizierte



**Taizé – Kirche der Versöhnung**

Weise mit Beten und Singen nach Umsetzungsmöglichkeiten für das eigene Leben und politischen Engagements gesucht. Der Gründer Roger Schutz trug zur Popularität des Ordens bei.

1940 gründete Roger Schutz mit 20 Jahren ein Haus für Kriegsflüchtlinge, auch versteckte er hier Juden.

1942 floh er vor der deutschen Gestapo, 1944 kehrte er nach Taizé zurück. In der Zwischenzeit schlossen sich andere Brüder an, sie besuchten zuerst Kriegsgefangene in Lagern und hielten dort Gottesdienste ab.

1944 reifte in ihnen der Entschluss der Ehelosigkeit, sie leben in der monastischen Tradition: Armut, Ehelosigkeit, Gehorsam. Sie leben in Solidarität mit der ganzen Schöpfung und gelebtem Vertrauen.

1949 legten die ersten Brüder ihre Gelübde ab. Circa 100 Brüder arbeiten in Elendsvierteln auf der ganzen Welt, in Taizé leben zurzeit 65 Brüder. Der Obere Bruder ist Frère Alois von St. André. Bruder Lorenz kümmert sich um Probleme, die die Brüder betreffen.

1961 wurde mit dem Bau der Versöhnungskirche am Rand Taizés begonnen, die ersten Theologen kamen, um die Ordensgemeinschaft kennen zu lernen und

um sich mit biblischen und politischen Themen auseinander zu setzen.

1974 erhielt Frère Roger Schutz den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für seinen Einsatz beim Aufbau Europas, 1989 den Friedenspreis der Stadt Aachen. Das Kuratorium war der Ansicht, dass die *Communauté* in Taizé diesen Preis für ihr Engagement als Voraussetzung für eine bessere Welt und Völkerverständigung verdient hat.

Am 16. August 2005 wurde beim Abendgebet Frère Roger von einer psychisch kranken Rumänin mit einem Messer angegriffen, er erlag seinen schweren Verletzungen im Kreis seiner Brüder. Das weltweite Entsetzen über diese unbegreifliche Tat war groß. Sein Mitbruder Frère Alois übernahm die Leitung des Ordens, er lehnt die Bezeichnung „Prior“ ab, er will als Diener der Gemeinschaft einer unter seinen Brüdern sein.

Das erste „Konzil der Jugend“ im August 1974 mit 40.000 Jugendlichen ging über in einen „Pilgerweg des Vertrauens“, der Bergpredigt verpflichtet, über. Die Zielsetzung der Konzile ist: Ein Überdenken von Lebens- und Verhaltensweisen mit dem Ziel eines besseren Lebens für alle, ohne Unterdrückung und Kapitalismus für die gesamte Menschheit sowie der Neuaufbau und die Einheit der Kirchen durch Engagement der Mitglieder. Es ist ein Aufruf zu Frieden im Alltag, Vertrauen auf der Erde und Versöhnung der Kirchen.

Bekannt wurde Taizé weltweit durch die charakteristischen Gesänge, die in vielfacher Wiederholung gesungen werden und auf Bibelstellen basieren. Lieder, die Gebete in Liedform sind. „Magnifikat“ war das erste der Lieder. Jaques Berthier schrieb viele der Texte, die man auch in Gesangbüchern Deutschlands, Österreichs und der Schweiz findet.

Finanziell wird die Bruderschaft unter-

stützt von der „Aktion Sühnezeichen“, aber vor allem leben sie von ihrer handwerklichen und künstlerischen Arbeit, z. B. in der Töpferwerkstatt. Die Gäste beteiligen sich mit wenig Geld für Unterkunft und Essen. Spenden werden nicht angenommen, Erbschaften werden an Bedürftige weiter verteilt.

### „La Cimade“

Das ist eine ökumenische Organisation, die gemeinsam mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen, der Protestantischen Föderation und der Orthodoxen Kirche Frankreichs zusammen arbeitet. Sie sind „an der Seite der Vertriebenen“. Gegründet wurde La Cimade von einer Frau, deshalb heißt es „La“ Cimade und nicht „Le“ Cimade, da viele Frauen mitarbeiten. Die Gründung fand im Jahr 1939 statt als ökumenisches Hilfswerk für die aus Elsass-Lothringen evakuierte Bevölkerung und als Hilfsorganisation von Vertriebenen für Juden, die in französischen Konzentrationslagern deportiert wurden. Nach dem Krieg war die Versöhnungsarbeit ein wichtiges Thema. Innerhalb der von La Cimade betreuten Projekte in ganz Frankreich sind etwa 100 Hauptamtliche und rund 2.500 Ehrenamtliche tätig, z.B. in der Herberge Massy südlich von Paris. Dort werden Frauen mit Zuwanderergeschichte und Gewalt-Erfahrung mit ihren Kindern aufgenommen. Die Arbeit dieser Herberge wird vom Deutschen Weltgebetstags - Komitee unterstützt. Die Frauen erhalten psychosoziale Betreuung, man hilft ihnen bei allen Behördengängen, und die Kinder gehen zum Kindergarten oder in die Schule.

Es gibt keine Frauenhäuser, nur Häuser für Flüchtlinge, vom Weltgebetstag unterstützt wurden 20 neue Plätze geschaffen.

In den 90er Jahren wurden die ersten Sammelager für Illegale gegründet, die

abgeschoben werden. La Cimade geht in diese Lager, um die Menschen über ihre Rechte aufzuklären. Außer ihr gibt es noch vier andere Organisationen, die in diese Lager gehen. Es gibt eine „Abschiebehäft für 240 Personen. Mit den Erfahrungen versuchen sie, die Franzosen für die Nöte und Sorgen der Flüchtlinge zu sensibilisieren und „den Finger in die Wunden zu legen“.

Mit dem Regierungswechsel von Präsident Sarkozy zu Präsident Hollande wurde ein Ministerium für Frauenrechte gegründet. Die letzte Regierung hat Gewalt an Frauen instrumentalisiert. Innerhalb von sieben Jahren wurde das Asylrecht fünfmal verändert.

Die Arbeit richtet sich nach den Bedürfnissen, die der Staat hat, z.B. nach dem Algerienkrieg. Während der 60er- und 80er Jahre wurden vermehrt Flüchtlinge aus südamerikanischen Diktaturen aufgenommen. Im Senegal, Angola und Sri Lanka ist La Cimade vor allem medizinisch, z.B. mit Augenoperationen tätig.

Die Arbeit von La Cimade in der Herberge von Massy wird, wie viele andere Frauenprojekte, weltweit mit Kollekten-Geldern unterstützt, die bei den Gottesdiensten zum Weltgebetstag 2013 in Deutschland gesammelt werden.

Im Herbst plant La Cimade ein großes Fest mit dem Tenor: „Warum haben wir so viel Angst vor Fremden?“

### **La Barbe – Aktivistinnen, feministische Frauenorganisation**

„Es ist genug!“ Das sagen die Frauen von La Barbe, damit meinen sie, dass alle wichtigen Ämter und Machtzentren von Männern besetzt sind. Ihr Ziel ist, dieses mit einer ungewöhnlichen Art des Feminismus, Konfrontation, Parodie und ironischen Gratulationen, nicht mit Gewalt, zu verbessern.

50 aktive Frauen arbeiten mit, bei Aktionen sind es fünf.

Zuerst ihre Feststellung: Die Position der Frau in der französischen Gesellschaft ist katastrophal!

Die Statistik sagt, dass im französischen Parlament die Frauen mit 18% vertreten sind, in den USA mit 16%, in Deutschland mit 33%, in Norwegen mit 40%, in Schweden mit 45%.

Männer bekommen 13% mehr Lohn bei gleicher Arbeit, obwohl die Frauen meist eine bessere Ausbildung haben.

Es ist die Idee von La Barbe, nicht Le Barbe, wie es korrekt wäre, sich an allen Orten zu zeigen, wo Männer in wichtigen Funktionen versammelt sind. Sie kommen zu Sport-, Finanz-, und Gesellschafter - Versammlungen. Sie kaufen Aktien und werden so eingeladen. Bei den letzten Filmfestspielen in Cannes, wo 22 Regisseure geehrt wurden, zeigten sie Präsenz. Sie holen kleine Bärte aus der Tasche und gratulieren ironisch zu dem Erfolg, den sie als Männer haben. Sie werden wahrgenommen, die Zeitungen schreiben über sie, ihre Botschaft wird verstanden.

Ihre Aktion während der Parlamentswahlen hat eine Gesetzesänderung erreicht, in den Parteien müssen 50% Frauen und 50% Männer vertreten sein, sonst drohen Geldstrafen. Präsident Sarkozy hat 20 Mio. Euro Strafe bezahlt.

Die Frauen von La Barbe sagen nicht, dass Frauen in gehobenen Ämtern besser wären, aber sie wollen Gleichbehandlung und Teilhabe erreichen.

### **Organisation „Mouvement du Nid“**

Hilfe und Beratung für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel – das Mouvement du Nid hat den Status einer Nicht-Regierungsorganisation bei der Informationsabteilung der UNO. Es ist eine ge-

meinnützige Organisation, die vom französischen Ministerium für Gesundheit und Sport und soziale Angelegenheiten anerkannt ist.

Wir werden in einem winzigen Büro in der Straßburger Innenstadt von drei Mitarbeiterinnen empfangen, die uns mit Tee und Plätzchen bewirten, ehe wir in einer freundlichen und fröhlichen Atmosphäre ins Gespräch kommen.

Vor 70 Jahren von einem katholischen Priester gegründet, erhebt die Organisation die Forderung, Prostitution abzuschaffen. In Frankreich ist Prostitution im Gegensatz zu Deutschland nicht als Beruf anerkannt. Bordelle sind seit 1946 verboten. Also spielt sich alles auf der Straße ab. Die Zuhälter wohnen nicht in Frankreich, da sie hier verhaftet werden, sondern in den angrenzenden Ländern. Es ist überaus gefährlich für die Frauen auf der Straße, erst in der letzten Woche wurde eine Tschechin getötet. 95% der Frauen sind in der Zwangsprostitution, nur 5% sind Freiwillige. Die Studenten-Prostitution über das Internet nimmt immer größeren Raum ein. Die Frauen kommen aus Bulgarien, Rumänien, Afrika.

Die Mitarbeiterinnen sind „street worker“ (Straßen-Sozialarbeiterinnen), die das Gespräch mit den Frauen, Männern, Jugendlichen und auch den Zuhältern suchen. Sie bieten Hilfe bei Gesundheitsproblemen, beim Ausstieg und der Wiedereingliederung in die Gesellschaft an. Sie helfen bei der Suche nach einem geeigneten Anwalt, falls es eine Frau wagt, ihren Zuhälter anzuzeigen. Sie gehen an Schulen, um schon Kinder auf die Problematik aufmerksam zu machen und bilden Sozialarbeiter und Polizisten aus. Aber auch Merkwürdiges haben wir erfahren, das Tragen von zu kurzen Miniröcken ist in dieser Region verboten, die Mädchen können, so sie „erwischt“ werden, für kurze Zeit eingesperrt werden!

Immer lauter werden in Frankreich die Stimmen derer, die eine Bestrafung der Freier fordern. Die sozialistische Frauenministerin Najat Vallaud-Belkacem unterstützt „Le Nid“ im Kampf gegen das „System Prostitution“. Die Mitarbeiterinnen geben uns mit auf den Weg: „Wir kämpfen nicht gegen die Sexualität, sondern dagegen, aus der Sexualität ein Geschäft zu machen“.

## CASAS

In Straßburg trafen wir uns mit den Frauen des Vereins „CASAS“, der eine Organisation zur Verteidigung des Asylrechts und der Unterstützung von Asylbewerber(inne)n ist. Von zwei Frauen, Angel und Pasquale, wurden wir empfangen und über die Gründung des Vereins, Werdegang und die Arbeit informiert.

Der Verein CASAS wurde 1983 gegründet als Dachorganisation verschiedener sozialer und humanitärer Einrichtungen, (Amnesty International, La Cimade, Sozialdienst für Migrantinnen, Caritas Frankreich, Rotes Kreuz etc.) mit dem Ziel, Asylsuchenden durch persönliche Beratung, Betreuung und Rechtsbeistand vor Ort zu helfen. Die Arbeit wird von sechs hauptamtlichen und ca. 150 freiwilligen Helfern geleistet. Alle Rat suchenden Flüchtlinge und Migrant(inn)en werden durch geschulte Freiwillige, die mehrere Sprachen beherrschen, in Einzelgesprächen empfangen. Im Moment sind Russland und Albanien die Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge kommen. Hier in Frankreich gibt es keine Gleichbehandlung für Asylbewerber. Wenn diese vorher durch ein anderes Land hierher geflüchtet sind, werden sie nicht akzeptiert und müssen dorthin zurück. Zum Beispiel werden Tschetschenen, die über Polen eingereist sind, nicht aufgenommen. Asylbewerber, die aus Ländern kommen, die für Frankreich als sicher gelten, bekommen

kein Asyl, jedes Land hat hierbei unterschiedliche Kriterien. England hält andere Länder für sicherer als Deutschland, bei uns werden alle aufgenommen und verteilt. In Frankreich müssen Abgewiesene allein klarkommen, keine Unterkunft, keine Arbeit, keine Hilfe.

Sichere Länder für Frankreich sind: Palästina, Armenien, Georgien, Bangladesch, Bosnien-Herzegowina, Ghana, Indien, die Kapverdischen Inseln. Mali ist nur für Männer sicher, Frauen sind dort von Genitalverstümmelung betroffen. Russland gilt als nicht sicheres Land. Bei der Erstellung der „gefährlichen“ Länder gibt es keine Transparenz, diese ändert sich, je nachdem wie viele Asylbewerber aus dem jeweiligen Land kommen. Bei Wirtschafts-Verbindungen werden oft Länder als sicher eingestuft, die es nicht sind. Der High Court, der Gerichtshof, entscheidet, man kann keinen Widerspruch dagegen erheben. Viele Menschen fliehen aus ihrem Land mit kleinen Kindern und lassen alles zurück.

Nach dem Abnehmen der Fingerabdrücke wird geprüft, ob derjenige schon einen Aufenthalts - Status in einem anderen EU Land hat. Nach dem Dubliner Abkommen werden sie dorthin geschickt, wo zuerst ihre Fingerabdrücke gespeichert wurden. Es ist keine Seltenheit, dass Menschen ihre Fingerkuppen verbrennen, um so der Identifizierung zu entgehen.

Dann wird im Gespräch die Geschichte ihrer Flucht aufgerollt, Kinder dürfen nicht dabei sein und werden extra betreut.

Der Pass wird abgenommen und nach Paris geschickt, zum Sitz des „Nationalen Gerichtshofes für Asylrecht“, dort wird zentral über alle Anträge entschieden. Ein detaillierter Lebenslauf und die Fluchtgründe müssen mit einer Vielzahl von Dokumenten in Französisch eingereicht werden eine fast unüberwindliche Hürde. Ein

Formular mit 15 Fragen muss ausgefüllt werden, Menschen aus angeblich sicheren Ländern bekommen dieses Formular nicht. Sie dürfen hier nicht arbeiten, erhalten also kein Geld. Die erste Station ist ein Asylbewerberheim, von denen es aber viel zu wenige gibt. Für ein bis drei Nächte können sie dort unterkommen, jede Nacht müssen sie in einem anderen Heim schlafen, wo Platz ist. Die Telefon-Nummer 115 wird angerufen, dort erfahren sie, wo sie heute unterkommen können. Der Asylantrag kann sich bis zu eineinhalb Jahre hinziehen; wenn die Antwort aus Paris negativ ausfällt, werden die Menschen „abgeschoben.“ Duldung besteht für einen Monat, kann aber auf drei Monate verlängert werden.

Bis Anfang dieses Jahres gab es Geld für die Hilfe zum Einspruch, jetzt nicht mehr. Die Anwälte, die keine Gebühren verlangen, kümmern sich aber nicht besonders um die Menschen. Jedoch CASAS hilft!

Weiterhin bietet CASAS eine Postadresse für Antragsteller /innen ohne eigene postalische Erreichbarkeit, Sprach- und Integrationskurse und persönliche Begleitung zu Ämtern und Gerichtsverfahren. In der freien Sprechstunde wird geholfen, Struktur in das Leben zu bringen. Jede Woche findet ein Frühstück für Frauen mit kleinen Kindern statt.

Alle Asylbewerber über 18 Jahre bekommen 330 Euro im Monat, alle unter dieser Altersgrenze erhalten nichts. Eine Mutter mit vier kleinen Kindern muss also mit 330 Euro den kompletten Lebensunterhalt bestreiten. Auch hier hilft CASAS.

CASAS hat nichts mit dem Staat oder der Kirche zu tun, die Präsidentin und einige Mitarbeiter sind Mitglieder der Ev. Kirche. Das deutsche Weltgebetstags - Komitee hat im Vorfeld schon materielle Hilfe zugesagt.

## **Begegnung mit den Frauen des nationalen französischen Weltgebetstagskomitees**

Neben vielen anderen interessanten und beeindruckenden Begegnungen waren die Treffen mit den WGT-Frauen die intensivsten. Weil wir, die wir in dieses Land gereist sind, unbedingt erfahren wollten, wie die Gottesdienstordnung entstanden ist. Welche Frauen haben mitgearbeitet? Wie liefen die Prozesse ab?

Wir trafen Veronique und Philippine, Vertreterinnen des Pariser Komitees, und wurden von ihnen über ihre Arbeit informiert. Zu bewundern waren unsere Pfarrerrinnen Katja Jochum und Antje Lütke-meier, die für uns alles ins Deutsche übersetzen!

1920 war der Beginn des WGT in Frankreich, seit den 60er Jahren vom katholischen Frauenverband getragen, seit 1988 als Verein organisiert. Er hat ca. 500 Mitglieder, die einen Jahresbeitrag von fünf Euro bezahlen. Der WGT wird nur durch ehrenamtliche Arbeit getragen. Das nationale Komitee besteht aus zwölf Personen. Beim Vereinstreffen in diesem Oktober wird noch eine Vertreterin der Evangelikalen dazu kommen. Die Vertreterinnen der Heilsarmee und die der katholischen Kirche werden ernannt, die der reformierten, lutherischen, methodistischen und anglikanischen Kirche werden von ihren Kirchen gewählt. Die Arbeit teilen sich neben der Präsidentin Odile eine Sekretärin, eine Schriftführerin und eine Schatzmeisterin. Eine Frau ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit, drei übersetzen das Material aus New York, zwei kümmern sich intensiv um Spendenziele.

Dabei wird auf fünf Kriterien geachtet: die Projekte müssen frauenspezifisch sein, Kinder einbeziehen, Gesundheitsvorsorge,

besonders HIV im Blick haben oder Erziehungsperspektiven beinhalten.

Wie laufen die Vorbereitungen zum WGT im März in Frankreich ab?

Im Oktober ist das Haupttreffen, das immer in einem anderen Departement stattfindet. In thematischen Workshops wird der Gottesdienst vorbereitet: biblische Texte, Kreatives, Lieder, Titelbild, Motto, Organisation. Die Fotos des Landes kommen meist vom deutschen Landesverband.

Nach Oktober finden die Vorbereitungen in den zehn Regionen statt, danach geht es zu den regionalen Treffen. Der WGT fin-



Die Frauen des französischen WGT-Komitees. Foto: © Laurence Gagnol

### **Das Weltgebetstagskomitee**

det in 320 Gemeinden Frankreichs statt, die Anzahl steigt aber.

Unsere wichtigste Frage: Was verbindet die Französinen mit den Bibelstellen? Veronique sagt, dass das Motto in der Hauptversammlung in New York festgelegt wurde. Im Januar 2010 begann die Arbeit: Das Komitee und fünfzig interessierte Frauen trafen sich zu dreitägiger Arbeit. Die Frauen setzen sich intensiv mit dem Text Matthäus 25, 35 d: „Ich war fremd, ihr habt mich aufgenommen“, auseinander. Welche Probleme haben Fremde hier, was bedeutet „fremd sein“? In jeder Arbeitsgemeinschaft war eine Frau des Komitees. Eileen King, die Vorsitzende des Interna-

tionalen Komitees in New York hat diesen Prozess begleitet.

Der Leviticus-Text wurde demokratisch ausgewählt, das Buch Ruth, welches die Frauen gerne genommen hätten, war zu lang und schon vor einigen Jahren in einer Ordnung verwandt. Entscheidend war: Der Bibeltext zeigt die Situation der Ausländer in Frankreich, die es sehr schwer haben. Die Waage Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit stimmt nicht mehr.

Fremd sein meint aber auch: Fremde Nationen und Rassen, fremd im Alter, fremd füreinander, fremd in der Kirchengemeinde, fremd in der eigenen Familie.

Wir äußerten unser Bedauern über die wenig deutliche Sprache bei der Benennung von Problemen. Darauf wurde geantwortet, dass ja das Motto eine politische Aussage ist, und im laizistischen Frankreich sei es nicht die Aufgabe der Kirche, diese Probleme zu lösen, sondern die der Regierung. Sie können sie nur benennen und spirituell hervorheben. Das heißt für sie, die Politiker nicht angreifen, aber doch einiges nennen, nicht schweigen als Christinnen.

Die Situation ist schwierig und komplex. Die Frauen wollen sich als Christinnen nicht über die schwierigen Situationen stellen, sondern eine Friedens- und Hoffungs-Nachricht weitergeben.

Wir waren gespannt auf das Gespräch mit den Straßburger WGT-Frauen, das wir am vorletzten Tag unseres Frankreich - Aufenthaltes haben werden.

Das Treffen mit fünf Straßburger WGT-Frauen fand in einer methodistischen Kirche statt. Pfarrerin Katja Jochum berichtete kurz über die Informationen, die wir schon in Paris erhalten hatten. Eine der Frauen, Irene, die deutschstämmig ist, war eine der beiden Delegierten 2007 in Toronto, als das Thema an Frankreich vergeben wur-

de. Sie hat das „Abenteuer“ der Vorbereitungen miterlebt.

Die Frauen berichteten über ihre Erfahrungen bei der Erstellung der Ordnung: Für die kleine Musikgruppe gab es viele Schwierigkeiten wegen der Urheberrechte, deshalb gibt es nun einige neu komponierte Lieder. Auch die Suche nach dem Titelbild war schwierig. Die Arbeitsgruppe mit nur zwei Frauen war sehr klein! Schließlich wurde das Titelbild der Künstlerin Anne-Lise Hamman-Jeannot von allen Frauen gemeinsam ausgewählt.

Im Mai 2011 wurde die ins Englische übersetzte Ordnung nach New York geschickt und kam im Juli 2011 mit großen Veränderungen zurück. Die neun Seiten waren auf sechs Seiten gekürzt! Das internationale Komitee fand den Anfang (mit kleinem Aperitif) nicht praktikabel, im Sündenbekenntnis kam ein „Zuviel“ an politischer Situation vor.

„Viele der uns sehr wichtigen Zeugnisse wurden gestrichen. Wir wollten die Politik nicht angreifen, aber wir hatten im täglichen Leben erfahren, dass die Behandlung der Ausländer(innen) unter der Regierung Sarkozy immer restriktiver wurde. Und das entgegen dem Leittext Leviticus 19: ‚Der Fremde hat das gleiche Recht!‘

Wir mussten das derart geschmolzene Werk zur Kenntnis nehmen und fühlten uns sehr verletzt. Im Dezember 2011 war alles von uns überarbeitet und abgeschickt, jetzt gehörte es nicht mehr uns. Während der gesamten Arbeit war uns wichtig: Vertrauen, Toleranz, methodisches Arbeiten, Verlässlichkeit. Unsere gemeinsame Arbeit hat wahre Schätze hervor gebracht! Wir hoffen, dass unter der neuen Regierung die Einwanderungspolitik gelockert wird. Unterdessen hat sich das Gegenteil gezeigt; die Regierung unter Hollande hat trotz aller Wahlversprechungen alles noch ver-

schärft.“ Die Hoffnung auf Veränderung? „Die Ordnung ist ja nur ein kleiner Teil. Aber wir sind das Salz in der Suppe“! Die Frauen sagten: „Wenn man als Verein finanzielle Unterstützung vom Staat beantragt, darf man nicht sagen, dass man Christin ist“.

Zum Abschluss feierten wir eine gemeinsame Andacht mit den Texten, die unseren Gesprächspartnerinnen besonders am Herzen liegen und die sie mit uns teilen wollten:

Katja Jochum: „Lasst uns miteinander teilen und den Segen weitergeben. Gott stärke die Hoffnung, die in uns wachsen will! Wir waren fremd in Frankreich, und ihr habt uns aufgenommen. Danke!“ Wir teilten die Texte, Wein, Brot und Salz nach dem gemeinsam gesungenen Lied: „Der Tag ist um.“ Nach dem Austausch der Geschenke verabschiedeten wir uns mit ziemlich widersprüchlichen Empfindungen und großem Respekt vor diesen Weltgebetstags-Frauen.

Zitat der Frauen aus dem Talmud: „Es gibt keine Fremden, nur Frauen und Männer, die sich noch nicht begegnet sind.“

Zitat nach Susanne de Dietrich: „Sie kamen von überall.“:

„Jetzt sind sie von überall her gekommen, in aufeinander folgenden Wellen, von überallher sind sie gekommen, aus der ganzen Stadt, Nation, Welt, unzählbar, unerschöpflich. Einer stößt den anderen, einander umwerfend.

Und sie sind nicht allein, sie sind beladen mit Lasten, Lasten der Ungerechtigkeit, des Zornes und des Hasses, Lasten des Leidens und der Sünde. Und sie ziehen die Welt hinter sich her!

Herr, sie machen mir Angst, sie drängeln sich, sie dringen ein, sie haben Hunger, sie zerfleischen mich.

Ich kann nichts tun: Immer mehr kommen

herein, immer mehr stoßen an die Tür, und die Tür öffnet sich immer weiter!

Ach Herr, ich habe alles verloren, ich bin nicht mehr bei mir, da ist kein Platz mehr bei mir – für mich.

Doch Gott sagt: „Fürchte dich nicht, du hast alles gewonnen, denn je mehr Menschen bei dir eindringen:

Ich, dein Vater, ich, dein Herr, ich habe mich zwischen sie hineingleiten lassen.“

*Renate Schroeder  
Geb. am 23.2.1941  
in Dresden, Ausbildung  
als Krankenschwester mit  
heilpädagogischer  
Zusatzausbildung.  
Arbeit in Krankenhäusern  
in Lüdenscheid und  
Bielefeld, danach in  
der Lebenshilfe*



**Renate Schroeder**

*Brackwede mit lernbehinderten Kindern tätig.  
Verheiratet, drei erwachsene Kinder und zwei  
Enkelkinder. Ehrenamtlich tätig in ihrer Kirchengemeinde  
als Lektorin und in Frauenkreisen. Seit elf Jahren im  
Vorstand des Bezirksverbandes der Frauenhilfe,  
verantwortlich für die Weltgebetstagsarbeit mit  
Reisen in die jeweiligen Länder des Weltgebetstages  
und anschließenden Vorträgen im Land. Außerdem  
Engagement als „Grüne Dame“ im Altenheim.*

# Was verbindet uns mit Nicaragua?

Von Konrad Braun, Udo Fleige, Annette Maassen

Seit über 25 Jahren schreibt uns Olivia Alvarez. Jeden Monat. Ihre Briefe aus Matagalpa belegen das große Bedürfnis der Menschen nach Bildung und welche Not entsteht, wenn dieses missachtet wird. Bildung ist ein Menschenrecht, auch im fast ärmsten Land Lateinamerikas. Wir nehmen weiterhin teil an ihrer Arbeit.

Seit 1986 unterstützen wir die Aus- und Fortbildung von LehrerInnen im Norden Nicaraguas. Diese LehrerInnen aus Matagalpa und Region kommen einmal im Monat in den Räumen der LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN zusammen zu einer eintägigen Fortbildung („taller“). Die Lehrkräfte entwickeln dort Unterrichtsmaterial, tauschen sich über ihre Arbeitserfahrungen aus, unterstützen sich bei drohendem Arbeitsplatzverlust.

Die Themen der Werkstatt-Seminare werden zusammen mit den LehrerInnen festgelegt. Die Zusammenkünfte helfen den LehrerInnen in ihrem schwierigen und materiell schlecht gestellten Beruf auszuhalten, und

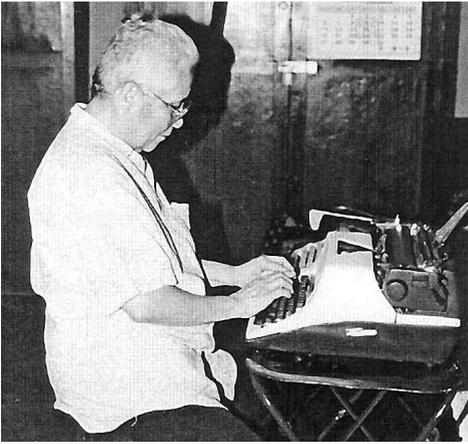
mehrere Tausend GrundschülerInnen profitieren indirekt von diesen „talleres“.

Nach dem Volksaufstand von 1979, angeführt von der sandinistischen Bewegung, wurde die Alphabetisierung der Bevölkerung mit großer Anstrengung betrieben und bewirkte, dass die Analphabetenquote binnen weniger Jahre von 60% auf 12% gesenkt wurde. Zu Beginn lernten viele Menschen in den Dörfern bei Studierenden Lesen und Schreiben. Die Studenten gingen jedoch wegen der Kargheit der Lebensbedingungen und weil sie ihr Studium weiterführen wollten, in die Städte zurück. So wurde, wer das Alphabet besonders gut gelernt hatte, im Dorf weiter als LehrerIn beansprucht, als „maestro empirico“. Jetzt war es sehr wichtig, diese ungelernen LehrerInnen, die „empiricos“, weiter auszubilden und in ihrer Arbeit zu unterstützen. Dies geschah in regionalen Lehrerarbeitskreisen und in neu gegründeten Lehrerausbildungsseminaren. Mit der Leiterin des Seminars in Matagalpa – Olivia Alvarez Alvarado de Guevara – nahmen wir zu dieser Zeit, 1986, Kontakt auf.

Ihre Arbeit im Seminar unterstützten wir



Taller



**Olivia Alvarez Alvarado**

in der Zeit des US-Embargos durch Materialien, Hefte, Papier, Vervielfältigungsgeräte und durch Geld für das Gebäude.

Nach dem Regierungswechsel von 1990 hatte die Volksbildung keine Priorität mehr. Tausende von LehrerInnen wurden entlassen, vor allem „empiricos“. Schulen, besonders auf dem Lande, wurden geschlossen. Die Analphabetenrate ist seitdem wieder stark angestiegen. Olivia Alvarez wurde von der damaligen neuen Regierung entlassen, setzte die Arbeit der Lehrerbildung jedoch als Beauftragte der Gewerkschaft, nun mit monatlichen „talleres“ fort. Seit 1990 besuchen

LehrerInnen aus der Region in großer Zahl diese Veranstaltungen.

Bei den Wahlen 2006 konnte sich der erste Staatschef nach der sandinistischen Revolution von 1979, Daniel Ortega, gegen den konservativen Kandidaten durchsetzen und kehrte nach 16 Jahren in der Opposition als Präsident an die Macht zurück. Eine Lehrerin aus den talleres schrieb uns nach diesem Regierungswechsel:

„Ich möchte euch etwas über die Situation in meinem Land erzählen, in dem 16 Jahre lang Präsidenten herrschten, die meine Heimat bankrott, arm, mit Hunger und nackt hinterlassen haben. Tausende sind arbeitslos, Kinder und Jugendliche möchten studieren, haben aber keine Möglichkeit dazu. [...] Lehrer verdienen einen Hungerlohn, der weder für den Basiswarenkorb, geschweige denn für die Ausbildung der Kinder ausreicht. Wir haben den Wunsch, gute Lehrer zu sein, aber unsere Arbeit wurde nicht anerkannt, und während 16 Jahren mussten wir ertragen, dass die Regierung nur für sich selbst das wenige Geld ausgab, das unser Land besitzt. Ich träume davon, eine Regierung zu haben, die sich um die Armen kümmert, darum, dass Arbeiter ordentlich bezahlt werden und sie ihren Bedarf decken können mit Würde [...] Jetzt mit dem Präsidenten Daniel



**Unter'm Rettungsschirm (v.l.n.r.): Lea Schweizer, Konrad Braun, Lara Schweizer, Chirstoph Weidinger, Annette Maassen, Sylvia Freudling, Udo Fleige**

Ortega glaube ich, dass es besser wird. Seine Vorhaben sind ausgezeichnet, und er hat auch schon einige ausgeführt.“

Unabhängig davon, ob sich durch die Regierungen ihre Hoffnungen erfüllen oder nicht – wir wollen die LehrerInnen nicht im Stich lassen. Unsere Erfahrung zeigt: Bildungsarbeit kann durch Kontinuität gelingen, Hoffnung unterstützen und zu vielfältigen Veränderungen beitragen.

*Kontakt: Udo Fleige, Tübingen, Konrad Braun Freiburg, [www.nica-vipz.de/gew-wuppertal](http://www.nica-vipz.de/gew-wuppertal)*

*Konrad Braun, Jg. 1952, Dipl.-Psych. Dipl.-Theol, arbeitet als Lehrer an beruflichen Schulen und als Psychotherapeut an einer Beratungsstelle des Studentenwerks, Vorstandsmitglied vipz, Freiburg.*

*Udo Fleige war Lehrer für Biologie und ev. Religion an der Geschwister-Scholl-Schule Tübingen und Beratungslehrer, war 1984–1986, 1996–2003 Redaktionsmitglied von CuS, 1986–1996 Bundessekretär des BRSD. Er hat als Entwicklungshelfer in Nicaragua gearbeitet und das Land später oft besucht, mit Gewerkschafts- und Schulgruppen. Er ist Vorstandsmitglied des Vereins für Internationale Pädagogische Zusammenarbeit (VIPZ).*

*Annette Maassen, Jg. 1948, Oberstudienrätin, Lehrerin für Englisch und Deutsch an beruflichen Schulen, Vorstandsmitglied vipz, trommelt gern auf afrikanischen Trommeln und Rahmentrommeln, Freiburg.*

## Zu Friedrich-Martin Balzers Quellenband

# Erwin Eckert – ein Leben im Widerstand gegen den Faschismus

Von Reinhard Gaede

**G**OTTES EIGENTLICHER NAME. DER GESCHMÄHTE HA MPHORAS. DEN DIE JUDEN VOR DEN CHRISTEN FAST UNSAGBAR HEILIG HIELTEN. STARB IN SECHS MILLIONEN JUDEN. UNTER EINEM KREUZESZEICHEN.“ So lautet das Mahnmal von W. Schmiedel 1968 unterhalb der so genannten „Judensau“ an der Stadtkirche St. Marien in der Lutherstadt Wittenberg. Das ist unser erster Rückblick auf Antisemitismus und den Massenmord an den Juden. Der zweite: Wer einmal einen Soldatenfriedhof besucht und auf die unendlich scheinenden Reihen der Grab-Kreuze geschaut hat, fragt sich doch unwillkürlich: Gab es denn kei-

nen rechtzeitigen Widerstand gegen Nazis, die später den Weltkrieg mit 55–60 Millionen Toten auslösten? Und wo waren die Christen? Die Evangelische Kirche von Westfalen schrieb 2004 in ihrer Broschüre für die Gemeinden „Unsere Geschichte. Unser Selbstverständnis“: „Mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten bildete sich die Kirchenpartei der ‚Deutschen Christen‘, die der nationalsozialistischen Ideologie organisiert Eingang in die Kirche verschaffte. Der Widerstand dagegen formierte sich als ‚Bekennende Kirche‘“. Vom „Kirchenkampf“ war viele Jahre die Rede. Der Begriff über diese Epoche verführt aber zu dem falschen Eindruck, als hätte die ganze Kirche Widerstand geleistet. Die viel gerühmte oppositionelle „Bekennende Kir-



### Der Protestantismus am Scheideweg

che“ hatte als Minderheit nur das Ziel, eine Einmischung der Nazis in Glauben und Kirchenverfassung abzuwehren und so totalitären Ansprüchen zu widerstehen. Ein politischer Widerstand war damit – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht beabsichtigt. Als Delegierter der westfälischen Landessynode hatte ich den Antrag gestellt, die Synode möge in ihrer Broschüre doch wenigstens in einem Satz des Widerstandes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten vor 1933 gedenken. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und das, obwohl zwei Jahre zuvor das Buch von Ulrich Peter „Christuskreuz und rote Fahne“ über die religiösen Sozialisten in Westfalen und Lippe erschienen war, zu dessen Herausgebern der Kirchenhistoriker gehörte, der meinem Antrag auf Würdigung des BRSD widersprach. Auch heute noch gedenken Synoden und Presbyterien nur selten der tapferen Männer und Frauen aus den Reihen der „religiösen Sozialisten“ die schon in der Weimarer Zeit von Anfang an den Nazis ent-

gegentraten. Und in der SPD sieht es oft nicht besser aus.

Gegen Vergessen und Verschweigen hilft nun der Quellenband von Friedrich-Martin Balzer „Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert.“ Der Band enthält mehr als 100 Quellen und Dokumente, Das Buch in rotem Schutzumschlag ist geschmückt mit



Erwin Eckert

einer Kopie von „Der Religiöse Sozialist. Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ (SdaV), Nr. 26 vom 26. Juni 1932 mit dem Titel „Der Protestantismus am Scheideweg. Was soll nun gelten? Das Heil in Jesus Christus?“ – gezeichnetes Symbol Kreuz – oder „Heil Hitler?“ – gezeichnetes Symbol Hakenkreuz. 21 Abbildungen enthält der Band. Die Innenseite des Umschlages enthält neben Erwin Eckerts Bild den Lebenslauf:

In Zaisenhausen (Baden) am 16.6.1893 geboren, studierte E. Eckert Theologie und Philosophie, wurde 1912 Mitglied der SPD

und war 1914 Kriegsfreiwilliger. Ab 1919 ist er als Vikar in Pforzheim tätig, 1922 Pfarrer in Meersburg (Bodensee) und seit 1927 in Mannheim. 1926 Mitbegründer des „Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands“ und 1926 bis 1931 dessen geschäftsführender Bundesvorsitzender. Er wird erfolgreichster Redner gegen den Faschismus in Süddeutschland und Wortführer der Linken in der SPD („Klassenkampf-Gruppe“). Konflikte des kämpferischen Antifaschisten und Sozialisten mit der SPD führten zum Parteiausschluss (2.10.1931). Am 3. Oktober 1931 trat Eckert der KPD bei. Nach mehreren Disziplinarverfahren und Amtsenthebung wurde er am 11. Dezember 1931 unter Verlust aller Pensionsansprüche aus dem Kirchendienst entlassen. Von März bis Oktober 1933 war er inhaftiert, 1936 zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt und anschließend unter Polizeiaufsicht gestellt. Nach der Befreiung vom Faschismus war Eckert Vorsitzender der KPD Baden (1946–1950), Staatsrat der provisorischen Regierung Badens und Vizepräsident der Verfassung gebenden Versammlung Badens, Staatskommissar für Wiederaufbau im ersten badischen Allparteienkabinett sowie Mitglied des Landtages von 1947 bis zum Verbot der KPD 1956. Er war Mitglied des Weltfriedensrates von 1950–1962. Als Kommunist und Gegner von Restauration und Wiederaufrüstung stand er 1959/60 in Düsseldorf erneut vor Gericht und wurde zu 9 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Er starb am 20.12.1972 in Mannheim. Über seiner Todesanzeige stand sein Wahlspruch: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben.“

Die Biographie des Herausgebers ist geprägt von seinen Studien über das Leben von Erwin Eckert. Vielen unserer Leser(innen) sind diese Bücher bekannt, die der

BRSD ausgelegt bzw. in CuS rezensiert hatte: *Klassengegensätze in der Kirche*. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands, Köln 1973, 3. Aufl., Bonn 1993; mit Karl Ulrich Schnell: *Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik*, Köln 1987, 2. Aufl., Bonn 1993; *Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. „Gegen den Strom“*, Marburg 1990; *Prüfet alles, das Gute behaltet. Auf Spurensuche*, Bonn 2010, 2. Aufl. 2011.

Den Studien folgen nun die Quellen. 33 zum Jahr 1930, 33 zum Jahr 1931. Das dritte Kapitel enthält die Urteile der kirchlichen Gerichte gegen E. Eckert sowie die Bekanntgabe des Ausschlusses aus der SPD in der Mannheimer Presse. Das vierte Kapitel sammelt die solidarischen Stimmen zum Fall Eckert. Das kurze fünfte enthält den „Hirtenbrief“ bzw. NS-Jubelbrief des Landesbischofs Kühlewein. Alle Kapitel werden durch Geleitworte zur Zeitgeschichte und zum Inhalt der Dokumente eingeleitet. Ein Anhang dokumentiert Forderungen und Erklärungen zur Rehabilitation Erwin Eckerts nach 1996. Seine Würdigung erstreben auch die Geleitworte des badischen Landesbischofs Ulrich Fischer und des Oberbürgermeisters von Mannheim Dr. Peter Kurz. Den Druck gefördert haben die Badische Landeskirche, die Stadt Mannheim, die Evangelischen Kirchen in Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck und der Pfalz.

Zwei Quellen waren noch nicht veröffentlicht: Der Rundfunkbeitrag vom 28.7.1930, mit freundlicher Erlaubnis des Herausgebers gedruckt auch in CuS 2-3/2011 und eine heimlich von der Lippischen Landeskirche stenographierte Rede vom 9. Februar 1930 in Detmold. Klaus Martin Eckert gab die Genehmigung zur

Veröffentlichung der gesammelten Schriften seines Großvaters und Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski gab die Genehmigung zur Veröffentlichung des Briefes seines Großvaters Emil Fuchs.

### **Nächstenliebe und Sozialismus – die Anfänge**

In seinem Lebenslauf für den Oberkirchenrat hat E. Eckert über seine Einstellung als Theologiestudent geschrieben: „Wenn ich sah, dass die aufgeklärte, gebildete Jugend über Gott spottete oder gleichgültig erhaben witzelte, tat mir das Herz weh; wenn ich sah, wie die Reichen und Einflussreichen sich auf ihre Ersatzkulte, ihre Ästhetik und Lebenskunst so viel zu gute hielten, sagte ich ihnen im Stillen den Kampf an, und wenn ich sah, wie die arbeitslose nachahmende Masse immer weiter weg von ihrer Menschenursprünglichkeit und ihrem Recht auf Gottes Kindschaft gerissen wurde durch materialistische Wirtschafts-, Staat- und Weltauffassung, dann wollte ich ihnen helfen, den Elenden, Armen, die Gott brauchen und ihn nicht ahnen können, Gott predigen, den Kranken, Verkommenen und unter der Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Lebens Seufzenden den Heiland Jesus Christus.“ (23) 1920 gründete E. Eckert in Pforzheim mit anderen den „Bund evangelischer Proletarier“ der noch im gleichen Jahr als „Bund evangelischer Sozialisten“ umbenannt wurde. Über gewählte Abgeordnete Einfluss auf das Leben der Landeskirche zu üben, war das Ziel. 1922 verschmolz dieser Bund mit dem Volkskirchenbund zum „Volkskirchenbund christlicher Sozialisten“, Organ „Christliches Volksblatt“. In Meersburg erreichte E. Eckert den Zusammenschluss der religiös-sozialistischen Gruppen zur „Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands“. Auf einer Arbeitstagung in Berlin 14./15.

November 1925 wurde er zum Wortführer der süddeutschen Gruppen gewählt; ab 1. Januar 1926 übernahm er die Schriftleitung des Sonntagsblatts des arbeitenden Volkes mit mehr als 200 Texten bis Ende 1929. Auf dem 2. Meersburger Kongress am 4. und 5. August 1926 konstituierte sich der „Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands“. Neben Emil Fuchs und Bernhard Göring gehörte Erwin Eckert zum geschäftsführenden Bundesvorstand, seit 1927 leitend, seit August 1930 als Erster Bundesvorsitzender. Auf dem 4. Bundeskongress in Mannheim wurden Richtlinien angenommen, in denen es hieß: „Die religiösen Sozialisten kämpfen in bewusster Verantwortung vor Gott und den Menschen in und mit dem revolutionären Proletariat um die sozialistische Neuordnung. ... Die besondere Aufgabe der religiösen Sozialisten ist es, die Kräfte des Evangeliums für das Leben der einzelnen Menschen und für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft wirksam zu machen. Sie führen darum einen entschlossenen Kampf gegen die antisozialistische Grundlage und Agitation der bestehenden Kirchen, der sich christlich nennenden Verbände und Zeitschriften.“ (27, 28). In der Broschüre „Was wollen die religiösen Sozialisten“ schrieb E. Eckert 1927: „Christ sein heißt, vorwärts getrieben sein zur Hilfe und Liebe den andern Menschen gegenüber. Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben und deinen Nächsten wie dich selbst, drin liegt praktisch die ganze Religion Jesu Christi.“ (29)

### **Für den Frieden**

Das Schlüsselerlebnis war das Grauen des Krieges, dass es „der Geist Kains“ war, „der den Bruder erschlug; kapitalistische Wirtschaftsordnung und die daraus resultierende Staatsraison aller Länder Europas haben ihn genährt.“ (29)

In Detmold zitiert E. Eckert einen Vater, der seinem Sohn schreibt. „Es gibt keinen Gott, sonst hätte er uns diesen Krieg nicht verlieren lassen.“ Nächstenliebe war im Krieg so „umgemodelt“: „Du sollst deinen Bruder lieben und deinem Vetter den Schädel einschlagen.“ (63)

Die Botschaft vom Frieden bestimmte auch noch seine seelsorgerlichen Predigten später: „Die Toten, die wir in unserem Herzen tragen, rufen uns zu: Sorgt ihr dafür, daß wir nicht umsonst gestorben sind, erkennt ihr an diesem furchtbaren Opfer, das durch uns gebracht werden mußte, daß ihr anders werden müsst? (...) Die Gefallenen sind dahingesunken, trotz der heißen Gebete, trotz der Flehen der Mütter die Söhne, trotz der Bitten der Frauen die Männer, weil sie weiterbringen sollten die Erkenntnis der Menschheit, ein Opfer sein mußten für uns... Wollte Gott, daß das Opfer der Millionen nicht umsonst sei, daß wir aus ihrem Sterben eine neue Art zu leben gewinnen, neue Erkenntnis von den Aufgaben der Völker und Nationen untereinander. Nicht zur Vernichtung untereinander sind alle Völker da, sondern zum Dienst füreinander, zur Hilfe, zur brüderlichen Gemeinschaft. Wenn sie aber als Opfer für uns gefallen sind, auf daß wir leben, dann, wenn sie sterben mußten um unser aller Sünde willen, um unser aller Mordlust willen, dann sind sie jenseits aller Schuld gestorben, sind sie gestorben, wie die Saat sterben muß, um der Frucht willen, sind sie eingekehrt in die Heimat allen Lebens, ins Licht, zu Gott, dem Vater allen Lebens. (Die Predigten sozialistischer Geistlicher, Schriften der religiösen Sozialisten 4, Karlsruhe (1927), S. 73–79 (Nachdruck Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Eckert a.a.O., S. 28–32) Dagegen hat die Kriegspredigt dazu beigetragen,

dass der Glaube an Gott zusammenbrach, als der Krieg verloren ging.

1928 beteiligte er sich intensiv zusammen mit dem BRSD an der Kampagne zur Verhinderung des Baus der Panzerkreuzer, um „mit allen entschiedenen Sozialisten und Kommunisten den Volksentscheid“ zu fordern. (32) Dabei musste er zusammen mit der linken Opposition – neun Reichstagsabgeordnete der SPD brachen den Fraktionszwang – der Politik des Tolerierens im Partei-Vorstand der SPD entgegen treten. Er beschuldigte die SPD, „die große verantwortliche Arbeiterpartei“, dass sie die großartige Gelegenheit versäumt habe, „das Volk aufzurütteln, aufzureißen aus seiner Gleichgültigkeit, eine unerhörte Propaganda zu machen für den Frieden, gegen nationale Rüstungen und Kriegsvorbereitungen.“ (32) (vgl. auch Reinhard Gaede: Kirche – Christen – Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit, Hamburg-Bergstedt 1975, S. 85–87)

### **Gegen den Kapitalismus**

„Lieblos“ ist diese Wirtschaftsordnung, die gar keine Ordnung ist, sondern eine „Anarchie“ „Einer sucht den andern zu vernichten, und die Mächtigen, die üben Gewalt aus.“ (62) In Detmold erzählt E. Eckert von zwei Brüdern, die je eine Ziegelei betreiben. Erst haben sie sich lieb wie in ihrer Jugendzeit. Dann aber stockt bei einem der Absatz. Maschinen und Material sind teuer. Trotzdem muss er billiger produzieren und bezahlt deshalb seine Leute schlechter, unterbietet so die Konkurrenten. Sein Bruder erfährt's, ist nun benachteiligt. Die brüderliche Gemeinschaft ist zerrissen. „Reklame, Konkurrenz, Unterbietung, alle diese Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Wirtschaftsordnung, all das, Konzentration der gewaltigen Betriebe, die die kleinen

vernichten, müssen dem Mittelstand den Garaus machen.“ (64) Maßstab des Urteils ist für Christen aber das Reich Gottes. „Unser ganzes gesellschaftliches Leben, gemessen an der Forderung vom Reich Gottes, ist ein Schwindel.“ (65)

### **Marxismus als Methode**

Für die Linie des BRSD wurde zunächst die Position von Erwin Eckert (1893-1972) maßgeblich. In seinem Artikel „Sind wir Marxisten?“ (Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1930, 3, S. 163-168, im Quellenband S. 85-90) lehnt er es ab, Marxismus als Summe aller Auffassungen von Karl Marx zu sehen. Vielmehr soll der Marxismus als „Methode“ verstanden werden, die Gesellschaft zu betrachten. Darin stimmte er ausdrücklich Nikolai Iwanowitsch Bucharin zu, der acht Jahre später ein Opfer des Stalinismus wurde. Marxismus als Methode soll auch auf Karl Marx selbst angewandt werden, um seine Äußerungen gegen die Religion einzuordnen: „Die praktische Haltung der soziologisch feudal gebundenen Kirche wird von ihm als durch und durch reaktionär erlebt, so daß es nur zu verständlich ist, wenn er in dem von ihr verwalteten Gut, der Religion, eine reaktionäre Kraft sah.“ (ebd., S. 87) – Zwei Punkte sieht Eckert als wesentlich an für eine Zustimmung zum Marxismus, Marxist nennen kann man sich, 1. wenn man „aus der dialektischen Entwicklungsgesetzlichkeit auch der heutigen Wirtschaft den Weg ... zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung zu zeigen bestrebt ist; 2. wenn man sich nicht auf die ‚sittliche‘ Einsicht der herrschenden Schichten verlässt, sondern hierin K. Marx recht gibt: ‚Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.‘“ (ebd., S. 90, vgl. auch Reinhard Gaede: Religiöser Sozialismus und Mar-

xismus, CuS 2/1986, auch auf der Homepage [www.BRSD.de](http://www.BRSD.de))

### **Verteidigung der UDSSR**

Um die Jahreswende 1930 während der Weltwirtschaftskrise griffen kirchliche Kreise im In- und Ausland die Sowjetunion an und beschuldigten die Kommunisten dort der Christenverfolgung. In seiner Rede zur Russlandkundgebung auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag am 28. Juni 1930 bestritt er eine von der Regierung inszenierte Verfolgung, sah aber auch dort eine Leidenszeit der Christen, die kulturelle, politische und wirtschaftliche Gründe habe. Die russisch-orthodoxe Kirche war „willenloses Werkzeug des Zarismus“. (96)

Es könnte auch sein, dass „Gott den ‚Bolschewismus‘ nicht vernichtet, sondern die faul gewordene Form der orthodoxen Kirche zerschlägt und ein ganz Neues baut.“ Den Schluss seiner Rede konnte er wegen der Empörung seiner Zuhörer gar nicht mehr halten.

### **Für die Erneuerung der Kirche**

Seine Rede über Erneuerung konnte er auf dem Kirchentag nicht halten, weil ihm das Wort entzogen wurde und nur die Möglichkeit der Veröffentlichung im Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes bestand. Eine „neue Gestaltwerdung der Kirche des Evangeliums“ wünschte E. Eckert sich. „Die Kirche soll in unserer Zeit das Evangelium von der Geborgenheit des Menschen in Gott, von der Erlösung des Menschen in Christus, von der Gemeinschaft aller Menschen in dem Friedensreiche Gottes rein und lauter verkündigen, die Seelen bereit machen zur Umgestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse, welche den Forderungen lebendiger christlicher Frömmigkeit direkt widersprechen. Die Seelen der Christen unserer Tage sollen bereit sein

oder bereit gemacht werden zur Überwindung der individualistisch-kapitalistischen, auf römisch-heidnischer Rechtsprechung beruhenden Eigentumsverhältnisse, bereit zum gemeinwirtschaftlichen System, zur planmäßigen Wirtschaft, die nicht um des Profits, sondern um der Bedürfnisse der Menschen da und notwendig ist.“ (104)

### **Gegen den Faschismus**

Auf dem 5. Kongress des BRSD sprach der wieder gewählte geschäftsführende Bundesvorsitzende über die Gefahren, die durch die Nationalsozialisten drohen. Der BRSD soll „den Nachweis erbringen, dass sie das Unglück unseres Volkes sind, dass sie die größte Gefahr für eine friedliche Entwicklung und Gestaltung unseres Volkslebens sind, dass sie im schärfsten Gegensatz zu christlicher Lebensauffassung ihren Kampf führen. Sie drängen als der von den kapitalistischen Machthabern ausgehalten Militärsatz zum Bürgerkrieg mit der Absicht, die proletarischen Zweckorganisationen und Kampfverbände zu zerstören.“ (121) Auf der Badischen Landesynode am 5. Juni 1930 hielt er die Rede: Warum kämpfen die Kirchen nicht gegen den Faschismus?“ Sie enthält eine Dokumentation vom Aufmarsch brauner Kolonnen in die Kirche hinein und von der Umgestaltung kirchlichen Lebens im NS-Geist mit Faschisten-Gruß, Hakenkreuz-Fahnen Einschränkungen des Evangeliums im Sinne der „germanischen Rasse“. Im Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes Ende 1930 folgen viele neuen Beispiele: „Die evangelische Kirche, d.h. viele evangelische Pfarrer geraten immer mehr in die Gefahr, das Evangelium an den Nationalismus zu veraten.“ (150). Auch Adolf Hitlers ‚deutsche Weihnacht‘ wird dokumentiert. (158) Eine Karikatur des marschierenden Nazis von Elisabeth Fuchs erscheint im Sonntagsblatt

des arbeitenden Volkes und ein dokumentierender Artikel von E. Eckert: „Ist die evangelische Kirche rettungslos dem Faschismus verfallen?“ (171) Gegen den Völkischen Beobachter muss Eckert sich wegen falscher Berichte wehren: „Er lügt und verleumdet.“ Eine Gegendarstellung kann vor Gericht nicht erstritten werden, da der Schriftleiter als Reichstagsmitglied unangreifbar ist. (175) Bei der Friedensfeier am 28. Dezember 1930 in der Trinitatiskirche Mannheim sagt E. Eckert: „Wir werden gegen den Nationalismus kämpfen, der behauptet, es sei ein göttliches Naturgesetz, dass immer die Stärkeren die Schwächeren vernichten, die stärkeren Nationen die schwächeren. Wir werden uns gegen die völkische und Rassenhetze, die in einem grauenvollen Morden enden muss, und die zugleich dieses Morden noch sittlich, ja religiös verklären möchte, mit aller Entschiedenheit wenden.“ (181) „Christuskreuz – nicht Hakenkreuz!“ ist das Motto einer Rede am 17. Januar 1931 im Musensaal zu Mannheim. „Das Kreuz Christi ist zunächst Sinnbild und Ausdruck des christlichen Glaubens – des Glaubens Jesu Christi an Gott, den Vater, den ewigen Geist, ... der über allen irdischen Unzulänglichkeiten die letzte Wirklichkeit ist.“ Von „Nationalgötzen“ weiß christlicher Glaube nichts. (190) ... „Ich behaupte, dass die Verherrlichung Hitlers – als des gottgesandten Retters des deutschen Volkes und der ganzen Welt im Zeichen des Hakenkreuzes – für einen Christen eine unerhörte Lästerung seines Glaubens an Gott, den Herrn der Welten, darstellt.“ (191) Auch mit der Rasselehre Rosenbergs setzt sich E. Eckert auseinander und kritisiert die „armselige Judenhetze“. Ebenso setzt er sich mit den Nazigrößen Göring und Goebbels auseinander. Zu Weihnachten 1930 spricht E. Eckert sein Bekenntnis. „Traurig ist unser

Herz, aber wir verzagen nicht. Wir werden vor dem Götzen des Hakenkreuzes die Knie nicht beugen, wir werden ihm nicht dienen. Wir werden Gott, dem Herrn der Welten treu bleiben, Christus, dem Fürsten des Friedens nachfolgen und darum beten, dass der Heilige Geist der Liebe und Güte, der Gerechtigkeit und wahrhaftigen Brüderschaft in unsern Herzen Wohnung mache. So feiern wir Weihnachten und gehen in den Kampf, der uns verordnet ist und sind bereit, eher zu sterben, als daß wir ruhig zusehen, wie der Faschismus „im Namen Gottes“ die Völker der Welt an Leib und Seele vergiftet und verwüstet.“ (158)

### **Pfarrer und Politik – Konflikte mit der Kirchenleitung**

Einen großen Teil des Buchs von Friedrich-Martin Balzer nehmen die Konflikte mit der Badischen Kirche ein, die er so zusammenfasst: „Ausgelöst durch Eckerts Rede am 17. Dezember 1930 bei der SPD in Neustadt an der Haardt über die ‚große Lüge des Nationalsozialismus‘ ziehen sich die Konflikte mit der Badischen Landeskirche von Beginn des Jahres 1931 bis zur definitiven Entfernung Eckerts aus dem Kirchendienst am 11. Dezember 1931. Am 30. Januar reagierte die Kirchenleitung auf Eckerts antifaschistische Redetätigkeit mit einem allgemeinen Verbot öffentlicher Rede. Eckert klagte daraufhin den Kirchenpräsidenten Wurth ‚der offensichtlichen Parteilichkeit und des willkürlichen Missbruchs seiner Dienstgewalt‘ an. Am 6. Februar 1931 verfügte die Kirchenleitung Eckerts vorläufige Suspendierung vom Dienst. Am 18. März wurde seine Klage vom Evangelisch-Kirchlichen Verwaltungsgericht als unbegründet zurückgewiesen. Am 7. Mai 1931 eröffnete die Kirchenleitung ein Disziplinarverfahren gegen Eckert mit dem Ziel seiner Amtsenthebung. Das Urteil vom

14. Juni 1931 lautete auf Zurückstufung des Dienstalters um sechs Jahre sowie Übernahme der Prozesskosten wegen Dienstvergehens. Das Redeverbot wurde nicht aufgehoben. Nach dem Ausschluss Eckerts aus der SPD wegen Linksabweichung am 2. Oktober 1932 und dem am darauf folgenden Tag vollzogenen Übertritt zur KPD eröffnete die Kirchenleitung am 9. Oktober bei einem Abstimmungsverhältnis von 9:2 ein Dienstgerichtsverfahren gegen Eckert.“ (166) Es endete mit der unehrenhaften Entlassung Eckerts. In der Weimarer Zeit gab es den Spottvers: „Die Kirche ist neutral, sie wählt deutsch-national.“ Genau diese Haltung nahmen die Richter Eckerts ein. Sie suchten seine politischen Aktionen durch Verbote und Strafen zu verhindern. Dabei konnte z.B. die „Bruderschaft sozialistischer Theologen Deutschlands“, die 198 Mitglieder zählte, Argumente vortragen, die überzeugend schienen: Der badische Kirchenpräsident Wurth hatte aus seiner Dienstwohnung die schwarz-weiß-rote Fahne des kaiserlichen Deutschlands bei der Verfassungsfeier vom 18.1.1931 gehisst, war also nicht neutral, sondern Eckerts politischer Gegner. Die Kirchenbehörden duldeten die Nazi-Aktivitäten, ohne einzu-



**A. Paul Weber (1931):  
Hitler – ein deutsches Verhängnis**

schreiten, wollten den Sozialisten Eckert aber bestrafen, also zweierlei Maß, reine

Willkür. Einerseits sprachen die Juristen von der Gesamtpersönlichkeit ihrer Beamten, die niemals nur Privatpersonen seien. Andererseits wollten sie die Bindung an das Gewissen einer politisch handelnden Person nicht anerkennen und durch das Ermessen der Kirchenbehörden begrenzen.

Die sozialistischen Theologen beriefen sich auf das Beispiel der Propheten, dass „je lebendiger ein Mensch von religiösen Energien getragen ist, umso politischer wird sein Handeln sein.“ (405) Ebenso verteidigte der Vorstand des BRSD E. Eckert: „Das mutige Eintreten Eckerts gegen den Nationalsozialismus hätte bei einer unvoreingenommenen Kirchenbehörde Anerkennung finden müssen. Stattdessen hat sie gegen ihn Mittel der Disziplinargewalt angewandt. Eckerts Verteidiger Eduard Dietz hat in seiner Rede über Kirche und Welt im Lauf der Jahrhunderte die Berechtigung sozialistischen Engagements im Raum der Kirche nachweisen wollen. Äußerungen von Karl Marx über die Religion als „Opium des Volkes“, die Eckert zur Last gelegt wurden, trafen und treffen nur die „Nachtwächterkirche“ im „Nachtwächterstaat“ (F. Lasalle), der das Elend der arbeitenden Klassen nicht beendet. E. Dietz rügte, dass Eckert wie ein Verbrecher behandelt wurde, dass Hunderttausende von Unterschriften für seine Wiedereinsetzung ins Amt nicht beachtet wurden. Pfarrer Heinz Kappes stellte klar, dass sich die religiösen Sozialisten, an ihrer Seite E. Eckert, mit der Ideologie der Nazis auseinandersetzten, während die Kirche schwieg. Ein Dienstgericht kann nicht über die politische Betätigung von Pfarrern urteilen.

### ***Kommunismus, Sozialismus und Religion***

Prof. Martin Rade erinnerte über dem Fall Eckert zunächst an den Fall Christoph

Blumhardt. „Darf ein Christ, ein Pfarrer Sozialdemokrat sein?“ Wenn die württembergische Kirche ihren Pfarrer damals zur Niederlegung seines Titels aufforderte, sollte die Landeskirche nicht genauso handeln bei der Frage: „Darf ein Christ, ein Pfarrer, Mitglied der KPD sein?“ Die KPD hatte E. Eckert ohne Bedingungen als Pfarrer in ihre Reihen aufgenommen. M. Rade urteilte: „Ihren Charakter grundsätzlicher Kirchenfeindschaft hat die KPD damit aufgegeben.“ Auch die Kirche muss ein Interesse haben, ihre kommunistisch gesinnten Mitglieder in ihrer Gemeinschaft zu behalten. Und wenn es einmal ein kommunistisches Regiment geben wird – als hätte er die Gründung der DDR vorausgesehen – kann der „Präzedenzfall Eckert“ von „unermesslicher Wichtigkeit werden.“ (439) Luise Rudolph stellte die Frage: „Darf unsere Kirche noch in fremden Ländern Heidenmission treiben, wenn sie die ‚Heiden‘ im Vaterlande hinausstößt, ... einen Geistlichen, den Gott berufen hat.“ (449) Heinz Kappes sagte: „Die Kirche hätte also ganz einfach die Konsequenz ziehen müssen: Wenn die KPD einen Pfarrer anerkennt, dann erkennt auch die Kirche einen Kommunisten an, wenn er ... dem christlichen Bekenntnis treu bleibt.“ (452) Die Religionskritik der Marxisten trifft nur ein „Christentum, das zu einem Instrument der kapitalistischen Gesellschaft erniedrigt wurde. „Die eigentliche marxistische Betrachtung ist die soziologische.“ (454) Paul Piechowski urteilte: „Die Kirche hat nicht Mut und Glauben genug gehabt, um mit dem kommunistischen Proletariat den geistigen Kampf aufzunehmen.“ Seine Sammlung der Dokumente enthält eine Entschließung des Berliner Konvents der Bruderschaft sozialistischer Theologen, nicht veröffentlicht, aber gedruckt. Auch wer Kommunisten als böse Leute ansieht, darf nach biblischen

Maßstäben ihnen nicht in boshafter Art begegnen. „Die Kirche hat vielmehr die ernsteste Pflicht, die Ursache zu ergründen, die zu dieser Kirchen- und Religionsfeindschaft geführt hat.. Die Tatsache, dass Millionen von der Kirche entfremdet sind, ist wie ein gewaltiger Bußruf, der an die Kirche ergeht.“ (475) Im Eisenacher Konvent hatte Pfarrer Aurel von Jüchen eine Erklärung vorgelegt. Kommunismus ist eine „Wirtschaftsform“. Er will die Überführung des Eigentums, das auf Ausbeutung beruht und das der Ausbeutung dient, in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft.“ Ein Pfarrer, der das erstrebt, darf nicht abgelehnt werden. Er wendet sich gegen die Vergötzung der Nation und der Rasse im Faschismus und betont zugleich, die kommunistische Eigentumsordnung wird nur „Leben und Bestand“ haben, wenn die Menschen „sich in ihrem Denken und Handeln von der Verantwortung gegen den lebendigen Gott bestimmen lassen.“ (477)

### **Sozialdemokraten. Kommunisten. Erwin Eckert und der BRSD**

Leonhard Ragaz hat in den Neuen Wegen aus der Schweiz Worte zu Eckerts Weg nach Deutschland gesandt. Für ihn ergibt sich eine Trennung, „weil wir die Stellung des Kommunismus zur Gewalt und damit zur Demokratie ablehnen, ja darin eine tödlich Gefahr für den Sozialismus und die Arbeiterbewegung erblicken mussten.“ Tragisch, denn „an und für sich ist ja der religiöse Sozialismus keineswegs an die Sozialdemokratie oder überhaupt an eine sozialistische Partei gebunden.“ Die Entfremdung, ja Feindschaft“ ist ihm „immer ein Schmerz gewesen“. (440) Dabei schien der religiöse Sozialismus die Aufgabe zu haben, „die Einigkeit der sozialistischen Bewegung wieder herstellen zu helfen.“ Für den Glauben kann es auch keine hohe

Mauer geben, „die das Land des Kommunismus gegen die Welt Christi abzuschließen scheint.“ So kann man Eckerts Schritt auch als kühnen „Sprung des Glaubens“ als „Pionierweg“ sehen. Religiöse Sozialisten, die bei den Kommunisten sind, werden „das Gewaltprinzip nicht für das Wesentliche“ halten. Es zieht sie auch mehr zum kommunistischen Arbeiter als ihrem „Bruder“. Völlige Identifikation mit einem politischen Programm ist sowieso nirgends möglich. So gibt es das Wagnis des Glaubens und der Liebe auch bei dem Weg in die kommunistische Partei. Die Opposition gegen den politischen Kurs der Sozialdemokratie hatte Ragaz noch mit Eckert geteilt. Den Unterschied zwischen ihnen sieht er darin, dass Eckert in seiner „marxistischen Schau“ die „Zuspitzung der Klassenkämpfe zum Endkampf“ sieht, während Ragaz das „Eindringen von Kräften des (Gottes)Reiches auch in die Politik“ glaubt. (442) Für ihn ist der religiöse Sozialismus die „Erneuerung der Sache Christi in unserer Zeit“. „Innig“ wünscht er aber, dass Eckert den Kommunisten das Evangelium verkündigt, „auf neue Art“. Gut ist, „wenn die allzu enge Verbindung des deutschen religiösen Sozialismus mit der sozialistischen Partei (im Text hervorgehoben, d. Red.) aufhört. Seinem tiefen Sinn nach ist er „die religiöse Erweckungsbewegung unserer Zeit, der Ruf zum Erwachen der Christenheit für die neue Aufgabe Gottes, für den Dienst an der neu erkannten Sache Christi.“ (444)

Das „Abschiedswort an unsern Genossen Eckert“ von Emil Fuchs soll noch erwähnt werden. „Lieber Freund und Genosse Eckert“, schreibt er. „Wir müssen scheiden.“ Die „Überschätzung der Gewalt“, die er mit Kapitalismus und Imperialismus verbunden sieht, ist für ihn das Trennende. Wir schauen „auf Deinen Weg, den wir nicht mitgehen können, weil er nach un-

serer ehrlichen Überzeugung falsch ist, aber wir lieben dich und ehren dich um der Tapferkeit und der persönlichen Ehrlichkeit, um der glühenden Liebe zur Masse willen, mit denen Du diesen Weg gehst, und wir ehren die Rücksichtslosigkeit gegen Dich selbst, die in dem allen liegt. ... Wir werden nicht aufhören, der Kirche zu sagen, dass sie das Evangelium verleugnet, wenn sie nationalsozialistische Pfarrer duldet und den kommunistischen ausstößt.“(489)

### **Wir Leser und Leserinnen**

Ein dickes Buch, das zum Lesen seine Zeit fordert, das man aber immer wieder aufschlägt, weil die Aufgaben von Christinnen und Christen in unserer Zeit vorgezeichnet sind. Lange Anklage- und Verteidigungsreden versetzen uns in einen Gerichtssaal. Wie im antiken Drama spüren wir „Furcht und Mitleid“, Furcht vor dem, was dem tapferen Christen und Sozialisten Eckert an ungerechten Urteilen und Strafen angetan wird, Mitleid für das, was er erdulden musste im Zuchthaus, in Gefängnissen im Alltag der Nazizeit und der Restauration während der Ära Adenauer. Zorn verspüren wir über die Schuld der Amtskirche damals, die prophetische Stimmen erstickt und die Augen verschließt vor der drohenden Katastrophe für die ganze Welt. Bewunderung spüren wir für E. Eckerts Standhaftigkeit, seinen Mut und seinen unbeirrten Kampf für Christentum und Sozialismus.

Das Buch gibt historische Aufklärung über Irrwege der Kirche und Katastrophen der Neuzeit und informiert über zukunftssträchtige Konzeptionen und Aktionen, die sich zu ihrer Zeit zwar nicht durchsetzen

konnten, aber an die wir heute anknüpfen können und die wir fortschreiben müssen. Prophetische Stimmen werden der Vergessenheit entrissen. Sie ermöglichen den Bewegungen für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden die Kontinuität mit frühen Ansätzen, nachdem diese durch Restauration, Faschismus und Krieg unterbrochen waren. Die Würdigung vergessener Gegen- und Unterströmungen macht hell-sichtig für die Fragen des Lebens und Überlebens, die hinter politischen Entscheidungen liegen. Der Band gibt der Welt ein Beispiel, wie Religiöser Sozialismus zu bewahren und fortzuschreiben ist: Prophetischer Kampf gegen die Dämonisierung des sozialen Lebens, geduldige Arbeit für eine Wirtschaft im Dienst des menschlichen Lebens und Humanisierung der Gesellschaft, Zeugnis für das kommende Reich Gottes, in dem „Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Ps. 85,11). Möge das Buch weite Verbreitung finden!

*Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten. Mit Originalbeiträgen von Wolfgang Abendroth, Karl Barth, Rudolf Bultmann, Eduard Dietz, Erwin Eckert, Hans Francke, Emil Fuchs, Aurel von Jüchen, Heinz Kappes, Walter Kreck, Julius Kühlewein, Ernst Lehmann, Paul Piechowski, Arthur Rackwitz, Martin Rade, Leonhard Ragaz, Georg Reinbold, Luise Rudolph, Ernst Schneller, Theodor von Waechter, Georg Wünsch und Klaus Wurth. Mit einem Geleitwort des badischen Landesbischofs und des Mannheimer Oberbürgermeisters. Format 24cmx17cm, Hardcover mit Schutzumschlag und 21 Abbildungen, 528 Seiten, Bonn 2011, 24,90 €*

## Rede zur Anti-NPD-Parteitags-Demonstration in Schafbrücke, 16.4.2011

# Ein NEIN auf dem Hintergrund vieler JAS

Von Frank-Matthias Hofmann

Liebe Freundinnen und Freunde eines demokratischen, offenen und bunten Saarland!



### Demonstration

Es ist gut, dass wir heute hier auf dieser Demonstration so viele sind. Denn sie sind wieder einmal unter uns – die Rattenfänger der NPD!

In der Sage der Brüder Grimm hat 1284 in Hameln ein wunderlicher Mann mit seiner verführerischen Flöte gewirkt. Er lockte alle Mäuse und Ratten in die Weser, die dort ertranken. Danach entführte er aber auch alle Kinder ab dem vierten Lebensjahr, 130 an der Zahl, aus der Stadt. Der Stadt wurde so die Zukunft genommen.

Der Begriff „Rattenfänger“ ist seit dieser Zeit zum Synonym geworden: Es steht für Menschen, die vorhandene Probleme in einem Staat, in einem Land wahrnehmen, dann aber falsche Konsequenzen daraus ziehen. Sie holen ihre Flöte heraus, im ersten Moment klingt das gut. Vermeintlich einfache Lösungen werden angeboten. Und manche folgen diesen verführerisch klingenden Melodien. Und die Geschichte aus Hameln

lehrt, dass nicht nur einige wenige am Rande der Gesellschaft sich verführen lassen, sondern große Teile der Bürgerschaft. So wie heute Stammtischparolen und rechtes Gedankengut aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Die Biedermänner und Biedermänner sind oftmals Brandstifter, wenn man näher hinschaut oder genauer auf die Flötentöne hinhört.

Die vermeintlichen Schalmeien - Klänge der rechten Gesinnungen sind falsch!

Und deshalb kann man öffentlich gar nicht oft genug sagen: Lasst euch nicht von den Klängen der Rattenfänger einlullen und täuschen!

Denn so wie der Fänger von Hameln die Kinder und Jugendlichen verführte und damit die Zukunft der Stadt weggespielt hat und verschwinden ließ, so würden die heutigen Rattenfänger von der NPD die friedliche, solidarische und gerechte Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft verspielen!

Wir haben nur zusammen mit allen Klangfarben eine Zukunft. Nur durch das Zusammenspiel vieler Farben und Klänge entsteht ein großer bunter Regenbogen, Zeichen für die gewollte Vielfalt der Menschen und Anschauungen in unserem Land.

Wer Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer Weltanschauung, ihrer Kultur ausgrenzt und diffamiert, setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel.

Lasst uns doch die Verschiedenheit unter uns nicht als Makel ansehen! Lasst uns sie als Bereicherung ansehen, die unsere Gesellschaft bunt macht. Weg mit aller Schwarz-Weiß-Malerei, erst durch die unterschiedli-

chen Ansichten kommt Farbe ins Spiel! Den schlichten Parolen der Rattenfänger gehen wir nicht auf den Leim.

Deshalb sagt Nein!, wenn mit Vorurteilen und Stammtischparolen der Ton angegeben werden soll. Wenn jemand sagt: „Die jungen Ausländer sind kriminell!“ – dann lasst das nicht unwidersprochen im Raum stehen. Fragt, woher sie das wissen! Fragt, wen sie genau meinen: Den an der Uni Saarbrücken studierenden Japaner? Den Inhaber des türkischen Lebensmittelgeschäftes nebenan? Die koreanische Krankenschwester, die auch rechtsradikal gesinnte deutsche Patienten versorgt und es erträgt, wenn sie abfällige oder sexistische Bemerkungen machen. Den jungen Kurden, der bei der Müllabfuhr arbeitet und auch den Dreck der NPD-Anhänger entsorgt? Meinen Sie diese Menschen?

Oder meinen sie die irakische Frau, die wegen ihres christlichen Glaubens im Irak bedroht wurde und ausreisen musste, um ihr Leben und das ihrer Familie zu retten? Ihnen wird hemmungslos unterstellt, sie seien nur Wirtschaftsflüchtlinge, die auf unser Geld aus seien! So werden aus Opfern sogar Täter gemacht! Es wird bewusst unterschlagen, dass in ihren Heimatländern die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und sie um ihr Leben bangen mussten, wie es die Parolenschwinger noch nie erfahren mussten!

Zwingt die rechten Parolenschwinger dazu, konkret zu werden und entlarvt ihr hohles, mit Vorurteilen beladenes Geschwätz!

Wenn das generalisierende „DIE“ kommt, lasst es nicht gelten: DIE Ausländer, DIE Schwulen, DIE Juden, DIE ...? Fragt nach, woher sie das wissen? Aus Statistiken? Wer hat es Ihnen gesagt? Versucht, oft schweigend daneben Stehende einzubeziehen und sie als Bündnispartner für eure Argumente gegen das Schwarz-Weiß-Denken zu gewinnen!

Wehrt euch, wenn für unzweifelhaft bestehend gesellschaftliche Probleme Sündenböcke gesucht werden! Seht zu, dass die rechte Parole „DIE sind an allem Schuld!“ nicht das letzte Wort hat! Denn betroffen sind immer die gesellschaftliche Gruppen, die angeblich „anders“ sein sollen als diejenigen, die diese Parolen äußern.

Machen wir uns die traurige Gewissheit bewusst: Seit 1990 wurden in Deutschland 148 Menschen umgebracht, die anders lebten, anders dachten, eine andere Hautfarbe, eine andere Religion hatten oder nur anders aussahen. Vorurteile werden eben nicht nur geäußert, sondern am Ende stehen oftmals Gewalttaten. Die Menschenwürde ist bereits da bedroht, wo über Menschen wegen ihres vermeintlichen Anderseins hergezogen wird, wo sie als Sündenböcke für etwas herhalten müssen, was an Problemen gar nicht von ihnen verursacht worden ist.

Deshalb:

- Sagt NEIN zu allen Versuchen, unser Land mit immer mehr braunen, hässlichen Flecken zu verunstalten! Sagt aber JA zu einer bunten Gesellschaft, in der jede und jeder ihren und seinen Platz findet und in seiner Meinung geachtet wird!
- Sagt NEIN zu dem Versuch, Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer Kultur zu diskriminieren und gedanklich und real aus unserer Gesellschaft hinaus zu stoßen! Sagt aber JA dazu, allen Menschen eine gerechte Teilhabe an unserer Gesellschaft zu geben und sie mit einzubeziehen!
- Sagt NEIN zu sexistischen Äußerungen, wenn Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung als Schwule oder Lesben verächtlich gemacht und gemobbt werden. Sagt aber JA zur sexuellen Selbstbestimmung der Menschen, dass jede und jeder so leben kann, wie sie und er es möchten, ohne dafür verachtet zu werden!

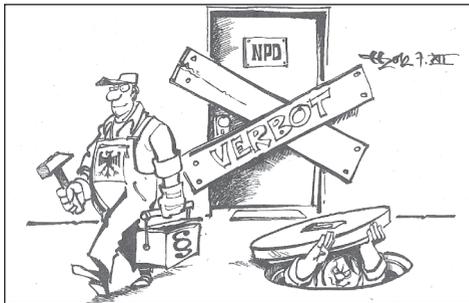
– Sagt NEIN zu allen Versuche, die Shoa, das, was in der nationalsozialistischen Zeit in Deutschland passiert ist, zu relativieren oder gar die längst nachgewiesenen Opferzahlen herunterzurechnen, gar Auschwitz zu leugnen! Hier ist ein Punkt, wo man nicht mehr argumentieren sollte. Wer solche Parolen schwingt, den sollte man mit Nichtachtung strafen.

Sagt aber JA dazu, die letzten Zeitzeugen und KZ-Überlebenden einzuladen und anzuhören, sich mit der Geschichte unseres Landes auseinanderzusetzen! Sagt JA dazu, Jugendliche an das Thema achtsam heranzuführen und sie dazu zu motivieren, zu sagen: „Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Menschen, weil sie vermeintlich anders sind als andere!“

Bert Brecht sagte einmal: „Es reicht, wenn einer aufsteht und NEIN! sagt!“

Nach dem Nein-Sagen sagen wir JA!

– Ja, gemeinsam diese Welt vor Umweltzerstörung, atomarem Super-GAU, sozialer Ungerechtigkeit und Unfrieden zu retten;  
– JA zur Aufgabe, politische Prozesse basisnah mitzugestalten und uns als mündige Bürgerinnen und Bürger einzumischen. Wo es wunde Punkte im Zusammenleben gibt, lasst uns daran arbeiten!  
So geht von dieser Demonstration die



**Lieb' Vaterland, magst ruhig sein ...!**

eindeutige Botschaft aus: Die Rattenfänger haben ausgesiedet. Wir brauchen sie nicht.

Denn wir bemühen uns um Lösungen, die niemanden ausgrenzen oder diffamieren.

In diesem Sinne: Lasst uns auch weiterhin eintreten für eine solidarische, sozial gerechte, friedfertige und die Menschenrechte und –würde bewahrende Gesellschaft. Bei uns und anderswo! Ich danke Euch.

*Frank-Matthias Hofmann*

*Geboren 6.2.1959 in Heidelberg, aufgewachsen in Lambracht/Pfalz, Mitarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit in Kirchengemeinde, Dekanat und Landeskirche. Nach dem Abitur 1978 in Neustadt*

*Studium der Theologie in Bethel, Göttingen, Utrecht, Amsterdam und am Jüdischen Lehrhaus in Hilversum. Nach dem Examen 1985 Gastvikariat in der ref. Gemeinde Nordhorn. Nach dem 2. theologischen Examen bei der Ev-ref. Kirche in Leer/Ostfriesland 1989 bis 2006 Gemeindepfarrer der Prot. Kirchen-Gemeinde Rheingönheim, Ludwigshafen, Mitbegründer ihrer Partnerschaft mit Cape Coast/Ghana, 1991–1997 Moderator der Reformierten Konferenz Hessen-Pfalz, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Juden und Christen des Reformierten Bundes, 2000 Mitglied im landeskirchlichen Ausschuss Juden und Christen sowie Mitbegründer von Foren Juden und Christen in Kloster Frenswegen und Ludwigshafen. Seit 1.9.2006 ist er Beauftragter der Evangelischen Kirchen für das Saarland. Verheiratet ist er mit Pfarrerin Silke Portheine-Hofmann. Das Ehepaar hat eine zehnjährige Tochter und achtjährige Zwillinge.*



**Frank-Matthias Hofmann**

# Erfolge bei Finanztransaktionssteuer und Anti-Steuerflucht-Plan

Von Sven Giegold

Seit der Gründung von Attac in Deutschland vor 12 Jahren engagiere ich mich mit aller Kraft für eine gerechte Steuerpolitik in Zeiten der Globalisierung. Inzwischen sind die Verhandlungen um die Finanztransaktionssteuer in der EU weit fortgeschritten. Das Europaparlament hat heute den Weg für die Einführung in mindestens elf Mitgliedsstaaten frei gemacht. Außerdem hat die Kommission vom 3.-7. Dezember 2012 einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung vorgelegt, der unter anderem eine Definition von Steueroasen und die kurzfristige Revision von EU-Rechtsakten vorsieht.



**„... wenn Ihr Euren Hut mal etwas mehr nach oben halten würdet?“**

Die europäische Finanztransaktionssteuer und die angekündigten Maßnahmen gegen Steuervermeidung, Steuerflucht und Steuerhinterziehung, die Dank anhaltenden Drucks aus der Zivilgesellschaft und aus dem Europaparlament endlich Stück für Stück auf den Weg gebracht werden, sind

ein großer Erfolg für alle Bürgerinnen und Bürger und auch für mich persönlich.

Es ist bereits über ein Jahr her, seit die Europäische Kommission ihren Gesetzgebungsvorschlag für eine allgemeine Finanztransaktionssteuer in der EU vorgelegt hat. Jetzt endlich ist Licht am Ende des Tunnels der Verhandlungsmühen zu erkennen. Eine Koalition aus elf willigen Mitgliedsstaaten hat beschlossen, die Steuer einzuführen. Durch die notorischen Blockierer Großbritannien, Irland, Schweden u.a. wollen sie sich jetzt nicht länger aufhalten lassen und werden Banken und andere Finanzmarktakteure dazu zwingen, ihren fairen Beitrag an den gesellschaftlichen Kosten der Krise zu leisten. Nach dem Europaparlament muss der Rat der verstärkten Zusammenarbeit noch zustimmen, bevor sich im letzten Schritt das Europaparlament und die teilnehmenden Länder im Rat über die genauen Modalitäten der Finanztransaktionssteuer einigen müssen.

Damit des Erfreulichen nicht genug: Inzwischen zeichnen sich auch Erfolge unserer Arbeit ab, die Kommission zu einer europäischen Antwort auf Steuerflucht und -hinterziehung zu treiben. In meinem von breiter Mehrheit getragenen Bericht zur Revision der Mutter-Tochter-Richtlinie vom Oktober 2011 habe ich Vorschläge gemacht, wie der internationalen Doppel-Nicht-Besteuerung von Konzerngewinnen Einhalt geboten werden kann<sup>(1)</sup>. Im darauf folgenden November habe ich den Kommissionspräsidenten Barroso bei seiner Anwesenheit in unserem Plenum gebeten: „Seien Sie mutig, legen Sie jetzt in der Krise ein neues Steuerpaket vor, und versuchen Sie damit,

den Druck auf die blockierenden Mitgliedstaaten zu erhöhen.“<sup>(2)</sup> Darauf folgte dann im April 2012 mit viel „Grünem Input“ eine Resolution des Europaparlaments.

Darin stehen klaren Positionierungen der Abgeordneten für das Ende des steuerlichen Bankgeheimnisses und ein Aktionsprogramm gegen aggressives Steuerdumping.<sup>(3)</sup>

Das Thema Steuerflucht und Steuerdumping zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Arbeit im Europaparlament und trägt jetzt Früchte:

Der nun vorgelegte Steuer-Aktionsplan ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsfähig. Die Definition von „Steuroasen“ der Kommission ist noch ausbaufähig. Es ist aber ein Fortschritt, dass es jetzt ein europäisches Dokument gibt, das klar benennt, was eine Steueroase ist.

Konkrete Sanktionen gegen Steuroasen ergeben sich aus der Definition allerdings noch nicht. Diese müssen jetzt in alle auf den Finanzmarkt bezogenen EU-Rechtsakte eingefügt und auch auf nationaler Ebene beschlossen werden. Der Kampf geht also weiter.<sup>(4)</sup>

Am 8. Dezember 2012 hat sich auch der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Grünen mit dem Thema beschäftigt. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten einen Beschluss, das Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat nicht zu ratifizieren, und stattdessen europaweit Steuroasen zu schließen und auch in Deutschland weitere Maßnahmen gegen Steuerflucht zu ergreifen.<sup>(5)</sup>

Ich freue mich, dass wir langsam kleine Fortschritte im Steuerbereich machen. Dass dieser Prozess trotz leerer öffentlicher Kassen so schwierig und langwierig ist, liegt auch an der Einstimmigkeit in Steuerfragen im Rat der Mitgliedsländer und der begrenzten Kompetenzen des Europaparlaments in diesem Politikfeld. Dieses Defizit

muss bei der nächsten Änderung der Europäischen Verträge angegangen werden. Solange werde ich weiterhin alles dafür geben, dass es trotz der prozeduralen Probleme zu einer gerechteren Steuerpolitik in und durch die EU kommen wird. Dabei sollten wir nicht naiv sein. Die Widerstände sind enorm. Die Finanztransaktionssteuer und effektive Maßnahmen gegen Steueroasen wird es in Europa nur geben, wenn der öffentliche Druck anhält.

#### *Anmerkungen*

- (1) Genauere Ausführungen zu meinem Bericht zur Revision der Mutter-Tochter-Richtlinie gibt es hier:  
<http://www.sven-giegold.de/2011/unternehmensbesteuerung-europaparlament-fordert-vom-rat-mindestbesteuerung-ausgeschutteter-unternehmensgewinne/>*
- (2) Mein Plenumsstatement vom 16.11.2011 zur economic governance der EU, mit Ausführungen zu Eurobonds, gemeinsamer Steuerpolitik und ökonomischen Ungleichgewichten kann man hier nachlesen: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//TEXT+CRE+20111116+ITEM-005+DOC+XML+V0//DE&language=DE&query=INTERV&detail=3-033-000>*
- (3) Meine ausführlicheren Kommentare zur Parlamentsresolution mit Forderung nach konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind hier nachzulesen:  
<http://www.sven-giegold.de/2012/aktionsprogramm-gegen-steuerflucht-unternehmensbesteuerung-harmonisieren-und-schlupflocher-schliessen/>*
- (4) Meine Kommentare zum Steuerflucht-Aktionsplan gibt es hier: <http://www.sven-giegold.de/2012/aktionsplan-gegen-steuerflucht-manahmenkatalog-noch-ausbaufahig/>*

(5) „Schweizer Sonderweg verhindern. Steuergerechtigkeit umfassend Geltung verschaffen“ – Beschluss der Nordrhein-Westfälischen Grünen:

[http://hagen2012.gruene-ldk.de/files/2012/03/ST-01\\_Schweizer\\_Sonderweg1.pdf](http://hagen2012.gruene-ldk.de/files/2012/03/ST-01_Schweizer_Sonderweg1.pdf)

Dazu meine Rede auf dem Landesparteitag: <http://www.sven-giegold.de/2012/ldk-antrag-zur-steuergerechtigkeit-schweizer-sonderweg-verhindern/>

Sven Giegold, geb. 1969, ist Wirtschaftswissenschaftler und Politiker. Er ist Mitbegründer von Attac-Deutschland, des Tax Justice Network und des Instituts Solidarische Moderne. Seit 2009 ist er Abgeordneter der Grünen



**Sven Giegold**

im Europäischen Parlament. Er gehört auch der Präsidentschaft des Ev. Kirchentags an.

## Armut im Alter

Von Christoph Butterwegge

**W**ährend der vergangenen Jahrzehnte galt Armut im Alter hierzulande eher als gesellschaftliche Randerscheinung. Jüngst ist sie jedoch wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Altersarmut droht uns schließlich nicht erst im Jahr 2030, ist also kein bloßes Zukunftsproblem, sondern existiert schon heute. Seit die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003 eingeführt wurde, hat sich die Zahl der älteren Menschen, die auf sie angewiesen sind, um rund zwei Drittel erhöht. 2011 waren es bereits über 436.000 Ältere, die Leistungen auf dem Hartz-IV-Niveau erhielten, ohne dadurch vor Armut geschützt zu sein. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass sich besonders ältere Menschen damit schwer tun, diese Transferleistung – früher hieß sie Fürsorge bzw. Sozialhilfe – zu beantragen, weil sie so stolz sind, weil sie sich schämen, weil sie den bürokratischen Aufwand scheuen oder weil sie irrtümlich den (bis zu einem Jahreseinkommen in

Höhe von 100.000 Euro ausgeschlossenen) Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder bzw. Enkel fürchten. Geht man davon aus, dass die sog. Dunkelziffer hoch ist, liegt die Zahl derjenigen Menschen, die im Alter auf Hartz-IV-Niveau (durchschnittlich 707 Euro pro Monat) leben, inzwischen deutlich über einer Million. Die Einkünfte von mehr als zwei Millionen Senior(inn)en fallen unter die „Armutsriskoschwelle“ der Europäischen Union (952 Euro). Kein Wunder, dass es immer mehr mehr Ruheständler gibt, die einen Minijob haben, darunter fast 120.000 Personen, die 75 Jahre oder älter sind!

Da die soziale Lage vieler Älterer zu dramatisch ist, um länger totgeschwiegen werden zu können, verweisen Regierungsparteien, Massenmedien und Wissenschaftler zur Rechtfertigung meist auf die demografische Entwicklung. Wenn die Gesellschaft insgesamt altert und immer mehr gesetzliche Renten über einen immer längeren Zeitraum gezahlt werden müssen, weil die Lebenserwartung der Ruheständler steigt, sind Abstriche scheinbar unausweichlich.

In Wirklichkeit ist die Höhe der Rente aber keine Frage der Biologie (Wie alt ist die Bevölkerung?), sondern eine Frage der Ökonomie (Wie groß ist der gesellschaftliche Reichtum?) und eine Frage der Politik („Wie wird der vermutlich weiter wachsende Reichtum auf die unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen verteilt?“).

Die amtierende Bundesregierung wollte drohende Altersarmut bekämpfen. Vorschläge dafür sollte eine Regierungskommission erarbeiten. An deren Stelle setzte Ursula von der Leyen einen „Regierungsdialog Rente“, der einseitig verlief, weil seine Ergebnisse im Kern von Anfang an feststanden: die „Zuschussrente“ (Anhebung der Rente bestimmter Gruppen von Geringverdienern), Minimalkorrekturen bei der Erwerbsminderungsrente und die „Kombirente“ (vorzeitiger Rentenbezug in Verbindung mit einem Teilzeitjob). Vervollständigt wurde das „Rentenpaket“ der Arbeits- und Sozialministerin durch eine (nicht konsequent zu Ende gedachte) Versicherungspflicht für Selbstständige, die Möglichkeit für Arbeitgeber, freiwillig zusätzliche Beiträge für ihre Beschäftigten in die Rentenkasse einzuzahlen, eine Geldspritze für Rehabilitationsmaßnahmen und die Absicht, Riester-Produkte transparenter und damit besser verkaufbar zu machen.

Auf der Sitzung des Koalitionsausschusses am 4. November 2012 wurde die „Lebensleistungsrente“ aus der Taufe gehoben, ohne dass ihre Rahmenbedingungen geklärt und ein Finanzierungskonzept beschlossen worden wäre. Das Beste daran ist noch der Name. Mit einer Stärkung der Alterssicherung, mit Lebensstandardsicherung oder mit Armutsbekämpfung hat die flickwerkartige Rentenpolitik von CDU, CSU und FDP aber nichts zu tun. Denn je größer

das Risiko ist, im Alter arm zu werden, umso weniger greifen ihre Instrumente. Selbst wer die hohen Zugangshürden überwindet, also den Rentenzuschuss bekommt, sieht einem entbehreungsreichen Ruhestand entgegen. Wer hingegen mangels Riester-Vorsorge keinen Anspruch auf die Lebensleistungsrente hat, kann selbst für die soziale Misere, in der er steckt, verantwortlich gemacht werden. Dabei verliert ein Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Alterssicherungssystem, welches Armut nach langjähriger Vollerwerbstätigkeit zulässt, nicht bloß an Rückhalt in der Bevölkerung, sondern auch seine Existenzberechtigung.

Hierzulande hat Altersarmut im Wesentlichen zwei Wurzeln: die Demontage des Sozialstaates im Allgemeinen und der gesetzlichen Rentenversicherung im Besonderen sowie die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Aufgrund der (Teil) Privatisierung des Alterssicherungssystems durch die mit den Namen von Walter Riester und Bert Rürup verbundenen Reformen (Senkung des Sicherungsniveaus vor Steuern durch Einführung sog. Dämpfungsfaktoren in die Rentenanpassungsformel „Riester-Treppe“, „Nachhaltigkeitsfaktor“ und „Nachholfaktor“) einerseits sowie der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen (Ausweitung des Niedriglohnsektors, Einführung der Mini- bzw. Midijobs, Zunahme von Leiharbeit und Zwangsteilzeit) andererseits verschiebt sich die Altersstruktur der Armutspopulation künftig noch stärker in Richtung der Senioren. Die schrittweise Anhebung des Rentenzugangsalters auf 67 Jahre und dadurch vermehrt zu erwartende höhere Abschlüsse verstärken diesen Trend noch.

Um die Altersarmut zu verringern, ist ein ganzes Maßnahmenbündel nötig: Genannt seien nur die Streichung aller Kürzungsfaktoren aus der Rentenanpassungs-

formel und die Erhöhung der Grundsicherung im Alter auf mindestens 500 Euro plus Miet- und Heizkosten. Um künftigen Rentnern einen armutsfreien Ruhestand zu ermöglichen, wäre die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde nötig, denn Erwerbsarmut führt längerfristig zu Altersarmut. Weiterhin müsste die Bundesagentur für Arbeit für Hartz-IV-Bezieher wieder Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung abführen. Durch die Einbeziehung von Selbständigen, Freiberuflern, Beamten, Abgeordneten und Ministern sowie die Einführung der Beitragspflicht für Kapitaleinkünfte, Mietentnahmen und Pächterlöse könnte die Renten- zu einer solidarischen Bürgerversiche-

rung erweitert und auf ein solides finanzielles Fundament gestellt werden.

*Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, lehrt seit 1998 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt ist sein Buch „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ (Campus Verlag, Frankfurt/M New York, 2. aktualisierte Auflage 2011) erschienen*



**Christoph Butterwegge**

## Zehn Jahre „Hartz IV“\*

Von Paul Schobel

Erhlich gesagt: Lieber hätte ich als Seelensorger an dieser Stelle einen Nachruf verfasst und „Hartz IV“ nach zehn Jahren tiefer gelegt. Doch das Gesetz für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ lebt und zappelt noch. In einem „Affenzack“ hat die damalige rot-grüne Koalition dieses Ding im Rahmen ihrer „Agenda 2010“ durch den Bundestag gepeitscht. Landläufig kommt dieses Gesetz unter dem Kürzel „Hartz IV“ daher, denn es scheint fast schicksalhaft mit dem Namen seines Erfinders, des später ins Zwie- bzw. Rotlicht geratenen ehemaligen VW-Managers verbunden. Das mag ein Schönheitsfehler sein. Gravierender, dass „Hartz IV“ mit heißer Nadel gestrickt zum Beschäftigungsprogramm für die Sozialgerichte geworden ist. Sie werden von einer Klageflut ohnegleichen überschwemmt. In den meisten Fällen bekommen übrigens die Kläger Recht.

Die Betroffenen haben wenig Grund zum Feiern. Wer den Antrag stellt, gerät sofort unter eine Art Generalverdacht, die anhaltende Dauer der Arbeitslosigkeit selbst verschuldet zu haben. Das trifft den Nerv von Langzeitarbeitslosen, die sich viele Male vergeblich um einen neuen Arbeitsplatz bemüht haben. So lastet eine schwere Schleppe des Misstrauens über den Beziehungen zwischen den „Klienten“ und ihren „Fallmanagern“. Schon dieses menschenverachtende neo-liberale Kauderwelsch verrät den Geist bzw. den Ungeist dieses Gesetzes, man müsse Erwerbslosen nur Beine machen. Das ist beleidigend, denn die meisten von ihnen haben keinen sehnlicheren Wunsch, als endlich wieder in Arbeit zu kommen!

Schon die Antragstellung mit einem Monstrum von Formular wird zur Schikane, die ohne Hilfe kaum zu meistern ist. Das Amtsdeutsch ist selbst den Eingeborenen kaum verständlich, um wie viel schwerer tun sich dann jene mit „Migrationshinter-

grund“. Und dann geht's bekanntlich zur Sache. Jedes halbe Jahr ist aufs Neue eine Art „Offenbarungseid“ zu leisten, die schonungslose Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Da kommt Freude auf, wenn in einer „Bedarfsgemeinschaft“ der Rentenbescheid der Oma, die Verdienstbescheinigung des Partners, der Partnerin auf den Tisch gelegt und Sparbücher und Versicherungspolice aufgeblickt werden müssen, den Familienschmuck nicht zu vergessen! Manchmal klingelt auch ungebetener Besuch an der Wohnungstür: Amtliche Fahnder schnüffeln in Schlaf- und Badezimmern herum, um heimliche Paar-Beziehungen aufzudecken.

„Hartz IV“ bestraft bekanntlich all jene, die jahrelang vorgesorgt haben und etwas zur Seite legen konnten. Im Rahmen der gesetzlichen Freibeträge ist jedes Vermögen erst zu „verwerten“, bevor es zum „Leistungsbezug“ kommt. Die Regelsätze decken kaum den täglichen Bedarf. Aus ihnen sind sogar noch Rücklagen zu bilden für anfallende Sonderausgaben. Ohne Tafelläden, Kleiderstuben und Möbelhallen wären „die Hartzler“ schnell aufgeschmissen. Für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Kultur sind wöchentlich grade mal ein paar müde Euros vorgesehen. Kein Wunder, dass sich die meisten Betroffenen abgeschrieben, verwaltet und auf niedrigstem Niveau ausgehalten fühlen.

Was sonst noch an Schrecken mit „Hartz IV“ verbunden ist, sei nur noch in Stichworten erwähnt: Jede Arbeit ist „zumutbar“ – auch unterhalb der beruflichen Qualifikation und der früheren Bezahlung. Wer nicht spürt, wird gesperrt. Die warme Wohnung muss „angemessen“ sein. Wer in den Ausgaben drüber liegt, zahlt drauf. Nun wurde auch noch der Rentenzuschuss gestrichen, damit ist noch mehr Altersarmut vorprogrammiert.

Als Seelsorger bedrücken mich nicht nur die unmittelbare materielle und seelische Not der „Leistungsempfänger“, sondern auch die gesellschaftlichen Auswirkungen dieses spalterischen Gesetzes. Es drangsaliert jene Menschen noch zusätzlich, die schwer genug an den Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit leiden. Ein Gesetz, das Menschen an den Rand oder gleich direkt in die Armut drückt, widerspricht elementar Buchstaben und Geist eines „sozialen Rechtsstaates“, den wir laut Verfassung immer noch sind.

„Hartz IV“ ist infolge der damit verbundenen Perspektivlosigkeit zu einem Schreckgespenst geworden. Denn was an „Förderung“ und Qualifizierung geboten wird, ist mehr als mangelhaft! Vermittelt wird allenfalls in prekäre Arbeit, Leiharbeit und Mini-Jobs. Damit wird der Werteverfall der Erwerbsarbeit noch beschleunigt. Die „Hartz-Gesetze“ sind schuld daran, dass sich ein schamloser Niedriglohnsektor in unserem Land herausbilden konnte, den die Regierenden nicht einmal mit einem Mindestlohn nach unten abzudichten gedenken: Arbeit auf Ramsch-Niveau.

Viele der „Hartz IV-Empfänger“ sind innerlich längst emigriert. Dieser Staat ist nicht mehr ihre Veranstaltung. Damit erweist sich „Hartz IV“ auch noch als extrem demokratiefeindlich. Nur eine solidarische und sozial befriedete Gesellschaft kann den Machenschaften an den Kapitalmärkten die Stirn bieten und sozusagen Pate stehen für ein soziales Europa und eine gerechte Welt.

Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbände sollten dieses ominöse „Jubiläum“ zum Anlass nehmen, um jetzt die Eckpunkte für ein neues Gesetz zu fixieren. Auf der Plattform des Vertrauens müsste es festmachen an der Würde der Person, am Wert der Arbeit, an der Bereitschaft der

Menschen, sich gesellschaftlich einzubringen. Freie Träger sollten verstärkt beauftragt und dafür ausgestattet werden, Erwerbslose über geeignete Maßnahmen zu begleiten, zu motivieren, zu beschäftigen und gerecht zu bezahlen. Erwerbslose gehören nicht an den Rand, sondern in die Mitte der Gesellschaft.

*\*In der Zeitschrift Publik Forum erschien am 24. August 2012, NR. 16, eine kurze Fassung dieses Artikels unter der Überschrift „Diktat der Angst.“. Wir danken für freundliche Erlaubnis des Drucks bei CuS.*

*Paul Schobel, 1939 in Rottweil geboren, Studium der Theologie und Philosophie in Tübingen und Innsbruck. 1963 Priesterweihe, Vikarsjahre in Böblingen und Wasseralfingen. Von 1966 bis 1972 Diözesankaplan der CAJ – Christliche Arbeiterjugend. 1973 bis 1993 Industriepfarrer im Raum Böblingen/Sindelfingen. Seit 1993 Leiter des Fachbereichs „Betriebsseelsorge“ in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.*



**Paul Schobel**

**Attac Deutschland, Frankfurt am Main, 6. Dezember 2012**

## Pressemitteilung

*\* Attac unterstützt Bündnis für menschenwürdiges Existenzminimum*

*\* Zusammenhang von Armut und globalen Entwicklungen ins Blickfeld rücken*

**E**in breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen hat am heutigen Donnerstag in Berlin seine Forderungen für die sofortige Einführung eines menschenwürdigen Existenzminimums vorgestellt. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac gehört dem Bündnis an und unterstützt seine Forderungen. „Jeder Mensch hat das Recht auf ein anständiges Leben. Das ist ein Menschenrecht, das man sich weder verdienen muss, noch verlieren kann“, sagte Werner Rätz vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Dieser grundsätzliche menschenrechtliche Standpunkt habe den Umgang von Attac mit der sozialen Frage von Beginn an geprägt.

Die nun erreichte Breite des Bündnisses, dem neben Erwerbslosen- und Sozialverbänden unter anderen auch der DGB, der BUND und Pro Asyl angehören, mache deutlich, dass diese Sichtweise in der Gesellschaft angekommen sei.

In seinem heute vorgelegten Forderungskatalog benennt das Bündnis detailliert die Defizite bestehender Regelungen bezüglich der Höhe, der Berechnungsweise und der besonderen Benachteiligung von Kindern sowie Asylbewerberinnen und -bewerbern. Letzteres hat auch das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen gerügt. Darüber hinaus benennt das Bündnis auch globale Aspekte. So kritisiert es eine „Armutsspirale, die von unfairen Erzeugerpreisen über Armutslöhne bis zu den aktuellen Regelsätzen“ reiche. Weltweit gingen damit Qualitätsverluste der Produkte, die Zerstörung natürlicher Ressourcen und regionaler Märkte hier und

in den Entwicklungsländern einher. „Als globalisierungskritisches Netzwerk finden wir es besonders wichtig, dass der Zusammenhang von Armut und globalen Entwicklungen endlich auch hierzulande ins Blickfeld rückt“, sagte Jutta Sundermann, ebenfalls Mitglied des Attac-Koordinierungskreises.

In einem weiter führenden 40-seitigen Papier betont das Bündnis unter anderem, dass eine Mindestsicherung für ihre Bezieherinnen und Bezieher verlässlich sein muss und fordert die Abschaffung von Sanktionen. Dazu Werner Rätz: „Das ganze derzeitige Verfahren der Jobcenter und Sozialämter ist für die Betroffenen entwürdigend und für diese Gesellschaft beschämend.“

Attac fordert ein Umsteuern der menschenverachtenden Agenda-Politik und die Abschaffung von Hartz IV. Das Netzwerk engagiert sich für ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle Menschen, eine solidarische Einfachsteuer auf Einkommen und Vermögen sowie eine solidarische Bürgerkrankenversicherung für alle. Die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe „Genug für alle“ tritt zudem für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein.

Weitere Informationen:

\* Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum: <http://www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/>

## Zur Kirchentagslosung Ex. 16,2–3, 11–18, 27–30

# „Jeder hatte gesammelt, soviel er zum Essen brauchte“

Von Reinhard Gaede

**W**üste. Sandige Flächen, heiße Steinfelder. Die Sonne brennt, kein Schatten. Die erhitzte Luft flirrt am Horizont. Hitze und Frost sprengen Steine. Sandstürme decken das Lebendige zu. Wüste – dort kämpft man ums Überleben. Wer durch die Wüste zieht, sucht Leben.

Wüste ist nicht nur ein geographischer Begriff. Wüste ist auch ein Bild für Zustände unserer Seele. Von Steinwüsten sprechen wir. Im öden Gewirr von Häusern wird der Mensch einsam. Wo Ruhezeiten fehlen, kein Raum für Gespräche ist, wo alles gleich aussieht und Gewohnheiten starr machen, geraten wir in die Wüste: Müde sich dahinschleppen ohne Richtung und Ziel, keine Zukunft sehen, gleichgültig und

stumpf nur betrachten, was in der Umgebung geschieht, wie betäubt unter einem Schlag, einem großen Verlust, einer Enttäuschung, einer Angst. Wüste – dort kämpft man ums Überleben, sucht Leben.

Und dann gibt es andere Wüsten. Absterbendes Leben durch unsichtbare Verwüstung. Flüsse und Seen, die umkippen, biologisch tot sind, Luft erfüllt von Schadstoffen, die Menschen krank machen, Boden, auf dem nichts mehr wachsen kann, Müllberge, von denen Gase aufsteigen und giftige Säuren rinnen, Gift für das Trinkwasser und für die Nahrung, ätzend für die Atmung. Absterbender Lebensraum – ganz nahe liegen Gefahren. Wüste – dort kämpft man ums Überleben, sucht Leben.

Das Volk Israel war in der Wüste. Davon erzählt eine alte Geschichte: Lesung Ex. 16,2–3–11–18, 27–30.

Der Weg durch die Wüste ist lang und mühselig. Vierzig Jahre zieht das Volk Israel – eine symbolische Zahl. So lange ein kämpferisches Leben schaffen kann. Lange, so lange man Proben und auch Anfechtung ertragen kann: Zunächst die Angst. Sie kommt ja unwillkürlich, wenn der Lebensraum eingeschränkt wird. Das Klagen und Schreien. Es bricht aus den Menschen heraus. Das ist gut. So werden sie sich ihrer Lage bewusst. Hunger und Durst, schwindender Lebensraum. Es muss besser werden.

Aber nun geschieht das, was die Wüste noch gefährlicher macht, als sie schon ist. In Not, Angst und Elend können wir unser Ziel verlieren. Das Ziel, deswegen wir aufgebrochen waren: Leben, das wir selbst bestimmen können, ohne Zwang, ein Leben in Freiheit. Ein Leben, in dem wir das tägliche Brot haben ohne ständige Angst, ein erfülltes Leben. Der Blick, der das Ziel verloren hat, geht zurück. Weißt du noch? Damals ... sagen wir und kramen in alten Photoalben. Plötzlich sind wir der Gegenwart entrückt. Der Blick ist verklärt. War nicht früher alles besser und schöner? Die Partner waren noch so aufmerksam, lasen uns die Wünsche von den Lippen ab. Die Kinder fügten sich ohne Widerspruch, waren ganz häuslich, immer da, wenn wir sie um uns haben wollten. Solche Kräfte hatten wir, und was wir uns vorgenommen hatten, gelang auch. Plötzlich sind wir der Gegenwart entrückt. Und eine Zukunft gibt es auch nicht mehr. Es sei denn die Wiederherstellung des Alten.

So erzählt auch unsere Geschichte. Die Sehnsucht wandert zurück. Die Geschichte hört sich jetzt ganz anders an. Nicht mehr „Sklaven-Haus Ägypten“, nicht mehr Arbeiten von Sklaven früh bis spät. Welche Erinnerungen sind jetzt verloren gegangen?! Es war doch ein Arbeiten nicht für einen selbst, sondern für die Herren, die immer

reicher wurden, während die Arbeitenden selbst kaum das Brot zum Überleben hatten, weder für sich, noch für die Familie. Und Aufmucken war verboten. Ja, die Todesstrafe drohte für Widerspruch und Weigerung. Gedächtnislücken. Jetzt sieht man's anders: „Fleischtöpfe Ägyptens“ seien es gewesen. Der verklärende Blick zurück sieht alles verzerrt. Er sucht ein Goldkörnchen und malt nur noch Gold. Auch alles Grau auf einmal in Gold. Befreiung erscheint jetzt als elendes Ding, das die Mühe nicht lohnt. Es zählt nur noch das, was im Moment entbehrt wird: Fleisch im Topf. Die Erzählung ist ganz realistisch: Armut kann Hoffnungslosigkeit, Depression, Resignation erzeugen. Die Vergangenheit wird vergoldet, damit man das Elend der Gegenwart verdrängt. „Die zufriedenen Knechte sind die größten Feinde der Freiheit“, sagte Marie von Ebner Eschenbach. Und wer ist Gott noch für Menschen, die murren? Nicht mehr der Befreier? Nein, der in die Irre führende, trügerische Versprechungen machende. „Wollte Gott, wir wären in Ägypten gestorben“, murrte Israel. Eine tote Gemeinde, ohne Gegenwart und Zukunft.

Man kann in der Wüste klaglos und stumm zugrunde gehen. Man kann aber auch aufbegehren wie Israel. In der Erkenntnis der Not, im Willen zum Leben. Nur wer schreit, kann Gehör finden. Ob wir auch schon so weit sind in unseren Wüsten, dass uns Nöte wirklich bewusst sind? Dass wir uns nicht mehr ablenken lassen von all dem Rummel, der gemacht wird, geschäftsmäßig und laut. Das wirklich Wichtige steht in der Zeitung manchmal auf der letzten Seite, klein gedruckt und schwer verständlich. Entscheiden wir noch über Planungen in unserm Lebensraum? Oder sagen wir still und bitter: Lass die da oben machen, wir können doch nichts ändern? Nur wer schreit, findet Gehör.

Nur wer seine Probleme aussprechen kann, findet Helfer(innen) auf der Suche nach Auswegen.

Das Volk schreit. Und Gott hört. So erzählt die Geschichte. Das ist ja nicht selbstverständlich. Es sind ja Verbitterte, die schreien. Und Sündenböcke suchen sie. Schieben eigene Verantwortung ab. Wollen vergangene gemeinsame Beschlüsse nicht mehr wahr haben. Machen zwei aus ihrer Mitte für das Elend verantwortlich. Und Gott indirekt, unausgesprochen auch. Undankbar, ungerecht und resigniert sind sie. Und doch – Gott hört. Und er hilft. Ganz anders, als man denkt.

Unsere Wünsche werden oft formuliert wie im Märchen: „Tischlein deck dich, Esel steck dich, Knüppel aus dem Sack!“ D.h. Das Beste zum Essen, das Beste zum Trinken für uns und den Knüppel für den, der uns etwas wegnehmen will. Aber die Erfahrungen, die Gott vermittelt, beziehen sich nicht auf Genuss, bei dem man Zuschauer nicht gebrauchen kann. Die Wüste wird nicht weggezaubert wie im Märchen Tausend und eine Nacht. Die schreckliche Wüste ist noch da. Aber durch Gottes rettende Tat verliert sie ihren Schrecken. Im Todesraum beginnt neues Leben. Leben als Gabe und Geschenk. Gott weiß, dass Essen und Trinken zum Leben gehören. Und deshalb antwortet er auf die freche Klage mit einer reichen Gabe. Eigentlich ist es sein Wort, das zeigt: Die Wüste lebt. Ihr findet Leben in der Wüste. Sein Wort deckt ihnen den Tisch. Und hinter dem Wort ist er selbst, dessen Herrlichkeit sichtbar werden soll. Obwohl er unsichtbar ist – doch gegenwärtig. Obwohl es so scheint, als siegten immer die größten und best-gerüsteten Armeen, ist er da bei den Verzweifelten und Armen. Er ist der Gott für die kleinen Leute. Der Gott für die Menschen, um die er bangt, dass sie nicht verloren gehen.

Kein unbeweglich thronender Gott Auch in die Wüste hinein ein helfender Gott, der die Oase Elim finden lässt mit 12 Quellen und 17 Palmen mitten in der Wüste. Der zeigt, dass die Wüste lebt und man in der Wüste leben kann.

Zur Rettung seines Volkes bedient sich Gott des natürlichen Geschehens. Vielleicht ernüchternd. Es ist natürlich. Was der Mensch in der Natur vorfindet, dient ihm. Oder ist es doch eine neue Erfahrung? Die Natur ist nicht fremd und feindlich, nicht übermächtig bedrohend. Aber auch nicht tot wie ein Objekt für den Menschen, der rechnet in Festmetern Holz und Quadratmeter-Preisen für Gelände. Das Wunder Gottes geschieht so, dass Menschen als Lebewesen in Gottes Schöpfung bewahrt werden. Weil alles Leben Symbiose ist, miteinander lebt in Gottes Schöpfung, darf auch das Volk in der Wüste Nahrung finden und somit Leben.

„Jeder hatte gesammelt, soviel er zum Essen brauchte.“ (Ex 16,18)

Manna hatte jede(r) gesammelt. Manna gibt es tatsächlich noch heute im Inneren der Halbinsel Sinai. Es sieht aus wie ein Tropfen und hängt an den Blättern eines Strauches oder Baumes, der Tamariske heißt. Es entsteht unter dem Stich einer Schildlaus, fällt von den Blättern auf den Boden, verhältnismäßig hart von der Nachtkühle, aber zerfließend in der Sonne. Deshalb wird es am frühen Morgen gesammelt, eine süße Nahrung dort, wo es sonst kaum etwas gibt. Desgleichen die Wachteln abends. Zugvögel fliegen vom Mittelmeer her und zurück, brüten in der Sinaiwüste, fliegen niedrig und sind leicht zu haschen. Fleisch und Manna in der Wüste. Im täglichen Sammeln wird das Volk in der Erfahrung bestärkt: „Jeder hatte gesammelt, soviel er zum Essen brauchte.“ Der Schöpfer erhält auch unser Leben. Wir dürfen ihm vertrauen.

Musik tut jetzt gut. Aber lassen wir die Geschichte noch näher an uns heran, lassen wir sie in unsern Lebensraum sprechen. Auch wenn es ungemütlich wird. 3,5 Liter Manna sammelte jede(r) aus Israel. D.h. dort muss doch eine relativ große Zahl von Tamariskenbäumen gestanden haben. Das ist heute nicht mehr so. Die Wüste ist noch trockener geworden. So wie alle Wüsten in der Welt zunehmen. Ist das nicht schlimm?! Gott lässt den Menschen leben, sogar noch in der Wüste. Aber ständig vergrößern sich die Wüsten durch Eingriffe des Menschen in den Haushalt der Schöpfung. Wenn wir das sehen, merken wir, es genügt nicht, den Schöpfer im Gottesdienst zu loben. Hinzukommen muss die praktische Ehrfurcht vor ihm und seinem Werk, die Gottes Gaben erhält und verhütet, dass sie verdorben und vergiftet werden. Es geht um jeden Baum und jeden Bach.

Manna ließ sich nicht aufbewahren. Das hieß: „Jeder hatte gesammelt, soviel er zum Essen brauchte.“ Aber jeden Tag musste neu gesammelt werden. Jeden Tag musste man neu auf Gottes Güte vertrauen. Ein Rabbi erklärte die Geschichte so: Es ist wie bei einem König und seinem Sohn. Zuerst gab der König den Unterhalt für ein ganzes Jahr im Voraus. Da dauerte es auch ein ganzes Jahr, bis der Sohn wiederkam, seinen Vater zu besuchen. Daraufhin änderte der König sein Verhalten. Er gab ihm sein Essen täglich. Gott wollte also täglich um das Manna gebeten sein, lehrte der Rabbi.

Nun, wir haben anscheinend das Problem der Vorratshaltung gelöst. Doch nur scheinbar. Den Überschüssen an Nahrung steht gegenüber die Gefährdung der Lebensgrundlagen. Wenn Wasser, Luft und Boden immer mehr belastet werden, nutzt uns Vorratshaltung nichts mehr. Nahrungsmittel-Skandale ohne Ende? Hängen die vielen Sünden im Umwelt-Bereich nicht damit

zusammen, dass Menschen nicht täglich „das Angesicht des Vaters begrüßen?“ wie der Rabbi sich ausdrückte. D.h. der Zustand unseres Lebensraums sagt auch viel darüber aus, wie wir Gottesdienst feiern. Ob unser Gottesdienst noch als Orientierung für das Leben beachtet wird.

Eigentlich leben alle Christen und Christinnen mit dieser Geschichte vom Manna. Ein altes Mütterchen berichtet: Damals auf der Flucht gab es einen Augenblick, da wusste sie nicht mehr ein noch aus, nicht, wie sie die Kinder ernähren sollte. Da entdeckte sie den großen Ring von Pilzen im Wald. Und so beendete sie ihre Geschichte: „Da sah ich die Herrlichkeit Gottes.“ Und Dietrich Bonhoeffer sagte: „Wie mit dem Manna, so ist es auch mit dem Glauben. Entweder wir empfangen ihn täglich neu, oder er wird faul ... Es ist an jedem Morgen ein neuer Kampf durch allen Unglauben, durch allen Kleinglauben, durch alle Unwahrheit und Verworrenheit, durch alle Furchtsamkeit und Ungewissheit zum Glauben hindurch zu stoßen.“

Die biblische Rettungsgeschichte endet in der Feier des Ruhetags. Das Ruhen und das Feiern gehört zur Welt – nach dem Zeugnis der Bibel – so wie das Leben der Menschen im Kreis von Tieren und Pflanzen. Der Gott, der täglich gebeten werden will nach den Worten Jesu „Unser täglich Brot gib uns heute!“ will, dass die Menschen feiern an seinem Tag. Aus dem alten Bund klingt die Erinnerung: Gut am Samstagabend in Ruhe zu bedenken: Gott ruht von seinen Werken. Also auch der Mensch. Aus dem Alten Bund entsteht der Sonntag. Ein kleiner Ostertag, der die Auferstehung Christi feiert, seinen Sieg über Tod, Gewalt und Bosheit, Grund zur Fröhlichkeit des Lebens. Der Tag, an dem immer wieder das Abendmahl/die Eucharistie angeboten wird. Brot und Wein, Zeichen der Gegen-

wart Gottes, seiner Vergebung, seiner Liebe, seiner Einladung zu seinem Reich. Der Zug, der einst durch die Wüste ging, soll enden in seinem Reich: Wo Gott selbst den

Tisch deckt, so dass jede(r) genug hat, „soviel er/sie zum Essen braucht“, wo Freude ist, statt Leid und Erfüllung, statt Bitterkeit.

## **Betreuung für Seeleute an Bord – Gastlichkeit bei Duckdalben**

*Von Gudrun Müller*

**E**inmal in der Woche, meistens am Donnerstag, fahre ich früh am Morgen zu Gruner & Jahr, wo mir dankenswerterweise mehrere „Morgenpost“-Exemplare zur Verfügung gestellt werden.

Dann fahre ich weiter zum „Duckdalben“, dem Seemannsclub der deutschen Seemannsmission im Freihafen bei den Containerterminals.

Dort drucke ich Internetzeitschriften in verschiedenen Landessprachen aus, philippinische in tagalog, russische und ukrainische in kyrillisch, polnische, mitunter rumänische, spanische und indische.

In der Bibliothek finde ich „Lass fallen Anker“ von der deutschen Seemannsmission und weitere deutsche Fachzeitschriften.

Mit diesem Papierberg und mit prepaid Telefonkarten, mit denen die Seeleute preisgünstig von ihrem Mobiltelefon telefonieren können, steige ich in einen der vier VW-Busse mit Rundum-Leuchte auf dem Dach.

Nach Anmeldung am Gate darf ich mit dem Bus über das Containerterminal Burchardt-Kai fahren und die Seeleute auf den Schiffen besuchen.

Sie freuen sich über die aktuellen Zeitschriften, brauchen mitunter dringend die Telefonkarten. Bei einem Salair von ca. 800,- bis 1000,- Dollar im Monat können sie nicht über Satellit telefonieren (ca. 2,- Euro die Minute).

Viele von ihnen kennen den Seemannsclub bereits und bezeichnen ihn als zweite Heimat.

Die Liegezeiten betragen aber manchmal so wenige Stunden, unterbrochen von Verholten (d.h. das Schiff an eine andere Stelle bringen) zwischen den Terminals, dass sie nicht dorthin gelangen können.

Wenn ich es schaffe, in der Pause an Bord zu sein, nehmen sie gern die Gelegenheit zu einem Privatgespräch wahr, erzählen von ihrer Familie, wir sprechen über „Gott und die Welt“, über Sport, den deutschen Papst, unsere schöne Stadt Hamburg und aktuelle Ereignisse, über Häfen, die wir gemeinsam kennen (als Kapitänsfrau bin ich bis zum Tod meines Mannes viel auf Containerfrachtern mit um die ganze Welt gefahren und kenne das Seemannsleben, seine Schönheiten und Schwierigkeiten).

Wenn ein Seemann uns von beruflichen oder gesundheitlichen Problemen erzählt, informiere ich, wenn er es wünscht, Stellen, die ihm helfen können.

Mein hauptamtlicher Kollege musste für ein indisches Schiff einen katholischen Priester und eine Nonne herbeischaffen, die alle Räume des Schiffes und die ganze Besatzung segnen sollten und einen Klopfgest austrieben. Lachen Sie bitte nicht! Wenn man bis zu zehn Monaten auf einem Schiff fast eingesperrt lebt, verändern sich die Wahrnehmungen.

Meist bleibe ich aber nur wenige Minuten

auf einem Schiff, weil die ganze Crew und die Schiffsleitung immer „unter Dampf“ sind.

Wenn ich zum Schluss den Bus abgebe, bin ich meist erfüllt, erfreut, bewegt, überrascht und dankbar über die Vielfalt an Begegnungen, habe das Gefühl, den Seeleuten einen Gefallen getan zu haben, aber auch selbst bereichert worden zu sein.

Kommen Sie gern einmal in den Seemannsclub Duckdalben in Hamburg Waltershof beim Containerterminal Eurogate! Von 10.00 h bis 22.30 h ist er täglich geöffnet.

Mit den Bussen werden die Seeleute auch von entfernt liegenden Hafenbecken geholt und zu ihrem Schiff zurückgebracht.

Gucken Sie diskret zu den 15 Telefonboxen, wo meist die Drähte nach Hause glühen oder zu den 8 Computerplätzen mit Internetanschluss! Inzwischen verfügt der Club auch über Wireless Lan, sodass die Seeleute über Skype beim Telefonieren auch ihre Lieben sehen können,

Im Billard- oder im Tischtennisraum kann man mit Kollegen spielen, in der Bar, in der Bibliothek im Wintergarten, in den grünen Lauben draußen kann man gemütlich sitzen, etwas trinken und sich unterhalten, am Kiosk Kleinigkeiten kaufen.

Etwas Besonders ist der Raum der Stille im ersten Stock.

Acht Altäre der Weltreligionen sind an den Wänden aufgereiht und laden zu ruhigen Minuten oder zu einem Gebet ein.

Wenn die Tür geschlossen ist und Schuhe davor stehen, wissen wir, dass ein Seemann im Zwiegespräch mit seinem Schöpfer oder seiner fernen Familie ist, an die er denkt.

Es ist egal, wie er seinen Gott nennt. Wir empfangen jeden Gast freundlich.

Besonders jetzt zur Weihnachtszeit suchen viele bei uns Halt, Gesellschaft, ein wenig Weihnachtsduft- und gefühl.

*Ich bin ein vielseitig zu begeisternder Mensch, arbeite seit 1990 als Stadtführerin, bin seit dem Tod meines Mannes, den ich zuvor oft auf seinen Seereisen als Kapitän auf Containerfrachtern begleitet habe, seit 2001 als ehrenamtliche Bordbetreuerin im Hafen, sportlich bin ich das ganze Jahr über, solange die Gewässer eisfrei sind, auf europäischen Gewässern mit meinem Kajak und Mitgliedern des ETV-Kanu-Clubs unterwegs, nur zu angenehmem Wetter per Fahrrad. Fast täglich habe ich mindestens Telefonkontakt zu meiner Familie, zwei erwachsenen Kindern (Tochter und Sohn), Schwester, Nichten usw., daneben bleibt zum Glück noch Zeit für Bücher, Konzert und Theater, Ich bin Jahrgang 1947, wohne Grandweg 94 a/22529 Hamburg.*



**Gudrun Müller**

## Die Veddel und die Immanuelkirchengemeinde

Von *Anneke Ihlenfeldt*

**D**ie Veddel ist eine kleine Elbinsel im Süden der Metropole Hamburg, sie wird auf zwei Seiten von der

Elbe begrenzt, auf den anderen Seiten von den S- und Eisenbahnschienen und der Autobahn und hat sich damit trotz der recht zentralen Lage innerhalb Hamburgs stets eine Insellage erhalten. Der

„Süden“ also alle Stadtteile, die südlich der Elbe liegen, ist in der Wahrnehmung der Hamburger nur Peripherie, so kommt es dazu, dass Stadtteile wie Wilhelmsburg und Harburg, auch von der Politik eher zweitrangig betrachtet werden. Erst im Vorlauf des 2004 von der Hamburger Handelskammer entworfenen Stadtentwicklungskonzept namens „Sprung über die Elbe“ erlangte die Veddel quasi als „Brückenkopf“ dieses Sprunges neue Aufmerksamkeit.

Zuvor, zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der fortschreitenden Industrialisierung, wurde die ehemalige Gartenstadt, die in Nähe des Hamburger Freihafen liegt, als Arbeiterquartier aus- und umgebaut. Die in dieser Zeit entstandenen Arbeiterwohnungen waren recht modern – sie verfügten über einen Ofen in jedem Zimmer und eigene sanitäre Anlagen – und wurden vorwiegend von Hafenarbeitern bewohnt. Diesen Arbeitern war trotz dieser fortschrittlichen Maßnahmen Not und Armut kein Fremdwort. Politisch hat sich daraus eine emanzipierte und kämpferische Arbeiterschaft entwickelt, die in den 20er Jahren und im Faschismus entsprechend verfolgt wurde.

Im Zweiten Weltkrieg wurden die Menschen der Veddel Opfer der Alliierten Gegenangriffe. Auch der Hamburger Feuersturm 1944, der den angrenzenden Stadtteil Hammerbrook und das dort angesiedelte Kleinbürgertum Hamburgs fast gänzlich zerstörte, wütete auf der Veddel, sodass die 1905 erbaute neogotische Kirche gänzlich zerstört wurde und die Christen (katholische wie evangelische) auf der Veddel sich etwa 10 Jahre lang eine Notkirche auf dem Gelände der angrenzenden Auswandererhallen teilen mussten.

Nach Kriegsende haben die überlebenden Veddeler und die zugezogenen Flücht-

linge das Kirchgebäude überwiegend aus eigenen Mitteln neu errichtet. Im Zuge des so genannten Wirtschaftswunders und des darauf folgenden wirtschaftlichen Aufschwungs wurde die Veddel wegen des großen Arbeitskraftmangels einem massiven demographischen Wandel unterzogen: Die Arbeiter deutscher Staatsangehörigkeit verdienten besser und stiegen gesellschaftlich auf, was auch bedeutete, dass sie von der Veddel und seinen Hochhäusern weggezogen. Die neuen Arbeitskräfte aus dem Ausland rückten nach im Hafen und in der Kupfer verarbeitenden Industrie, die sich auf der Veddel ansiedelte. Die Veddel blieb, was sie war: ein durch Armut, harte Arbeit und inzwischen durch Arbeitslosigkeit geprägter Stadtteil.

Auch heute noch sind der Hafen und die Norddeutsche Affinerie die größten Arbeitgeber für die Menschen auf der Veddel. Jedoch lange nicht für alle.

Die aktuellen Zahlen vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein sprechen für sich: Von den ca. 5000 Einwohnern ist ein hoher Anteil Hartz-IV-Empfänger, der infolge der 2009er Wirtschafts- und Finanzkrise ungewöhnlich stark um 2,3% angestiegen ist. 70% der Einwohner haben einen Migrationshintergrund und kommen dabei hauptsächlich aus nicht christlich geprägten Ländern. Sie sind insofern Umfeld, aber nicht Mitglieder der Kirchengemeinde.

Ein Gang über die öffentlichen Plätze offenbart ein recht trostloses Bild: Hier sitzen tagsüber beschäftigungslose Jugendliche und dem Alkoholismus verfallene Männer und Frauen. So zeigt sich Armut öffentlich und – das mag die Veddel von anderen Stadtteilen unterscheiden. Armut kann hier kaum verschämt verschwiegen werden oder sich hinter bürgerlichen Fassaden verstecken. Pastor Ulfert Sterz, seit

Frühjahr 2011 mit einer halben Stelle Pastor auf der Veddel, berichtet von weiteren, erschreckenden Auswirkungen der Armut, insbesondere bei Kindern des Kindergartens, die teilweise gravierend fehl- und mangelernährt sind.

Inmitten der Veddel steht die Immanuelkirche als einziges freistehendes Gebäude mit angeschlossenem Kindergarten und dem Pastorat. Armut und Armutslinderung machten einen großen Teil der Arbeit der Immanuelkirchengemeinde Veddel aus. Für im engeren Sinne diakonische und soziale Aufgaben werden von der 800 Seelen zählenden Gemeinde jeden Monat ca. 3200 Euro aufgewendet. Davon je 1200 Euro für den Sozialfonds und für eine „Veddeler Abendbrot“ genannte Einrichtung, bei der alle Gäste gemeinsam einmal in der Woche ein selbst zubereitetes, warmes Abendbrot einnehmen können. Die etwa 30 Gäste kommen hier nicht nur wegen des günstigen Essens, sondern auch wegen der Gemeinschaft, die einer der schlimmsten Folgen von Armut entgegenwirkt, der sozialen Verarmung durch Isolation. Diese Einrichtung ist dadurch bedroht, dass ein Großsponsor vermutlich infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise seine Unterstützung eingestellt hat. Die Situation belastet das Organistorenteam, da die einzelnen Mitglieder selbst dieser Form von Unterstützung bedürfen. So bildet das Team eine Interessengemeinschaft. Der Gemeinde stehen zudem größere Sanierungs- und Baumaßnahmen bevor, die eine große finanzielle Belastung bedeuten. Auch wenn große (finanzielle) Sorgen Gemeinde und Pastor belasten, machen das Selbstverständnis als Gemeinde und Gemeinschaft Hoffnung sowie eine gewisse aufmüpfige Mentalität der Veddeler, mit der sich Aktive des Stadtteils und der Gemeinde weigern, als bloße Almosenemp-

fänger verstanden zu werden. Weiterhin ist das Kirchgebäude gottesdienstliche Heimat für zwei weitere Gemeinden: eine pentekostale-charismatische Gemeinde, die fast ausschließlich aus Ghanaern besteht und deren Gottesdienstsprache englisch ist, und eine persische Gemeinde. Die Zusammenarbeit mit diesen Gemeinden beschränkt sich auf einen gemeinsamen Pfingstgottesdienst im Jahr.

Die evangelisch-lutherische Gottesdienstgemeinde besteht aus etwa 15-20 Personen, die sehr regelmäßig den Gottesdienst besuchen und sich in diesem Rahmen gut kennen. Hier spiegelt sich im sehr kleinen Rahmen die Gemeinde wieder: ein paar Studierende, ein Mann aus Togo, eine Frau aus Ghana, Gäste und Organisatoren des Veddeler Abendbrots, einige Mitglieder der „Linken“, alte Veddlerinnen, die mit den Flüchtlingsströmen nach Kriegsende auf die Veddel gekommen sind, der ein oder die andere Obdachlose mit „Fahne“. Auf den ersten Blick ist diese Gemeinschaft kulturell und von der Altersstruktur sehr heterogen, jedoch eint sie (neben anderen) die Erfahrung von existentieller Bedrohung und auch, diese immer wieder überwunden zu haben.

Sie versammelt sich in einem Kirchraum, der durch seine Schlichtheit und freundliche Helligkeit geprägt ist: helle Holzbänke und eine nicht zu hohe Holzdecke, ansonsten weiße Wände. Die sehr niedrige Holzkanzel mit naturalistischen Schnitzereien und der Inschrift „Immanuel“ ermöglicht dem Prediger, der Predigerin eine Kommunikation fast auf Augenhöhe. Das Altarbild – 1954 von Robert Lierhart gestaltet – stellt deckenhoch einen segnenden Jesus in Grauschattierungen dar, der den Kreuzigten auf dem Altar fast unsichtbar macht. Das Fehlen der Male deutet daraufhin, dass es sich um einen evangeli-

schen und noch nicht auferstandenen Jesus handelt, der hier den Segen spendet.

Gibt es eine „theologische Grundaussage“ eines Raumes, so repräsentiert dieser Kirchinnenraum den Segen des Christus,

der der Gemeinde, die sich immer wieder unter ihm versammelt, Hoffnung gibt. Gleichzeitig erinnert die mehrmalige Nennung des Namens „Immanuel“ die Gemeinde daran, dass Gott mitten unter den Versammelten ist.

### ***Predigt über Markus 10,17–27\****

# **Brüderlich und schwesterlich teilen und miteinander leben**

*Von Anneke Ihlenfeldt*

Liebe Gemeinde!

Vor einigen Tagen haben die 10-jährige Lelia, die 5-jährige Maria und ich den Himmel herbei geträumt und dabei so angefangen:

Was würden wir machen, wenn wir im Lotto gewinnen würden? Lelia, die 10-jährige, weiß genau, was sie haben möchte: ein großes Haus und viel Platz, vor allem für ihre Hobbys. Sie möchte Klavier spielen und ein Studio für Modedesign haben. Vielleicht auch einen Abenteuerspielplatz und ein „Snow Dome“ zum Skifahren. Und ganz viel Urlaub, irgendwo. Über diesen schwärmerischen Plänen wird das Essen kalt.

Lassen Sie uns das Gleiche machen, lassen Sie uns träumen! Was wäre, wenn? ... Was wäre, wenn Sie und ich so reich wären wie der Mann aus der Geschichte? Wenn wir uns keine Gedanken machen müssten, woher das Geld für Essen, Wohnung und die 10 Euro für den Arztbesuch herkommen? Wenn wir uns beim Öffnen unserer Briefe nicht vor der nächsten unbezahlbaren Forderung fürchten müssten? Wenn uns der Existenzkampf nicht krank und engherzig machen würde? Wenn uns Armut

nicht mehr mit Isolation bedrohen würde? Was wäre also, wenn wir uns um Geld keine Sorgen mehr machen müssten?

Oder in unserer Gemeinde:

Was wäre, wenn wir uns keine Gedanken machen müssten, wie wir die nächste Renovierung bezahlen? Wenn wir für unseren Kindergarten alles anschaffen könnten, was wir wollten? Wenn die Finanzierung des Veddelers Abendbrots nicht auf der Kippe stehen würde? Oder: Was wäre, wenn diese Einrichtung einfach nicht mehr nötig wäre?

Sie sehen: Ob als Einzelne oder als Gemeinde: Reich sind wir hauptsächlich an Träumen. Vieles wäre zu verbessern. Und da geht es erstmal nicht um die Frage, wie wir das ewige Leben erlangen, sondern darum, wie wir täglich überleben.

Und so leid es mir tut als Christin und Predigerin am heutigen Tag: Der Tisch des Veddelers Abendbrots und das Dach der Kirche decken sich leider nicht durch die 10 Gebote. Auch nicht dadurch, dass jede und jeder einzelne „Lust hat am Gesetz Gottes“, wie wir es vorhin im Psalm gebetet haben.

Wenn ich mich in unserer Gemeinde umhöre und -sehe, kann ich nur eins sagen: Viele der anstehenden Verbesserungen

brauchen keine ideelle Größe, kein Gebot und goldene Lebensregel. „Eines fehlt Dir“, sagt Jesus zu dem reichen Mann. Wir können sagen: „Ja, das, was fehlt, ist das nötige Kleingeld.“

An dieser Stelle wird deutlich:

Wenn Jesus zu diesem sagt: „Gehe hin und verkaufe alles, was Du hast, und gib's den Armen“, dann ist das keine Forderung an uns, das gleiche zu tun (Ganz ehrlich, viel würde da wohl nicht zusammen kommen). Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mich verstört diese Geschichte dennoch.

„Eines fehlt dir“, sagt Jesus und dann die radikale Forderung: Verkaufe, was Du hast!

Dies nebenbei: Ich nehme es dem Reichen ab, dass er ernsthaft nach dem ewigen Leben sucht. Was genau fehlt dem Reichen aber? Und infolge dessen: Was genau verlangt Jesus eigentlich damit von ihm? Jesus sagt ihm nicht: Lebe arm! Was willst Du mit dem weltlichen Tand?! Besitz bedeutet nichts für den, der das ewige Leben ererben will. Jesus geht es hierbei nicht um asketisches Leben oder um eine Armutsideologie, die von den Menschen eine Abwendung von den „weltlichen“ Dingen verlangt und darunter versteht, sich aus gesellschaftlichen Bindungen zu lösen.

Ganz im Gegenteil: Jesus misst dem Besitz hier durchaus einen Wert zu. Er sagt nämlich: „Verkaufe, was du hast und gib es den Armen.“ Und das ist die entscheidende Wendung: Der Besitz bekommt seinen Wert nur dadurch, dass er geteilt wird. Dass er ganz konkret einem Zweck zugeführt wird. Es geht einerseits um die Linderung von Armut. Wir können davon ausgehen, dass der Reiche, wenn er die Gebote befolgt, durchaus mildtätig ist. Er wird den zehnten Teil den Armen geben.

Den zehnten Teil. Das ist nicht wenig. Aber es ist nicht alles.

Alles wegzugeben – so wie es Jesus verlangt – bedeutet mehr als nur Mildtätigkeit. Alles wegzugeben, bedeutet, dass der Reiche seine Haltung verändern muss. Und dann wird ihm einiges fehlen:

Er ist dann nicht mehr „reich“. Es gibt für ihn keine Privilegien mehr, die ihm durch seinen Besitz entstehen. Dann gibt es keinen Unterschied mehr zwischen ihm und den „Armen“. Er ist gleich mit den Armen. Das erhebt ihn und die so genannten Armen zur Menschlichkeit. Dabei gibt es keinen edlen Spender und keinen demütigen Empfänger mehr. Geteilt wird, weil der Mensch dem Menschen Bruder oder Schwester ist.

„Eins fehlt Dir“, sagt Jesus und meint er genau das: Das Erfüllen der Gebote macht dich nicht erfüllt. Dir fehlt, nicht geteilt zu haben. Dir fehlt, dass du dich nicht als Gleicher verstehst. Es gibt einen Mangel, der nur dadurch behoben werden kann, dass Du dein Verständnis von dir änderst, aber auch von dem, was du „ewiges Leben“ nennt. Zum Reich Gottes fehlt es dir an Geschwisterlichkeit. Heute würde man sagen: Dir fehlt es an Solidarität. An selbst geübter und selbst geteilter Solidarität.

Zurück zu Lelia und Maria: Während die 10jährige und ich träumen, beteiligt sich Maria nicht am Gespräch. Schließlich sagt die Kleine: „Ich geh mal auf Klo.“ – und verschwindet aus der Küche. Die Tür ist schon zu, dann geht sie noch mal auf, und Maria steht da und fragt mit Tränen in den Augen: „Aber sag mal Lelia, warum willst du denn weg von hier?“

Das hat mich bewegt. Die kleine Maria hört aus den Schwärmereien ihrer großen Schwester nicht die vielen schönen Pläne heraus, sondern nur eins: Meine Schwester will nicht mehr mit uns zusammen leben.

Damit ist doch für sie klar: Reichtum ist mehr als nur Geld und mehr als die Trümereien ihrer großen Schwester. Reichtum ist der Wunsch der kleinen Schwester, mit ihrer großen Schwester ihr Leben zu teilen.

Das, so denke ich, ist auch in der Geschichte von Jesus und dem reichen Mann die Wahrheit, die uns wie die Jünger aufhören lässt: Reichtum kann uns am Reich Gottes teilhaben lassen, wenn wir Jesu Perspektive übernehmen und mit anderen Augen als bisher sehen. Brüderlich und schwesterlich miteinander umgehen, das ist Reichtum, und zwar real und materiell. Dies ist der Augenblick in unserm Leben, wenn wir angerührt werden, niedergeschlagen weggehen, erschrecken oder uns gar völlig entsetzen, weil Reichtum und Besitz so ganz anders zu verstehen ist, als wir bisher dachten.

Wir selbst und unsere Gemeinde sind, materiell gesehen, nicht reich. Die Frage nach dem ewigen Leben verbinden wir hier immer wieder mit den Anforderungen des täglichen Überlebens. Trotz alledem: Unter dem Kirchendach sind wir untereinander Gleiche. Das Veddeler Abendbrot ist keine Essen-Verteil-Station. Hier treffen wir als Gleiche aufeinander und teilen, was da ist. Und sicher: dabei wird auch materielle Not gelindert. Und vor allen Dingen: dabei gibt es kein Oben und kein Unten. Niemanden, der demütig empfängt und niemanden, der gnädig gibt.

Ich will nichts beschönigen; wenn wir heute nach dem Segen aus der Kirche gehen, dann sind die Sorgen, die uns die Armut bereitet, nicht in den Himmel verschwunden. Aber wir haben hier erlebt, wie sich Geschwisterlichkeit ausbreitet.

Die Geschwisterlichkeit, die wir unter Jesu Segen erleben, fordert uns im alltäglichen Leben immer wieder heraus und ver-

langt uns viel ab, manchmal auch alles, was wir haben: Allen Mut, alle Gewitztheit, jede Überwindung, alles Verständnis für den anderen. Vielleicht wird es uns dabei so gehen, dass wir sagen: „Unmöglich!“ oder

„Wer kann da heil werden?“

„Bei Gott ist alles möglich“, so beendet Jesus in der Geschichte seine Rede. „Bei Gott ist alles möglich“. Das mag unseren Blick auf das Alltagsleben ändern und uns in Momenten der Verzweiflung Hoffnung geben. Ich möchte hinzufügen: Weil Gott in Jesus Christus Mensch geworden ist. Weil es diesen einen Menschen gibt, der uns anblickt und sagt „Eines fehlt Dir“ und gleichzeitig sagt: „Alles ist möglich.“ Weil es Jesus gibt, Mit-Mensch und Bruder für uns. Deswegen ist auch heute, 2000 Jahre nach seiner Geburt, hier auf der Veddel, also auch bei uns alles möglich, sogar das Reich Gottes.

Und der Friede Gottes, der höher ist als alle menschliche Vernunft bewahre Eure Herzen und Sinne in Christus Jesus. Amen.

*\*Predigt in der Immanuelkirche Hamburg-Veddel am 22.Oktober 2011*

*Anneke Ihlenfeldt, 34 Jahre alt, Vikarin in der ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannes Ritterhude, engagiert in der Initiative Kirche von unten (Ikvu) Bremen, in der Linken, Bremen, Mitglied bei verdi, verheiratet mit Florian Ihlenfeldt.*



**Anneke Ihlenfeldt**

## BUNDESNACHRICHTEN

# Widerstand gegen Nazis nach der Tradition: Wehret den Anfängen!

BRSD Presseerklärung am 30. Januar 2013

80 Jahre nach der Übertragung der Macht an die NSDAP, an den Diktator Adolf Hitler und der Ausschaltung der Demokratie in Deutschland erinnern wir an die Tradition christlichen Widerstandes gegen den Hitler-Faschismus und fordern alle Christinnen und Christen sowie religiös und humanistisch geprägte Menschen auf, sich die Zeuginnen und Zeugen des frühen Widerstandes gegen die Nazis zum Vorbild zu nehmen und aus den prophetischen Warnungen der Antifaschisten, die damals nicht beherzigt wurden, heute Lehren zu ziehen.

Einige der vergessenen und damals wie heute unbeachteten Warnungen bringen wir aus aktuellem Anlass zur Kenntnis:

„Christentum und Faschismus sind unvereinbar“, so lautete der am 30. November 1930 im Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes (SdAV, Nr. 48, S. 377–379) gedruckte Aufruf der religiös-sozialistischen Internationale, also vor der Machtergreifung der Nazis am 30. Januar 1933. Der Faschismus wird darin entlarvt als fanatische „Religion völkischer und rassischer Selbstvergottung“. Die religiö-

sen Sozialisten erhoben Anklage: Das Kreuz als „Sinnbild der vergebenden und rettenden Liebe Gottes“ ist verkehrt in das Zeichen (sc. des Hakenkreuzes) „selbstgerechter und hochmütiger Ausschließlichkeit, ja sogar des Hasses und der Gewalt“. Neben der Vergottung des Staates steht die Unterdrückung der Gegner des Faschismus mit „Gewalt und Mord“.

Und sie riefen die Verblendeten zur Umkehr auf: „Erwachet, die Ihr Euch durch den nationalistischen und faschistischen Trug und Rausch habt verblenden lassen, werdet des Abgrunds gewahr, vor dem Ihr steht; erwachet zur Wahrheit Christi, kehret von Cäsar und Wotan zu Christus, vom Lektorenbündel zur Dornenkrone des Menschensohnes und vom Hakenkreuz zum wirklichen Kreuze zurück, dem allein der Sieg über die Welt verheißen ist. Der Bund des Christentums mit dem Nationalismus und Faschismus ist Abfall von der Wahrheit Christi und ist eine größere Gefahr, als jede offene Feindschaft gegen seine Sache.“ (Der Internationale Ausschuß der religiösen Sozialisten. Der Präsident Dr. L. Ragaz, Zürich. Für Deutschland: Erwin Eckert, Pfarrer,



Mannheim. Für England: Fred Hughes, Parlamentsmitglied, London. Für Frankreich: Professor Paul Passy, Paris, Bourglareine, Seine. Für Holland: Dr. W. Banning, Barchem. Für Österreich Otto Bauer, Redakteur, Wien. Für Schweden: J. M. Ljungner, Oerebro, Für die Schweiz: Dr. L. Ragaz; Helene Monastier (Sekretärin)

Pfarrer Dr. Gotthilf Schenkel, Schriftleiter von „Der Religiöse Sozialist. Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“, fasste 1932 die Antriebsmomente dieses „neuen Heidentums“ (Paul Tillich) zusammen: „Die Bewegung ist ein Ventil für alles, was an starken Instinkten empordrängt. ... Hass und Idealismus, Rache und Wut, Zorn und Abenteuerlust, Wunsch nach Uniform und Führer, nach Macht, Glanz und neuer Herrlichkeit. Viel alte Leidenschaft kommt wieder zum Durchbruch. Der Antisemitismus des letzten Jahrhunderts, der Bürgerschreck vor dem Sozialismus aus Bismarcks Zeit, die kulturkämpferische Stimmung gegenüber einer katholischen Bevölkerung ..., die Sucht nach neuem Sündenbock.“ ( Die Kirche und das Dritte Reich I, Hg. L. Klotz, Gotha 1932, S. 99-115, 107) Pfarrer Erwin Eckert, Sprecher der religiösen Sozialisten, schrieb Weihnachten 1930: „Traurig ist unser Herz, aber wir verzagen nicht. Wir werden vor dem Götzen des Hakenkreuzes

die Knie nicht beugen, wir werden ihm nicht dienen. Wir werden Gott, dem Herrn der Welten treu bleiben, Christus, dem Fürsten des Friedens nachfolgen und darum beten, dass der Heilige Geist der Liebe und Güte, der Gerechtigkeit und wahrhaftigen Brüderschaft in unsern Herzen Wohnung mache. So feiern wir Weihnachten und gehen in den Kampf, der uns verordnet ist und sind bereit, eher zu sterben, als daß wir ruhig zusehen, wie der Faschismus „im Namen Gottes“ die Völker der Welt an Leib und Seele vergiftet und verwüstet.“ (SdaV 1930, 52, S.411-412, 412, Nachdruck in: Friedrich-Martin Balzer: Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten, Bonn 2011)

Die Ermordung der politischen Gegner der Nazis, die Entfesselung des Antisemitismus bis hin zum organisierten Massenmord und der Weg in den rassistisch begründeten Weltkrieg – all das lag im Rahmen dessen, was die Nazis auch vorher verkündet hatten und wofür der Faschismus in Europa stand. „Hitler bedeutet Krieg!“, diese Parole der Arbeiterbewegung hat sich nach dem 30. Januar 1933 bitter bewahrheitet, nach außen und nach innen. Die Uneinigkeit ja Feindseligkeit zwischen den Parteien der Arbeiterbewegung,

# Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes

t  
l  
e u t  
ä n



repräsentiert von SPD und KPD, hat einen rechtzeitigen und erfolgreichen Widerstand geschwächt bzw. verhindert und zur Niederlage der Demokratie beigetragen. Schwer wiegt die Schuld der national-konservativen Kräfte damals, die dem Faschismus den Weg zur Macht bereitet haben. Für uns ist der 30. Januar Anlass, über die Gefahren für demokratische, soziale Errungenschaften und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit bei der Verteidigung des sozialen Rechtsstaats nachzudenken.

Heute fallen die Neonazis – in ihren Grundüberzeugungen sind sie den Altnazis gleichzusetzen – im Allgemeinen durch ihre extreme Feindschaft gegen Fremde auf. Sie zeichnen Feindbilder von Asylbewerbern, Einwanderern aus der Türkei, so genannten Linken und Menschen jüdischen Glaubens. Sie propagieren einen Staat, in dem Menschen am Rande wie Behinderte, Homosexuelle Obdachlose und sozial Schwache keinen Platz haben und dem Hass ausgesetzt sind. Ein großer Teil der Neonazis leugnet oder verschleiert die Verbrechen des Nationalsozialismus, speziell den Mord an sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens und einer halben Million Sinti und Roma sowie die Kriegsverbrechen. Die rechtsextreme Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist

verantwortlich für Morde an einer Polizistin und neun Personen mit Migrations - Hintergrund. Ohne Unterstützung anderer rechtsextremer Personen hätte sie nicht von 2000 - 2006 ihre Mordtaten begehen können. Wegen seiner verharmlosenden Wirkung wurde „Döner-Morde“ zum Unwort des Jahres 2011 gekürt. Für die Aufklärung war bis 2008 eine der größten polizeilichen Sonderkommissionen eingesetzt worden, ohne dass diese Ergebnisse erzielen konnte. Am 26. Januar 2012 setzte der Deutsche Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein, der die rechts-extremen Verbrechen der Zwickauer Terrorzelle und das Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden und des Verfassungsschutzes bei der Aufklärung und Verhinderung der Verbrechen untersuchen soll. Durch die Vernichtung von Akten ist der Ausschuss in seinen Untersuchungen behindert worden.

Wir fordern Christinnen und Christen in Deutschland auf, sich immer zahlreich an Demonstrationen gegen die Neonazis zu beteiligen.

Alle Christinnen und Christen rufen wir auf, den Frieden und die Freude der Weihnachtsbotschaft auch im öffentlichen Leben zu bezeugen durch Arbeit für mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.

Gez. Dr. Reinhard Gaede  
Bundessprecher

## Presseklärung zum Rücktritt von Papst Benedict XVI. vom 11.2.2013

Die Nachricht vom bevorstehenden Rücktritt Papst Benedict XVI ist eine historische Zäsur. In erster Linie verdient der Papst Respekt für seine Entscheidung, mit der bereits über 700 Jahre bestehenden unmenschlichen Tradition zu brechen, dass Päpste bis zum Lebensende die Verantwortung für die Leitung der Kirche tragen müssen. Bereits im Jahr 2010 hatte der Papst die Überzeugung geäußert: „Wenn ein Papst zur klaren Erkenntnis kommt, dass er physisch, psychisch und geistig den Auftrag seines Amtes nicht mehr bewältigen kann, dann hat er ein Recht und unter Umständen auch die Pflicht zurückzutreten.“ Seine Entscheidung wird als Vermächtnis wirken, Leitende der Katholischen Kirche im hohen Alter nicht zu überfordern und der katholischen Kirche Fehlentscheidungen überforderter Greise somit zu ersparen.

Während seine wissenschaftlichen Arbeiten weithin Anerkennung fanden, hinterlässt er als Leiter seine Kirche in tiefer Krise. Jahrzehntlang sind sexuelle Verletzungen von Kindern und Jugendlichen durch Kleriker verschwiegen und ist die Bestrafung der Täter verhindert worden. Infolge einer Vertrauenskrise hat die Zahl

der Austritte aus der katholischen Kirche enorm zugenommen. Nach dem Urteil von Prof. Dr. Hans Küng „hat die Kirche seit dem Konzil in den sechziger Jahren Zehntausende von Priestern verloren, Hunderte von Pfarrhäusern sind ohne Pfarrer, Männer- wie Frauenorden sterben aus, sie finden keinen Nachwuchs mehr. Der Gottesdienstbesuch sinkt ständig. Doch die kirchliche Hierarchie hat bisher den Mut nicht aufgebracht, ehrlich und ungeschönt zuzugeben, wie die Lage wirklich ist.“

Der Absolutismus der katholischen Kirche, nach Befehl und Gehorsam die Gemeinden zu leiten, die Selbstbestimmung der Gemeinden zu missachten wird die Krise nur verstärken. Die Tiara, die Papstkrone als Symbol der mittelalterlichen päpstlichen Macht soll ein Papst ablegen. Mit den Worten von Hans Küng: „Aber wenn sich wieder alles im Amt konzentriert, dann steht am Ende wieder der mittelalterliche Pfarrherr, der Fürstbischof und eben der Papst als der absolute Herrscher, der gleichzeitig Exekutive, Legislative und Judikative verkörpert: alles im Widerspruch zur modernen Demokratie und zum Evangelium.“

Nötig ist dagegen eine katholische Kirchenverfassung





nach der Ordnung von Brüdern und Schwestern, die ihre Leitung wählen können. Nur so bilden sich Ämter im Dienst der Gemeinde, hat das leitende Amt dienende Funktion. Mit Recht verlangen viele Frauen der katholischen Kirche die Frauenordination und können sich darauf berufen, dass Jüngerinnen Jesu die ersten Botinnen der Nachricht von der Auferstehung Christi waren. Ökumenisch gesinnte Christ(inn)en fordern gemeinsame Feiern von Abendmahl/Eucharistie, weil es nicht möglich ist, der Einladung Christi als des Herrn der Kirche Hindernisse in den Weg zu stellen. Jesus hat darum gebetet, dass alle Gläubigen „eins seien“ (Joh. 17,21). Ökumenisch gesinnte Christen wünschen sich deshalb die Anerkennung der evangelischen Kirche als Kirche, ohne ihren Status herabzusetzen. Dringend ist auch der Wunsch nach Aufhebung des Zölibats in der katholischen Kirche. Weil der Apostel Petrus ja verheiratet gewesen ist, fehlen dem Bischof von Rom, der sein Nachfolger sein will, Argumente, den Pfarrern in der katholischen Kirche die Eheschließung zu verweigern.

Wo wir als Christ(inn)en innerhalb von Kirchen und Religionsgemeinschaften leben, sollten wir darauf achten, dass sich in ihnen die folgenden biblischen und theologischen Impulse durchsetzen können:

– Option für die Armen (d.h.

unter anderem Zuwendung zu den gesellschaftlich Ausgegrenzten und Hinwendung zum Fremden)

- Bewahrung der Schöpfung
- Gesellschaftliche Arbeit in der Nachfolge Jesu und der Jesusbewegung.

(Aus den Leitsätzen des BRSD).

Solidarität mit den Armen muss sich gerade auch im Lebensstil der Kirche erweisen. Wenn die katholische Kirche auch keine Kirche der Armen ist, sollte sie doch eine Kirche für die Armen sein. Katholizität ist neu zu definieren: „Katholizität umfasst Arme und Marginalisierte ebenso wie ethnisch und kulturell Ausgegrenzte und stiftet dadurch erst eine wahrhaft universale Kirche, in der Platz für alle ist.“ (Prof. Dr. Franz Segbers in CuS 2-3/2012)

Unsere hauptsächliche Forderung an die Katholische Kirche teilen wir mit der „Initiative Kirche von unten“, mit der wir vernetzt sind und mit der Bewegung „Wir sind Kirche“:

„Aufbau einer geschwisterlichen katholischen Kirche mit Gleichwertigkeit aller Gläubigen, Überwindung der Kluft zwischen Klerus und Laien. (Nur so kann die Vielfalt der Begabung und Charismen wieder voll zur Wirkung kommen.)“

Das setzt voraus: Ende der Geheimhaltung bei Planungen, vollständige Transparenz (auch z.B. bei Planungen von Bauten). Christinnen und Christen, die

informiert werden, sind auch bereit, mitzuhelfen und mitzuplanen.

Wir wünschen uns jetzt eine verstärkte Diskussion in der Amtskirche und bei den Laien, wie die guten Traditionen des Zweiten Vatikanischen Konzils und des Katakombenpakts zu erneuern sind und eine Öffnung der Römisch-Katholischen Kirche zur Welt.

So sollte Kirche sein. Nach dem Leitbild der Bibel sind das die Kennzeichen von Kirche. Zusammengefasst sind es drei Kennzeichen. Alle drei müssen wie in einem Dreieck immer zugleich da sein, damit

Kirche an einem Ort sichtbar ist:

Das erste Kennzeichen ist die Verkündigung. In Lehre, in Predigt wird die Botschaft von der Liebe Gottes verkündigt.

Das zweite Kennzeichen ist die Diakonie. Was wir haben an Geld und Gut, teilen wir miteinander.

Das dritte Kennzeichen ist die schwesterliche und brüderliche Gemeinschaft. In Gottes Gegenwart wird gemeinsam das Brot gebrochen, wird gebetet und findet Gespräch und gemeinsames Leben statt.

*Gez. Dr. Reinhard Gaede  
Bundessprecher*

## Pressemeldung des BRSD zur Wahl von Papst Franziskus am 13. März 2013

**Z**ur Wahl von Papst Franziskus erklärt der Bundessprecher des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V.:

„Persönlich und im Namen des BRSD gratuliere ich Papst Franziskus zur seiner Wahl zum Oberhaupt der katholischen Kirche.

Mit der Wahl seines Namens in Anlehnung an Franz von Assisi weckt der neue Papst die Hoffnung auf eine neue Orientierung im Sinne dieses gesegneten Zeugen Christi:

„Alle Geschöpfe der Erde fühlen wie wir, alle Geschöpfe streben nach Glück wie wir.

Alle Geschöpfe der Erde lieben, leiden und sterben wie wir, also sind sie uns gleich gestellte Werke des allmächtigen Schöpfers – unsere Brüder.“

Die Wahl eines Papstes aus Lateinamerika ist ein Zeichen der Anerkennung globaler Vielfalt auch in der katholischen Weltkirche. Möge Papst Franziskus Kraft finden für Reformen in der katholischen Kirche ebenso wie für Impulse für die Ökumene! Für sein Wirken für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wünschen wir ihm Gottes Segen.“

*Gez. Dr. Reinhard Gaede  
Bundessprecher*



## Seelsorge der christlichen Gemeinden an Soldatinnen und Soldaten

Presseerklärung vom 16. Februar 2013

**D**er BRSD begrüßt die Forderung des Versöhnungsbundes nach Abschaffung der Militärseelsorge. Die Seelsorge an Soldat(inn)en soll stattdessen eine Aufgabe der christlichen Gemeinden werden. Die christlichen Gemeinden möchten wir ermutigen, sogar jetzt schon Verantwortung für Soldatinnen und Soldaten zu übernehmen und sie zu beraten. So soll die Unabhängigkeit der Seelsorge bewahrt werden. Die Abhängigkeit der Seelsorger vom Staat und militärischen Strukturen soll vermieden werden. Die Glaubwürdigkeit des christlichen Friedensdienstes und der biblischen Mahnung zum Frieden soll gestärkt werden.

Begründung: Das *Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr* und das *Katholische Militärbischofsamt (KMBA)* sind Behörden, die dem Verteidigungsministerium unterstehen. Die Militärseelsorge wird durch den Staat finanziert.

Die Pfarrer(innen) sind ihrem Bekenntnis zwar verpflichtet, sind gleichzeitig aber von ihrer Kirche für diesen Dienst freigestellt und als Bundesbeamtinnen und -beamte auf Zeit vom Staat besoldet.

Ihr Gehalt liegt über dem

der Gemeindepfarrer(innen). Sie legen einen Beamten- oder Soldateneid ab, werden vom militärischen Abschirmdienst überprüft, sollen militärische Informationen geheim halten. Sie tragen im Ausland und auf Kriegsschiffen im Inland militärische Kleidung, nur auf Schulterklappen statt Rangabzeichen das Symbol der Militärseelsorge. Der Militärpfarrer wird von den Soldaten entsprechend seiner Bezahlung meist wie ein Oberstleutnant wahrgenommen und auch so behandelt. Sie haben also einen Doppelstatus als Staatsbeamte und kirchliche Amtsträger.

Die Abhängigkeit vom Staat und die Einbindung in militärische Strukturen behindern den christlichen Friedensdienst und die Verkündigung der Botschaft Jesu, der Überwindung der Gewalt durch die Kraft der Güte als Antwort auf Gottes Güte vorgelebt und Gewaltfreiheit als überraschende Möglichkeit gepredigt hat.

*Alternativen christlicher Seelsorge für Soldat(inn)en:*

1) Der Seelsorgevertrag zwischen Kirchen und Staat und entsprechende Vereinbarungen der Kirchen mit militärischen Dienststellen müssen gekündigt werden. Er widerspricht dem Grundsatz der Neutralität des Staates ge-



genüber der Religion ebenso wie dem Grundrecht der freien Ausübung der Religion. Durch die Verbindung mit dem Staat ist die Kirche in der selbständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten beeinträchtigt. Im Gegensatz zur Verfassung wirkt der Staat an der Verleihung kirchlicher Ämter mit. Da die Kirche ihre Botschaft glaubwürdig darstellen soll, ist sie auch verpflichtet, ihre rechtliche Autonomie zu wahren.

2) Die Kirche soll den Soldat(inn)en Möglichkeiten zur Seelsorge und zum Gespräch anbieten. Dafür müssen Räume bereitgestellt werden, die der Kirche gehören. Beratung muss im Auftrag der Kirche und bezahlt von der Kirche möglich sein. Die bisherige Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern kann Soldat(inn)en beraten, die in Konflikt mit dem Militär geraten sind, in ihrem Gewissen beunruhigt sind oder Verweigerung ihres Dienstes erwägen. Beratung kann in Kontakt-Cafés und -Teestuben angeboten werden, ebenso per Telefon und e-mails. Wir weisen hin auf die Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge. Arbeitsgruppen müssen bundesweit beraten, wie eine unabhängige christliche Seelsorge für Soldat(inn)en aufgebaut werden kann.

Es geht immer um den *Pazi-*

*fismus des nächsten Schrittes.* „Die Ächtung des Krieges ist im Grunde durch den Briand-Kellogg-Pakt von 1928 bereits völkerrechtlich festgehalten. Heute geht es um die Abschaffung des Krieges und das heißt um die Abschaffung des Militärs und des militärisch-industriellen Komplexes. Wenn ‚Weltinnenpolitik‘ (C. F. von Weizsäcker) die angemessene Antwort auf die globale Situation ist, dann wird klar, dass die immer noch benutzte Clausewitz’sche Formel von dem Krieg als der Fortsetzung der (Außen)Politik mit anderen Mitteln antiquiert und kontraproduktiv ist. Darum müssen sich die Kirchen zu Anwälten einer gewaltfreien und zivilgesellschaftlichen Konzeption der Schutzverantwortung machen.“ (Memorandum den Krieg abschaffen, Andreas Gemeinde, Bremen). Internationale Friedenspolitik muss darauf hinwirken, dass Soldaten der Nationalstaaten ersetzt werden durch Blauhelm-Truppen im Dienste der UNO in polizeilicher Funktion zur Sicherung des Friedens zwischen verfeindeten Gruppen, wobei diese mit dem Dienst der Friedensstifter einverstanden sein müssen, damit sie nicht wie in Afghanistan in einen Krieg hineingezogen werden. Hilfsorganisationen können auf Dauer nicht in militärischer Begleitung glaubwürdig wirken.

„Die Milliarden, die in



Sie sind eingeladen

## Soviel brauc

(2. Mose 16,18)



34. Deutscher  
Evangelischer  
Hamburg 1.-

Deutschland für das Militär ausgegeben werden, und die Millionen, die für die Militärseelsorge ausgegeben werden, sollen für Maßnahmen der frühzeitigen Konflikterkennung (Friedensforschungsinstitute) und der zivilen Konfliktbearbeitung (internationale Streitschlichtung) ausgegeben werden.“ (Versöhnungsbund)  
Seelsorge für Soldat(inn)en

im Ausland ist unverzichtbar, muss aber unabhängig und ergebnisoffen sein, d.h. schon der Anschein der Vermengung militärischer und seelsorgerlicher Interessen muss vermieden werden. Diese ist mit staatlicher, in militärische Strukturen eingebundener Seelsorge unvereinbar.

Gez. Dr. Reinhard Gaede  
Bundessprecher

## Termine 2013

### 1.–5.5.2013 Kirchentag in Hamburg

Zentrum unserer Aktivitäten wird unser Auftritt auf dem Markt der Möglichkeiten sein. Zudem planen wir, mit einer Delegation auf der Kundgebung des DGBs am 1. Mai vertreten zu sein und einen Gottesdienst in dem Arbeiterviertel Veddel am Donnerstag, den 2. Mai 19.30 h zu halten. Um uns in zwangloser Runde wieder zu treffen und ein bisschen zu feiern, laden wir zudem am Samstag, den 4.5. um 19.30 h zu einem Mitgliederfest ein.

Liebe Freundinnen und Freunde, so viele Aktivitäten leben von der gemeinsamen, solidarischen Arbeit. Unsere Bitte geht deswegen an Euch, uns bei der Arbeit zu unterstützen – insbesondere am BRSD-Stand am Markt der Möglichkeiten. Vielleicht könnt Ihr für ein oder zwei Stunden vorbeikommen und die anwesenden Vorstandsmit-

glieder unterstützen. Bitte meldet Euch kurz per Mail bei Anneke, die für uns die Aktivitäten koordiniert, zurück: [dielhlenfeldts@gmx.de](mailto:dielhlenfeldts@gmx.de). Wir bitten wir Euch auch, uns Bescheid zu geben, ob Ihr zum Treffen mit Grillen kommt.

**2.–4. Mai**, Stand des BRSD, Markt der Möglichkeiten, (Halle 4, Stand 48) / **1. Mai**, 10 h, Demonstration mit DGB, Besenbinderhof / **2. Mai**, 19.30 h, Gottesdienst des BRSD, Immanuelkirche, Wilhelmsburger Straße 71, Veddel (S 3/31, Haltestelle Veddel Balingstadt) / **4. Mai**, 19.30 h, Treffen mit Grillen. Weiteres wird bekannt gegeben. Mit solidarischem Friedensgruß  
Gez. Anneke Ihlenfeldt  
für den Vorstand

**7.–8.9.2013 Jahrestagung mit  
Mitgliederversammlung.**  
Thema: Genossenschaften.  
Martin-Niemöller-Haus der  
Ev. Akademie Arnoldshain

## Bilder und Fotos

Reinhard Gaede .....	1, 69, 71, 73
Jochen Bohl, priv. ....	5
Horst Haitzinger, NW 10.1.2013, Nr. 8 .....	6
NW 7.12.2012, Nr. 285 .....	49
NW 6.8.2012, Nr.181 .....	50
Madeleine Eisfeld, priv. ....	11
Jewiki .....	12
Wieland Zademach, priv. ....	18
Ulrike Jaeger .....	18–21
Renate Schroeder .....	23, 33
Wikipedia, Taizé .....	26
Weltgebetstags – Komitee .....	31
Verein f. Volksbildung u. int. päd. Zusammenarbeit ..	34–35
Dr. Friedrich-Martin Balzer .....	37
E.S. Mittler und Sohn Verlag .....	43, 70
Jörg Metzinger .....	47
Frank-Matthias Hofmann, priv. ....	49
Sven Giegold, priv. ....	52
Christoph Butterwegge, priv. ....	54
Paul Schobel, priv. ....	56
Gudrun Müller, priv. ....	62
Anneke Ihlenfeldt, priv. ....	67
Herder Verlag .....	72
Wikipedia .....	74
Stadtmuseum Düsseldorf .....	75
Deutscher Evangelischer Kirchentag .....	76

## Autorinnen und Autoren

### Jochen Bohl

Bischofskanzlei  
Rampische Straße 29  
01067 Dresden

### Konrad Braun

Katharina-von-Bora-Str. 26  
79114 Freiburg i. B.

### Prof. Dr.

### Christoph Butterwegge

Universität zu Köln  
Institut für  
Politikwissenschaft  
Gronewaldstr. 2  
50931 Köln

### Madeleine Eisfeld

Oststr. 25  
99994 Hohenbergen  
bei Schlotheim

### Udo Fleige

Schwärzlocher Str. 86  
72070 Tübingen

### Sven Giegold, MdEP

Jahnstr. 52  
40215 Düsseldorf

### Frank-Matthias Hofmann

Ev. Büro Saarland  
Am Ludwigsplatz 11  
66117 Saarbrücken

### Anneke Ihlenfeldt

Dammstr. 1  
27721 Ritterhude

### Ulrike Jaeger

Bodelschwinghstr. 97  
32257 Bünde

### Gudrun Müller

Grandweg 94 a  
22529 Hamburg

### Paul Schobel

Altensteiger Str. 6  
71034 Böbingen

### Renate Schroeder

Friedrichstr. 38  
32257 Bünde

### Dr. Wieland Zademach

Brücherweg 1  
53572 Unkel

**Mitarbeit:** CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)briefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

**Artikel:** Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.  
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

**Sprache:** Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

**Endredaktion:** Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

# **CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose**

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

*Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).*

## **Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?**

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

### **Abonnements:**

Per Post:  
BRSD, Michael Distelrath  
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln

Per Telephon:  
02 21/9 99 02 30

Per E-Mail:  
m.distelrath@netcologne.de

### **Bezugspreise (inkl. Versand):**

Inland € 25,- pro Jahr · Ausland € 33,-, pro Jahr · Förderabonnement € 30,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010  
Internationale Überweisungen:  
IBAN DE 15350601902119457010  
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam